



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

80. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 13. Dezember 2019, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse und Vizepräsidentin Beate Schlupp

Inhalt

	Antrag der Fraktion der AfD Sicherstellung der medizinischen Versorgung für Kinder in Parchim und in Crivitz – Drucksache 7/4552 – 18
Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema Aktuelle Entwicklungen beim Umgang mit der Wolfspopulation in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigen 3	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Pädiatrische Versorgung und Geburtshilfe sichern – Drucksache 7/4555 – 18
Antrag der Fraktion der AfD Bestandsregulierung des Wolfes ermöglichen – Drucksache 7/4441 – 3	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE 18 Dr. Ralph Weber, AfD 19, 23, 26, 33 Julian Barlen, SPD 21, 27 Minister Harry Glawe 22, 23, 24, 26 Karen Larisch, DIE LINKE 24 Christel Weißig, fraktionslos 25 Torsten Koplín, DIE LINKE 28 Sebastian Ehlers, CDU 31
Horst Förster, AfD 3, 10, 11 Beate Schlupp, CDU 4 Minister Dr. Till Backhaus 6, 10, 11 Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE 12 Elisabeth Aßmann, SPD 13, 15, 16, 17 Jürgen Strohschein, AfD 15, 17	B e s c h l u s s 34
B e s c h l u s s 17	
Antrag der Fraktion DIE LINKE Gesundheitsversorgung verbessern, nicht verschlechtern! Entscheidungen zu Krankenhausstandorten Crivitz und Parchim neu verhandeln! – Drucksache 7/4551 – 18	Antrag der Fraktion DIE LINKE Bahnverkehr stärken – Stilllegungen abwenden und Südbahn retten – Drucksache 7/4341 – 35 Eva-Maria Kröger, DIE LINKE 35, 44 Minister Christian Pegel 36 Stephan J. Reuken, AfD 38 Dietmar Eifler, CDU 39

Christian Brade, SPD	39, 44
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	41
Wolfgang Waldmüller, CDU	42

B e s c h l u s s	44
-------------------------	----

Antrag der Fraktion der AfD

**Transparenz: Herkunft und Nationalität
von Tatverdächtigen benennen**

– Drucksache 7/4442 –	44
-----------------------------	----

Nikolaus Kramer, AfD	44, 52, 54
Minister Lorenz Caffier	46, 50, 51
Peter Ritter, DIE LINKE	46, 53
Manfred Dachner, SPD	47
Dr. Ralph Weber, AfD	48, 51
Holger Arppe, fraktionslos	49, 50
Jochen Schulte, SPD	50
Ann Christin von Allwörden, CDU	51

B e s c h l u s s	54
-------------------------	----

Antrag des Abgeordneten

Holger Arppe, fraktionslos

**Ministerpräsidentin für alle Bürger
von Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 7/4438 –	54
-----------------------------	----

Holger Arppe, fraktionslos	54, 61
Julian Barlen, SPD	56
Horst Förster, AfD	57
Peter Ritter, DIE LINKE	60

B e s c h l u s s	62
-------------------------	----

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Medikamentenversorgung sicherstellen –
weitgehende Unabhängigkeit wieder herstellen**

– Drucksache 7/4448 –	62
-----------------------------	----

Torsten Koplin, DIE LINKE	62, 69
Minister Harry Glawe	63
Dr. Gunter Jess, AfD	65
Julian Barlen, SPD	67
Christel Weißig, fraktionslos	67
Sebastian Ehlers, CDU	68

B e s c h l u s s	70
-------------------------	----

Nächste Sitzung

Mittwoch, 29. Januar 2020	70
---------------------------------	----

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 80. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist damit eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** a) Aussprache gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung zum Thema „Aktuelle Entwicklungen beim Umgang mit der Wolfspopulation in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigen“, auf Antrag der Fraktion der CDU, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Bestandsregulierung des Wolfes ermöglichen, Drucksache 7/4441.

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema Aktuelle Entwicklungen beim Umgang mit der Wolfspopulation in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigen

Antrag der Fraktion der AfD Bestandsregulierung des Wolfes ermöglichen – Drucksache 7/4441 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete ...

(Beate Schlupp, CDU: Herr Förster.)

Das Wort zur Begründung – Entschuldigung – hat der Abgeordnete für die Fraktion der AfD Herr Förster.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das Multitalent! Herr Förster,
Sie sind ja ein Multitalent! –
Horst Förster, AfD: Na, warten Sie ab! –
Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich klarstellen, dass ich die Rede für den ernsthaft erkrankten oder jedenfalls erkrankten Kollegen Borschke halte. Herr Borschke ist also derjenige, der nicht nur mit Herrn Dorschke berühmt geworden ist, sondern der auch den für mich interessantesten Ausspruch getan hat, dass der Wolf nicht dumm ist, dass er auch einen gesunden Menschenverstand hätte.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Das fand ich doch sehr philosophisch und sehr bemerkenswert.

Ja, also was muss eigentlich geschehen, bevor etwas geschieht? Ein sogenannter Problemwolf wandert unbehelligt durch ganz Norddeutschland, reißt ein Schaf nach dem anderen und lacht sich wahrscheinlich krank ob der grenzenlosen Dummheit in diesem Land.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Nun ist es Gewissheit, der Riss in Grambow war der Problemwolf. Dieser Wolf hat gelernt, dass Schafe eine leichte und ungefährliche Beute sind, ungefährlicher als Wildschwein und Wild. Was wird erst, wenn er merkt, oh, Kinder sind ja noch ungefährlicher?!

Herr Minister Backhaus, Sie tragen die Verantwortung. Kommen Sie dieser endlich nach und setzen Sie sich endlich gegen die grüne Lobby in Ihrer Fraktion und Partei durch!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Bekanntlich ist dies nicht der erste Antrag zum Wolf.

(Manfred Dachner, SPD:
Asylbewerber wahrscheinlich. –
Andreas Butzki, SPD: Da muss
er selbst lachen.)

Und mit jedem weiteren Jahr, in dem Sie untätig sind, nimmt die Zahl der Wölfe und somit der Konfliktfälle zu.

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das ist so rassistisch und
menschenverachtend, Herr Butzki! –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Herr Dachner war das. –
Nikolaus Kramer, AfD: Ach, Herr Dachner
war das, und das noch als Polizist! Das
hätte ich ja nie von Ihnen erwartet!)

Und am Ende, prophezeie ich Ihnen, werden die Wölfe doch bejagt werden. Doch dann sind es nicht mehr nur wenige Dutzend, sondern es werden Hunderte sein, die wir zur Strecke bringen müssen, um unsere Kulturlandschaft zu erhalten und um unsere Menschen zu schützen. Bis ins Detail wurde hier bereits erörtert, welche Wege und Möglichkeiten es gibt, um eine Gefahrenabwehr und Regulierung durchzuführen. Die EU-Richtlinien bieten dazu genügend Möglichkeiten, man muss es nur wollen. Und das ist das Problem, Sie wollen es nicht. Stattdessen verunsichern Sie die Jägerschaft und die Behörden. Rechtsunsicherheit führt dazu, dass jeder Jäger Angst vor einer Anzeige hat, selbst wenn er, wie im Falle unseres Problemwolfes, angehalten wird, diesen zu erlegen. Es gibt Klagen, eingereicht von Leuten mit einem gestörten Verhältnis zur Natur und ohne Achtung vor dem Leben, Leute, die von Ihnen gefördert werden, wie wir dem aktuellen Haushalt entnehmen können.

Der günstige Erhaltungszustand des Wolfes ist erreicht. Bei realistischer Zählung leben bereits knapp 1.800 Wölfe in Deutschland. Kein Land in Europa leistet sich solch eine hohe Wolfspopulation. Der Deutsche Jagdverband fordert daher eine ökologische Raumplanung mit Festsetzung von Wolfsausschlussarealen, die Bestimmung eines Akzeptanzbestandes sowie die Feststellung des günstigen Erhaltungszustandes. Danach sollte der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen werden für ein aktives Wolfsmanagement.

Sie müssen hier auch nicht nach vorn kommen, um uns zu erklären, warum es nicht geht, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Das kennen wir alles schon. Sagen Sie einfach ehrlich: Nein, wir wollen es nicht. Wir haben Angst vor der grünen Lobby und diese Angst ist größer als die Angst vor den Gefahren, die von dem Wolf ausgehen. Was interessieren uns die paar Schafhalter gegenüber den hochgezüchteten Umweltverbänden.

Sehr geehrte Frau Schlupp, ich weiß Ihren Einsatz sehr zu schätzen und ich weiß auch, wie ernst Sie die Sache nehmen, aber leider können Sie sich hier nicht durchsetzen. Dazu müssten einige in Ihrer Fraktion nicht so sehr

an der Macht kleben. Wenn es Ihrer Fraktion wirklich ernst ist, dann ziehen Sie doch mal eine rote Linie, hier ist Ende und wir kündigen die Koalition. Aber das wird nicht geschehen. Daher ist der Einsatz nur Augenwischerei und bringt gar nichts. Drücken Sie doch mal Ihr Rückgrat durch und stimmen Sie unserem Antrag zu!

Noch eine eigene Anmerkung. Kürzlich berichtete mir ein befreundeter Rechtsanwalt Folgendes: Der Mandant betreibt auf einer großen Fläche eine Fotovoltaikanlage und hält dort zugleich Schafe, die die Wiese kurzhalten sollen. Dort kam es zu einem Wolfsriss an mehreren Schafen, obwohl das Gelände ordnungsgemäß eingezäunt war. Möglich war dies, weil aus Artenschutzgründen die Auflage gemacht worden war, dass die unteren 20 Zentimeter am Boden unter dem Zaun frei bleiben müssen, damit Igel und andere Tiere dort freien Zugang hatten. Wie erwähnt, der Wolf hat einen gesunden Menschenverstand und hatte kein Problem, sich unter dem Zaun durchzubuddeln. Die Frage für mich ist, wenn das stimmt, und daran kann ich eigentlich nicht zweifeln, ob woanders an verantwortlicher Stelle dieser gesunde Menschenverstand für die hier gemachte Auflage abhandengekommen ist. Vielleicht kann Minister Backhaus hierzu etwas sagen.

Und noch eines: Die Sache wird anscheinend mehr und mehr zu einer Frage der Weltanschauung. Dabei täte es sicher gut, einmal die zu Worte kommen zu lassen, die einen Wolfsriss erlebt haben, und, wie ich das kürzlich entgegengenommen habe, davon berichten, wie es aussieht, wenn ein Schaf noch zitternd mit heraushängendem Eingeweide auf der Koppel steht und dann verendend umfällt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Förster.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzunehmen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der CDU Frau Schlupp.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aktueller Anlass sowohl für diese Aussprache als auch für den Antrag der AfD-Fraktion ist neben den kürzlich veröffentlichten Zahlen zur Wolfspopulation in Deutschland auch das Auftauchen von GW924m in Mecklenburg-Vorpommern.

Was den Antrag der AfD angeht, kann ich es kurz machen. Zur Uraltforderung nach Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht, zu der wir hier schon vielfach diskutiert haben, kommt die fachlich falsche Forderung zur Ableitung einer Bestandsobergrenze. Diese wäre zwingend über die Bewertung des Erhaltungszustandes der Wolfspopulation abzuleiten. Von daher lautet mein Fazit: Dieser Antrag bringt uns nicht weiter.

Der Grund für meine Fraktion, eine Aussprache führen zu wollen, sind einige neue Entwicklungen, die uns unserem Ziel, einen praxistauglichen Umgang mit dem Wolf zu erreichen, näherbringen könnten. Ich werde im Folgenden den Versuch unternehmen zu erläutern, warum ausgerechnet GW924m nicht nur Teil des Problems, son-

dern auch Teil der Lösung sein könnte. Dazu ist es notwendig, sich die Entwicklung um diesen Wolf genauer anzusehen.

Nach Monaten des Aufenthalts in Südholstein, bei dem GW924m in insgesamt sechs Fällen Nutztiere hinter Schutzzäunen gerissen hat, darunter auch ein Kalb, und dabei mindestens einmal einen als wolfsicher eingestuftem Schutzzaun überwunden hat, erteilte das zuständige Ministerium am 31. Januar 2019 eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zur Entnahme dieses Wolfes.

Eckpunkte dieser Verfügung waren, und ich zitiere:

- „– Zum Abschuss ermächtigt werden sollen die Jagdausübungsberechtigten in ihren jeweiligen Revieren innerhalb des Gebietes, in dem GW 924m bejagt werden darf. Ausdrücklich nicht zum Abschuss ermächtigt werden sogenannte Begehungsscheininhaber.
- Der Abschuss darf nur in einem bestimmten Zulassungsgebiet vorgenommen werden.
- Die Genehmigung erlischt in dem Moment, in dem ein weiterer Wolf im Zulassungsgebiet nachgewiesen wird.
- Im Falle eines Abschusses sind die zuständigen Behörden sofort darüber zu unterrichten und das getötete Tier ist an diese zu übergeben.“

Zudem wurden zur Sicherstellung, dass die zum Abschuss Berechtigten sofort über die Aussetzung der allgemeinen Verfügung in Kenntnis gesetzt werden können, zum Beispiel, wenn GW924m erlegt worden wäre oder ein weiterer Wolf im Zulassungsgebiet auftaucht, weitere verbindliche Bedingungen an die Genehmigung geknüpft. Ich zitiere erneut:

- „– Diejenigen aus dem Kreis der Berechtigten, die sich die Option zur Teilnahme an der Entnahme erhalten oder über den Fortgang der Bemühungen informiert bleiben wollen, müssen eine persönliche E-Mail-Adresse hinterlegen, die in einen vertraulichen Verteiler aufgenommen wird.“

(Vincent Kokert, CDU: Hat der Wolf eigentlich ein Schild um, dass man weiß, dass er das ist?)

- „– Über diesen Verteiler müssen die Berechtigten auch während der Ausübung entsprechender Entnahmebemühungen jederzeit erreichbar sein (Smartphone),“

(Vincent Kokert, CDU: Hilfe!)

„damit notwendige Informationen – z. B. die Aussetzung der Allgemeinverfügung im Nachgang zur gelungenen Entnahme des Wolfes bzw. im Falle des Nachweises eines zweiten Tieres – ohne zeitlichen Verzug übermittelt werden können.“

(Heiterkeit und Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Drittens.

- „– Die Berechtigten haben in diesem Zusammenhang zu überprüfen, dass auch während entsprechender Entnahmebemühungen jederzeit ausreichend Empfang (Smartphone)“

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

„zur Übermittlung dieser E-Mail-Nachrichten besteht.“

Insbesondere der letzte Punkt hat mich an lustige Geschichten aus meiner Kinderzeit denken lassen. Zur Sicherheit habe ich Wikipedia konsultiert und konnte dort lesen, ich zitiere: „Der Begriff Schildbürgerstreich findet in der Umgangssprache für aberwitzige und irreführende Regelungen oder Auswüchse der Bürokratie Verwendung.“ Zitatende. Ich finde, diese Beschreibung bringt die Sache auf den Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und Jürgen Strohschein, AfD)

Und ich meine damit nicht nur die Wahrscheinlichkeit, in jedem Bereich des Genehmigungsgebietes ausreichend Netz zu haben.

(Heiterkeit bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Die Vorstellung, ein jeder läuft mit einem Smartphone vor der Nase durch den Wald und wechselt die Richtung, sobald der Empfang, so vorhanden, schlechter wird, und versucht dabei, ein intelligentes Tier wie den Wolf aufzufinden, ist geradezu aberwitzig.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Oder aber er findet den Wolf, prüft den Empfang,

(Horst Förster, AfD: Genau.)

entweder hat er keinen und gibt auf oder er hat Empfang, dann prüft er seine Mails,

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD:
Der Wolf merkt das und beißt zu. –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

dann prüft er seine Mails, und wenn der Wolf solange gewartet hat, dann hat er die Möglichkeit zu schießen.

(Vincent Kokert, CDU: Das macht der Wolf auch. Der stellt sich da solange hin. –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Erwartungsgemäß war deshalb der artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung in Schleswig-Holstein auch kein Erfolg beschieden.

(Vincent Kokert, CDU: Die wollen den nur zu uns schicken, die Schleswig-Holsteiner.)

Und die Ausweitung des Genehmigungsgebietes am 28.08.2019

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Was?!
Wer ist da in der Regierung? CDU, ne? –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

änderte ebenfalls nichts am Ergebnis. Aber vielleicht wurde GW924m die Sache doch zu heiß

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

und nachdem in 2019 das Land Schleswig-Holstein bereits 70.000 Euro für ihn ausgegeben hatte, verließ er es in Richtung Mecklenburg-Vorpommern.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Vincent Kokert, CDU)

Schließlich gab es hier keine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung, als er am 26.10. bei Grambow erneut Nutztiere riss. Der zuständige Minister sagte daraufhin eine schnelle Prüfung auf Erteilung einer solchen zu, die aber noch nicht abgeschlossen war, als GW924m am 19.11. auf Usedom auftauchte und erneut zuschlug.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Am 29.11. hat die Prüfung im Ministerium dann doch etwas ergeben, nämlich, man sei originär gar nicht zuständig, sondern die Landkreise,

(Vincent Kokert, CDU: Ach so?!)

also in Grambow der Landkreis Nordwestmecklenburg,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das habt ihr doch durchgesetzt!
Was soll denn dieser Quatsch?! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

auf Usedom der Landkreis Vorpommern-Greifswald, auf seinem Weg dahin wohl der Landkreis Rostock beziehungsweise der Landkreis Vorpommern-Rügen. Nun vermutet man, dass GW924m nach Polen weitergezogen sei.

(Vincent Kokert, CDU: Das hofft man,
aber wissen tut man das nicht. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Aber warum sollte man eigentlich, wenn er in Mecklenburg-Vorpommern nur regelmäßig die Landkreise wechseln müsste, also schneller als die Prüfung der Genehmigung einer artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung und deren Erteilung

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Ich fand das sehr praktikabel,
das Verfahren.)

und danach nach der Aufhebung bei Verlassen des Landkreises die zu erwartende Neugenehmigung im jeweiligen Landkreis.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Oder solange wir im Landkreis keine flächendeckende Breitbandabdeckung haben oder aber im Falle vom Landkreis Vorpommern-Greifswald,

(Minister Dr. Till Backhaus:
Man kann das auch alles ins
Lächerliche ziehen hier.)

wo wir ja Wolfsrudel haben, insbesondere in einem Bereich, wo auch die Netzabdeckung nicht so besonders ist, wo trotzdem eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erteilt werden könnte, wenn er dann anhand spezifischer Merkmale zu identifizieren wäre, dann

allerdings müsste der Jäger mit der Ausnahmegenehmigung nicht nur die Netzanbindung und die E-Mails checken, sondern auch noch feststellen, dass zweifelsfrei dieser Wolf dann bei anderen Wölfen zu erkennen ist,

(Vincent Kokert, CDU:
Ja, weil er ja ein Schild umhat. –
Heiterkeit bei Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

und dann könnte er wahrscheinlich erlegt werden.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Aber ich vermute, er würde in Mecklenburg-Vorpommern eher an Altersschwäche sterben

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Maika Friemann-Jennert, CDU)

oder Opfer eines Verkehrsunfalls werden als von einem Jagdausübungsberechtigten entnommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Und auch wenn diese Beschreibung für einen Außenstehenden durchaus humoristische Züge haben mag, für die Betroffenen ist sie wohl eher zum Heulen. Der Grund, warum ich der ganzen verfahrenen Situation trotzdem etwas Positives abgewinnen mag, ist ein Urteil des EuGH vom 10.10.2019, das an der breiten Öffentlichkeit vorbeigegangen ist. In dieser Entscheidung hat der EuGH die Möglichkeit einer Wolfsbejagung nämlich nicht grundsätzlich infrage gestellt, aber die Bejagung an die hohen Voraussetzungen des strengen Artenschutzes geknüpft. Finnland, das in diesem Fall beklagt wurde, hat mit der bestandspflegenden Wolfsjagd das Ziel verfolgt, illegalen Wolfstötungen vorzubeugen, Schäden an Hunden zu verhindern und das allgemeine Sicherheitsgefühl der Menschen in den betreffenden Gebieten zu erhöhen. Dieses Ziel ist vom Gericht als legitim bestätigt worden. Dabei dürfe der günstige Erhaltungszustand nicht beeinträchtigt werden. Es darf keine andere zufriedenstellende Lösung für diese Zielerreichung geben und es müssen die besonderen Bedingungen von Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe e der Habitat-Richtlinie vorliegen.

(Vincent Kokert, CDU: Oh Mann!)

Der größte Hinderungsgrund für eine bestandspflegende Wolfsjagd ist also der der Alternativlosigkeit.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ich denke, einigen wird es jetzt dämmern, worauf ich hinauswill. Dass die Bejagung von Problemwölfen keine Alternative zur bestandspflegenden Wolfsjagd sein könnte, haben Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit dem Gezerre um die GW924m doch eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Damit sind wir der Lösung, die meine Fraktion schon lange fordert, ein gutes Stück nähergekommen. Uns geht es um ein praxistaugliches Management des Wolfsbestandes. Definierte Einzeltiere zu entnehmen, mag in der Theorie funktionieren, die Praxis hat uns allerdings ein-

geholt und vor dem Hintergrund einer ständig wachsenden Wolfspopulation wird ein Problemwolf wohl auch immer seltener allein in einem Revier anzutreffen sein. Von daher sollten wir endlich aufhören, Placebos zu verteilen, und dazu übergehen, einen Wolfsbestand, der für alle zuträglich ist, zu definieren und ihn dann auch mittels bestandspflegender Jagd – wir haben sie Schutzjagd genannt – durchzusetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Vielleicht können wir ja ab heute mit einer ganz einfachen Maßnahme beginnen. Wenn bei einem Nutztierriess nach Begutachtung durch einen Rissgutachter ein Wolf als Verursacher nicht ausgeschlossen werden kann, wird diese Information umgehend allen Tierhaltern in einem definierten Umkreis zugänglich gemacht, damit diese durch erhöhte Aufmerksamkeit Übergriffe gegebenenfalls verhindern können. Darüber hinaus müssen die derzeit in der Diskussion befindlichen Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz zur Erweiterung der Eingriffsmöglichkeiten schnellstmöglich beschlossen werden. Dann wäre der Weg hin zu einer Bejagung ganzer Rudel zumindest nicht mehr ganz so steinig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Herr Dr. Till Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundsätzlich erschüttert mich diese Debatte.

(Egbert Liskow, CDU:
Warum? Sagen Sie mal, was!)

Der Wolf ist schlau und stellt sich dumm,

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD –
Beate Schlupp, CDU: Ja.)

bei manch einem ist es andersrum.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der SPD –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
Beate Schlupp, CDU, und Horst Förster, AfD)

Herr Liskow, bleiben Sie jetzt mal ganz locker! Hören Sie erst mal zu

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

und dann können Sie sich weiter aufplustern!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich werde Ihnen Folgendes erklären:

(Egbert Liskow, CDU:
Das kann doch nicht sein!)

Ihre Lebensgefährtin ermahnt Sie zur Ruhe.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und
Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Glocke der Präsidentin)

Das ist schon mal eine kluge Idee, das ist schon mal eine kluge Idee.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Minister, ich bitte auch kurz um die Anrede des Präsidiums.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ja, das stimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie bitte den Minister jetzt auch fortfahren, damit wir hören können, was er dazu sagt.

(Egbert Liskow, CDU:
Der soll erst mal ruhig bleiben!)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Noch mal, meine sehr geehrten Damen und Herren, mich erschüttert diese Debatte schon sehr. Ich bin davon ausgegangen, dass Sie sich informiert haben über die Lage und über die Situation insgesamt für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Wir sind jetzt nicht in Schleswig-Holstein, wo im Übrigen die CDU den Ministerpräsidenten stellt.

(Patrick Dahlemann, SPD: Guck mal einer an! Guck mal einer an!)

Ich habe im Übrigen in diesem Lande mit dem Innenminister Herrn Caffier, lieber Lorenz, und letzten Endes auch durch die Ministerpräsidentin die volle Rückendeckung bei den Maßnahmen, die wir einleiten, wenn es zu einem Problemwolf kommt. Um das jetzt schon mal auf den Punkt zu bringen, deswegen ist der Wolf eben hoch und streng geschützt, dann nehme ich einfach mal zur Kenntnis, dieser Status gilt fort. Und das geht nicht, wie Sie hier betonen, mal eben so zu entscheiden, wir haben hier einen Problemwolf und dann wird der abgeschossen. Das ist ja so Ihre Forderung,

(Beate Schlupp, CDU: Nein. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

sondern das Urteil in Finnland macht genau das deutlich: Es muss immer eine Einzelmaßnahme sein. Und da gilt im Übrigen der Beschluss der Europäischen Union einstimmig, dieses aufzuheben.

(Torsten Renz, CDU: Wird der Wolf jetzt aus dem Verkehr gezogen oder nicht? Das ist jetzt hier die Frage.)

Und diesen einstimmigen Beschluss haben wir bis heute nicht, sondern ich arbeite seit drei Jahren und im Übrigen die CDU im Deutschen Bundestag und auch meine eigene Fraktion ...

(Torsten Renz, CDU: Kriegen Sie den Wolf aus dem Verkehr gezogen oder muss der weiter rumwildern? Immer haben die anderen Schuld, immer haben die anderen Schuld!)

Herr Renz, vielleicht hören Sie bitte zu!

Seit Mai haben wir im Übrigen ein Bundesratsverfahren eingeleitet. Das müssten Sie eigentlich wissen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich nehme auch zur Kenntnis, dass es nun endlich im Deutschen Bundestag zu einer Debatte gekommen ist. Es hat noch eine Anhörung in der letzten Woche gegeben,

(Torsten Renz, CDU:
Landkreise sind zuständig.)

ich hoffe, Sie wissen das,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und ich gehe davon aus, dass jetzt endlich, endlich das Bundesnaturschutzgesetz in dieser Frage angepasst wird,

(Beate Schlupp, CDU: Hab ich das gesagt oder hab ich das nicht gesagt?)

damit wir rechtssicher dann auch Entnahmen bei Problemwölfen vornehmen können.

(Beate Schlupp, CDU: Das hab ich gesagt.)

Und ich will Ihnen Folgendes noch mal sagen: Im Übrigen – auch auf die Bitte von Frau Aßmann – haben wir die Wolfsseite. Ich gehe davon aus, Sie gehen da mal drauf und schauen sich das an, da können Sie sich nämlich anschauen, wo eigentlich das Problem, das kardinale Problem liegt.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Bei 60 Prozent der Wolfsrisse in Mecklenburg-Vorpommern – und ich konzentriere mich auf unser Bundesland – ist der Grundschutz nicht vorhanden gewesen oder grob mangelhaft. Im Übrigen bedeutet das nichts anderes, als dass der Wolf leichte Beute machen kann, Herr Liskow, und angefüttert wird.

(Vincent Kokert, CDU: Hören Sie doch erst mal auf mit Ihren persönlichen Angriffen, Herr Backhaus! Wir haben Sie nicht mit einem Wort angegriffen.)

Herr Liskow hat mich angesprochen. Ja, das mögt ihr nicht!

(Vincent Kokert, CDU: Das ist unwürdig von der Regierung, unmöglich ist das! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU –
Vincent Kokert, CDU: Unglaublich! –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und dann im Übrigen auch uns hier ins Lächerliche zu ziehen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern an-

geblich irgendwelche Jäger mit einem Smartphone ausgestattet, das ist in Schleswig-Holstein passiert,

(Vincent Kokert, CDU: Mann, Mann, Mann! – Beate Schlupp, CDU: Das hab ich auch so gesagt.)

da tragen Sie die volle Verantwortung mit. Bei uns ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das nehmen Sie doch dann bitte mal zur Kenntnis! Nehmen Sie das bitte mal zur Kenntnis,

(Torsten Renz, CDU: Im Leben nicht!)

wir haben eine völlige andere Rechtslage in diesem Landkreis!

(Vincent Kokert, CDU: Ach so! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das war die Forderung des Innenministers im Übrigen damals,

(Egbert Liskow, CDU: Machen Sie endlich mal was! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

da ist der Artenschutz – das mögt ihr nicht hören, das mögen Sie nicht hören –,

(Torsten Renz, CDU: Dann müssen wir die Rechtslage ändern.)

der Artenschutz auf die Landkreise übertragen worden.

(Egbert Liskow, CDU: Handeln Sie endlich! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe damals schon davor gewarnt, dass man beim Artenschutz, der hochsensibel ist in der Bundesrepublik Deutschland – ein Segen, dass wir das haben, denn jede Art hat auch das Recht, hier zu leben –, dass man hier in einer Form mit diesen Tieren umgeht,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

die der Verantwortung dann auch gerecht wird. Und da ist es nun mal so,

(Beate Schlupp, CDU: Man kann doch die Zuständigkeit übertragen, das ist doch kein Problem.)

im Vergleich zu Schleswig-Holstein ist es so, dass die Landkreise die Verantwortung haben.

(Egbert Liskow, CDU: Nur weil Sie nicht handeln wollen!)

Im Übrigen hatten wir für den Landkreis Nordwestmecklenburg die Hilfe angeboten. Vielleicht nehmen Sie das mal zur Kenntnis, wir haben die Hilfe angeboten

(Torsten Renz, CDU: Wenn der Wolf nicht hört, muss er mit Konsequenzen rechnen, ja.)

und hätten im Falle des Zugriffes im Übrigen auch sofort die Tötungserlaubnis erteilt.

(Egbert Liskow, CDU: Nur weil er nicht handelt, schiebt er alles auf die anderen.)

Und im Übrigen, auch da handeln wir. Ich weiß nicht, ob Sie es wahrgenommen haben, Herr Liskow.

(Egbert Liskow, CDU: Ich hab alles wahrgenommen und Sie nicht. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich nehme zur Kenntnis, Herr Liskow, wir haben einen Hinweis gehabt Anfang November. Wissen Sie das? Ich glaube, an einem Sonnabend Anfang November war es.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Egbert Liskow, CDU – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Minister!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

GW924m scheint offensichtlich die Gemüter zu erhitzen. Ich bitte aber dennoch um etwas Disziplin, weil ich kann den Minister nicht mehr verstehen.

(Christiane Berg, CDU: Wir auch nicht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte disziplinieren Sie sich etwas, ansonsten würde ich die Sitzung jetzt unterbrechen.

Herr Minister, Sie haben wieder das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich will an dieser Stelle auch unterstreichen, wir haben einen Zwischenfall mit einem vermeintlichen Wolf gehabt. Ich denke, Sie haben das zur Kenntnis genommen.

(Egbert Liskow, CDU: Problemwölfe gibt es nicht.)

Ich glaube, Herr Innenminister, wir haben unverzüglich entschieden, dass dieser vermeintliche Wolf im Übrigen in Rostock mitten in der Stadt entnommen wird. Ich hoffe, Sie haben es zur Kenntnis genommen.

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Innerhalb von einer Viertelstunde hatten wir diese Entscheidung getroffen.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dass es dann im Übrigen ein Wolfshund war,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ein ganz liebes Tier war das, ein ganz liebes Tier.)

der nicht angeleint war und auch keinen Nachweis hatte,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

ich glaube, da zeigt sich – darüber mögen Sie ja gern lachen –, dass wir hier sehr schnell gehandelt haben. Und das bedeutet unterm Strich, noch mal,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Da haben wir wieder gehandelt.)

das bedeutet unterm Strich, die Sicherheit für Mensch und Tier hat in diesem Land oberste Priorität und das setzen wir auch um.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Und im Übrigen, auch das habe ich immer wieder gesagt in den letzten Jahren, ich nehme zur Kenntnis, dass wir ein starkes Ansteigen der Population in Deutschland haben und dass die 30-Prozent-Zuwachsrate tatsächlich erkennbar ist.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist doch nichts Neues, Herr Backhaus.)

Und wir haben in Deutschland jetzt 105 Wolfsrudel. Das nehme ich zur Kenntnis.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Aber mehr passiert auch nicht.)

Unsere Prognosen, die wir immer wieder deutlich gemacht haben, bestätigen sich und wir haben damit im Übrigen auch für die Bundesrepublik Deutschland weitere Maßnahmen umzusetzen. Wir konzentrieren uns insgesamt auf diese Population innerhalb des Ostens Deutschlands. Die Probleme in Sachsen, in Brandenburg sind deutlich andere im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern. Und ich nehme auch zur Kenntnis, dass es in Niedersachsen noch erhebliche Probleme gibt. Deswegen glaube ich auch, dass wir gut beraten sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir auf Bundesebene und auf Landesebene die Maßnahmen vorsehen,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Das ist mir zu viel. So viel kann ich
nicht zur Kenntnis nehmen heute Morgen. –
Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

dass, wenn es zu Übergriffen von Problemwölfen kommt in Richtung von Tierbeständen, wir entscheiden werden, dass diese entnommen werden, im Übrigen dann auch gegebenenfalls, bis das gesamte Rudel erloschen ist. Auch das gehört dazu. Und zum anderen, glaube ich auch, nehmen wir zur Kenntnis, dass wir innerhalb unseres Landes mittlerweile acht Wolfsrudel haben und zwei Einzelpaare, wobei wir auch hier grenzübergreifende oder landesübergreifende Hinweise haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gehen davon aus, dass in diesem Jahr allein 19 Welpen geboren worden sind. Damit gehen wir davon aus, dass die Population, die wir insgesamt in Deutschland haben, von acht Prozent insgesamt ausgeht. Insofern – auch diese Hinweise, die da immer wieder so aufgezeigt werden, so nach dem Motto, wir hätten hier eine Wolfspilge in Mecklenburg-Vorpommern –, da muss ich eine klare Absage erteilen. Fakt ist aber auch, ganz klar, wir haben ein stetiges Ansteigen der Population zu erkennen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Und das ist gut so.)

Und deswegen ist es so wichtig im Übrigen, dass wir Maßnahmen eingeleitet haben. Die Förderrichtlinie ist mittlerweile abgeschlossen, die Bearbeitung, der Landesrechnungshof hat zugestimmt. Das bedeutet unterm Strich, dass ab dem 01.01.2020 wir die hundertprozentige Förderung umsetzen können.

Ich habe ja gestern darauf hingewiesen, dass wir die Verhandlungen in Berlin geführt haben. Und auch da kann ich vermelden, dass gemäß unseren Forderungen – im Übrigen die zusätzlichen Aufwendungen, die die Schäferinnen und Schäfer haben, ihre Tiere zu betreuen, zu begleiten, und zusätzliche Aufwendungen mit Herdenschutzhunden oder zusätzliche Maßnahmen, auch der Unterhaltung der Tierbestände – dann jetzt zu hundert Prozent gefördert werden kann. Ich glaube, das ist ein großer Erfolg im Sinne der Tierhaltung und auch der Forderung, die wir gemeinsam mit dem Bauernverband, mit dem Landesverband der Schäfer dann umgesetzt haben.

Deswegen glaube ich auch, das noch mal unterstreichen zu dürfen – wer mir nachweist, ich würde hier nicht handeln, der sagt wissentlich oder unwissentlich die Unwahrheit –, insofern darf ich auch unterstreichen, wir unterscheiden ja zum einen die Problemwölfe, was die Frage der Tierbestände anbetrifft, und auf der anderen Seite die Extremsituation, gegebenenfalls auch das Annähern von Wölfen an Menschen. Auch da habe ich hier deutlich gemacht, dass wir in dem Fall nach Sicherheits- und Ordnungsgesetz sofort handlungsfähig sind, das haben wir bewiesen, und auf der anderen Seite ich dringend darum bitte, dass wir auf unsere Fraktion einwirken, das Bundesnaturschutzgesetz jetzt endgültig zu ändern. Ich hoffe, darauf können Sie ja Einfluss nehmen, Frau Schlupp,

(Beate Schlupp, CDU: An uns liegt
es ja nicht. An uns liegt es ja nicht.)

möglichst in der kommenden Woche im Deutschen Bundestag das Gesetz durchzubringen und damit dann Rechtssicherheit zu haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe zu dem GW924m, denke ich, ausreichend Erklärungen abgegeben, wenn wir den Zugriff hätten vornehmen können, hätte es bei uns tatsächlich auch sehr schnell im Übrigen im Zusammenwirken mit der Jägerschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine Maßnahme gegeben.

(Torsten Renz, CDU:
Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Ob der Wolf heute in Polen sich befindet oder auch,

(Andreas Butzki, SPD: Weißrussland.)

was wir mit der Telemetrie wissen, ob er bereits in den Niederlanden ist oder ob er gegebenenfalls überhaupt noch lebt,

(Torsten Renz, CDU: Oder umgedreht,
am besten wäre Schleswig-Holstein.)

ich kann es Ihnen nicht sagen. Eins weiß ich genau, auf Usedom war er, nach dem, was wir wissen, nicht, Frau Schlupp.

(Torsten Renz, CDU:
Das sollten Sie aber
mal zur Kenntnis nehmen. –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Förster?

Minister Dr. Till Backhaus: Meinetwegen.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Vielen Dank.

Eine kurze Frage: Halten Sie das Regelwerk zur Identifizierung eines Wolfes als Problemwolf und die Strategie zu seiner Entnahme wirklich für praktikabel?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich glaube, dass wir erst mal Rechtssicherheit benötigen. Sie sind ja Jurist, wir haben zurzeit, was den Zugriff auf Problemwölfe anbetrifft in Deutschland, keine Rechtssicherheit in Deutschland. Deswegen habe ich im Übrigen darum gekämpft über Jahre hinweg, dass wir das Bundesnaturschutzgesetz ändern,

(Torsten Renz, CDU:
Und hat nicht geklappt.)

um damit überhaupt rechtssicher

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

den Problemwolf entnehmen zu können.

(Unruhe bei Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Und da gehe ich davon aus, dass wir in den nächsten Wochen endlich eine Lösung haben, dass dann Rechtssicherheit tatsächlich vorhanden ist, um Problemwölfe zu entnehmen. Die haben wir nicht. Zurzeit haben wir keine Rechtssicherheit.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Herr Förster, möchten Sie eine Nachfrage ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ist das praktikabel oder nicht?)

Einen Moment bitte!

Herr Förster, möchten Sie eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Horst Förster, AfD: Weil es hieß, dass keiner hier dafür verantwortlich sei: Aber wie soll man denn einen Wolf, der jetzt nicht mit einem Schild rumrennt – das ist keine Polemik –, wie soll man den erkennen und entnehmen oder erschießen?

Minister Dr. Till Backhaus: Also da muss man sich, Herr Förster, schon ein bisschen tiefer damit auseinandersetzen.

(Andreas Butzki, SPD: Da hätte
Herr Borschke wohl ein bisschen
intensiver arbeiten müssen.)

Ich betone es noch mal: Wenn Sie als Jurist die Kenntnis von dem europäischen Regelwerk der FFH-Richtlinie haben, dann wissen Sie, auch das finnische Urteil macht deutlich im Übrigen, dass die Finnen nicht rechtssicher gehandelt haben, und deswegen sage ich noch mal, wir brauchen erstens Rechtssicherheit. Das machen wir jetzt. Und zum Zweiten brauchen wir Merkmale von diesen Tieren, und daran arbeiten wir. Und wenn Sie auf unsere Wolfsseite gehen – die ist aktualisiert –, dann erkennen Sie, dass wir Wölfe haben, die immer wieder ein besonderes Verhalten an den Tag legen. Diese Merkmale arbeiten wir heraus, da müssen Wissenschaft und das Monitoring mithelfen, und ich gehe davon aus, dass wir in der Lage sein werden, dann auch bestimmte Wölfe und ganze Wolfsrudel zu identifizieren, die immer wieder die gleichen Arten von Schäden anrichten. Diese Hürde juristisch zu überspringen, dazu brauchen wir Rechtssicherheit und dazu brauchen wir die Praktikabilität der Maßnahmen,

(Torsten Renz, CDU: Ja, dann müssen
wir die Gesetze ändern, dass wir Rechts-
sicherheit haben. Ich verstehe das nicht!)

die wir tatsächlich auch im Rahmen des Wolfsmanagements und des Monitorings umsetzen, und da sammeln wir Daten. Nicht umsonst haben wir in diesem Lande das Wolfsmonitoring seit Jahren auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, daran ist eben noch mal deutlich geworden, Entschuldigung, die Rechtsmaterie ist höchst komplex und kompliziert, und ich will nur noch mal unterstreichen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

die europäische Richtlinie, die FFH-Richtlinie, ist gültig für Deutschland und es ist seinerzeit entschieden worden, im Übrigen unter einer Bundesumweltministerin Frau Dr. Merkel.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Oh, mein Gott! –
Torsten Renz, CDU: Das ist doch
klar. Das ist so was von billig!)

Wir haben doch die Frage, wie kommen wir da weiter. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da wissen Sie, ohne aufgeregt zu werden, Herr Liskow, ...

(Egbert Liskow, CDU:
Was Sie nicht regeln, da
haben immer die anderen Schuld!)

Entschuldigung, ohne Aufregung!

... es gilt in Europa das Einstimmigkeitsprinzip. Das wissen Sie. Und wenn wir über dieses Einstimmigkeitsprinzip hinauswollen, dann brauchen wir Mehrheiten in Europa, und da hat im Übrigen Frau Schlupp richtigerweise gesagt, die Habitatanalyse ...

(Egbert Liskow, CDU: Ach so, ach so!
Mensch, das gibts doch gar nicht!)

Oh Mann, oh Mann, oh Mann! Ich wollte Ihnen gerade erläutern,

(Egbert Liskow, CDU:
Frau Schlupp hat das richtig gesagt.)

worum es eigentlich geht,

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

nämlich, es geht darum, eine Habitatanalyse zu haben und den guten Erhaltungszustand zu definieren, und so weit sind wir noch nicht. Der gute Erhaltungszustand, der von der AfD hier titulierte wird,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wir hätten angeblich den guten Erhaltungszustand erreicht, der ist nicht erreicht. Diese klare Aussage haben wir aus dem Bundesumweltministerium und auch aus dem Bundesamt für Naturschutz.

(Heiterkeit und Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Darüber mögen Sie wieder lachen, Herr Liskow. Bei allem Wohlwollen, die Habitatanalyse läuft,

(Egbert Liskow, CDU: Die ändern, die ändern!)

und im Übrigen, auch das war unsere Forderung, weil dann, wenn der gute Erhaltungszustand erreicht ist, es möglich ist, die Anträge zu stellen, um quasi in eine Art von Bewirtschaftungsmanagement einzutreten, und ich gehe davon aus, dass wir innerhalb des kommenden Jahres, der nächsten zwei Jahre eine solche Habitatanalyse haben werden,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
So, zwei Jahre?! –
Nikolaus Kramer, AfD: Doch so schnell?)

die dann deutlich macht, dass der gute Erhaltungszustand für unsere Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und die ostdeutschen Länder umgesetzt wird.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich komme zum Abschluss.

(Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD:
Zum Abschluss oder zum Abschluss?)

Zum Abschluss.

Der 09.12. dieses Jahres hat in der öffentlichen Anhörung deutlich gemacht, dass es zwingend notwendig ist, endlich im Deutschen Bundestag zu handeln. Ich gehe davon aus, dass wir alles daransetzen, gemeinsam das Bundesnaturschutzgesetz jetzt auf den Weg zu bringen, um damit rechtssicher – ich sage das noch mal, rechtssicher – Problemwölfe entnehmen zu können und damit letzten Endes auch einen Beitrag für die Wolfspopulation, aber zum Schutz der Nutztierhaltung auf den Weg zu bringen.

Ich habe damit im Übrigen auch das Versprechen, das ich hier vor diesem Hohen Hause abgegeben habe, eine Bundesratsinitiative einzuleiten –

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

genau das, was der Deutsche Bundestag im Wesentlichen hoffentlich dann entscheiden wird –, das haben wir in den Bundesrat eingebracht, und ich gehe davon aus, dass wir im kommenden Jahr dann Rechtssicherheit haben werden, um gegebenenfalls auch Einzelwölfe oder ganze Rudel,

(Torsten Renz, CDU: Genau, die SPD braucht die absolute Mehrheit in Berlin, dann können Sie das durchsetzen.)

die den Nachweis erbringen, dass sie gut geschützt waren, die Tierbestände, dann auch entnehmen zu können.

In dem Sinne wünsche ich Ihnen auf jeden Fall eine ruhige Debatte heute,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

auch bei den nächsten Tagesordnungspunkten, und wünsche Ihnen von Herzen frohe Weihnachten!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Eine ruhige Debatte! Der haut hier auf den Putz, dass es spritzt!)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Nachfrage oder Rückfrage von Herrn Förster? (Zustimmung)

Ich muss nur betonen, dass die Redezeit schon ausgeschöpft ist.

Herr Förster, vielleicht könnten Sie sich kurzfassen.

Horst Förster, AfD: Ich hatte ja meinen Redebeitrag von Herrn Borschke angefügt dieses Beispiel mit dem Herdenschutzzaun, 20 Zentimeter Abstand unten. Können Sie dazu etwas sagen, ob das tauglicher Herdenschutz ist, ob das erklärbar ist?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, also es geht ja darum, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern – das haben im Übrigen die Behörden, das geht ja um die Solarparks, es ist so damals entschieden worden durch die Genehmigungsbehörden, dass Solarparks eingezäunt werden und diese dann im Übrigen einen 20-Zentimeter-Freiraum haben müssen, damit tatsächlich der Austausch von Tieren erfolgen kann.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das hat Herr Förster auch schon erklärt.)

Das gilt im Übrigen insofern nicht als wolfsicher und ich kann Ihnen eines sagen: Wir haben uns damit sehr intensiv befasst, wir haben unser Management dorthin geschickt, und ich nehme zur Kenntnis, dass, nachdem der Schäfer, den Sie auch zum Teil wahrscheinlich ansprechen, nachdem dieser die Maßnahmen, die wir ihm empfohlen haben, angewandt hat, es keine weiteren Übergriffe gegeben hat. Es hat jetzt erneut mit dem gleichen Schäfer an einem anderen Ort im Übrigen Hinweise gegeben, auch da war wieder der Grundschutz, nämlich der Unterwühlenschutz, nicht gegeben, und es gab auch Hinweise, dass der Bestand der Tiere sich in keinem guten Zustand befunden hat. Also das ist differenziert zu betrachten.

Ich nehme zur Kenntnis, dass dort, wo unser Management, das ist meine letzte Kernaussage, da bitte ich auch noch mal um Verständnis, dass dort, wo unser Management – nach jedem Riss fährt ein Rissgutachter raus, das können Sie im Übrigen auf der Internetseite sehen, und dort werden Genetikproben gemacht und es findet eine Beratung für die Schäfer statt. Das ist natürlich eine Tragödie, wenn die ihre Tiere verlieren, das ist doch vollkommen klar. Dann ist es auch emotional und ich nehme eins zur Kenntnis: Wenn unser Management dort gewesen ist und die Maßnahmen eingeleitet worden sind, hat es keine Übergriffe mehr gegeben, und wenn es Übergriffe gibt, ist das im Übrigen ein Indiz dafür, dass es sich hier um einen Problemwolf handelt, und da ist die Eskalationsstufe ziemlich klar geregelt in diesem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, ohne das ins Lächerliche zu ziehen, dass wir dann auch auf den Problemwolf oder gegebenenfalls auf ein gesamtes Rudel zugreifen werden.

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Der Minister hat seine Redezeit, obwohl ich ihm zubilligen muss, dass er mehrere Zwischenfragen beantworten musste, um vier Minuten überschritten.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Dr. Weiß.

(Vincent Kokert, CDU: Ist das Ihr Hund auf der Krawatte, Herr Dr. Weiß? – Dr. Ralph Weber, AfD: Hätte ich gerne. – Torsten Renz, CDU: Sie müssen das Pult runterfahren, damit wir den Hund oder Wolf vollständig sehen.)

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns geht es gut, uns geht es verdammt gut. Wir sind so reich, dass wir keine anderen Sorgen haben.

(Vincent Kokert, CDU: Das würde ich mir bei anderen Reden von Ihnen auch wünschen, diesen Einstieg.)

Wir beschäftigen uns in dieser Legislatur – mal gerade drei Jahre her, dass es losging – jetzt mittlerweile das 16. Mal damit.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Weil nichts passiert, deswegen. – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Wenn ich Anträge, Kleine Anfragen und alle Dinge mit diesem Tier vergleiche, ausschließlich nur mit diesem Tier, und wenn es darum geht, das zu gewichten, dann ist das, glaube ich, das dritthäufigste Thema hier im Hause.

(Andreas Butzki, SPD: Henning Foerster kann aber auch Themen aufzählen.)

Der Wolf, ein gefährlicher Eindringling, ob wir ihn jetzt mit einem konkreten Namen benennen oder mit einer Zahlen- und Buchstabenfolge – ich wundere mich bloß, dass noch keiner auf die Idee gekommen ist, dass er vielleicht nach M-V gekommen ist, um hier politisches Asyl zu verlangen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Dann könnte man ja auch darüber diskutieren, ob er zurückgeführt wird,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

und dann müssten wir noch entscheiden, ob Schleswig-Holstein ein sicheres Herkunftsland ist.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag, der hier von der AfD-Fraktion vorgelegt wurde, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen, ist eine mehrfache Wiederholung, ohne dabei zu berücksichtigen, in welchem Rechtsrahmen sich das Ganze befindet. Den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen, ändert nichts an seiner ganzjährigen Schonzeit,

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

ändert nichts an den Rahmenbedingungen. Der Minister sprach bereits von der FFH-Richtlinie, von den entsprechenden Grundlagen des Rechtsrahmens in Bund und EU. Ganz im Gegenteil, in dem Moment, wo der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen worden wäre, hätten wir bei sämtlichen Entscheidungswegen mehrere Positionen zusätzlich zu beachten, und dazu kommt noch, dass natürlich gerade im Lebensraum des Wolfes keine Reviergrenzen vorhanden sind. Wolfsausschlussgebiete oder Ähnliches gibt es nicht. Dazu ist dieses Tier viel zu intelligent. Es gehört mit zu den Populationen, die am intensivsten und am fähigsten dabei sind, ihren Siedlungsraum immer und immer wieder auszutesten, Grenzen zu überschreiten und ökologische Nischen einzunehmen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Auszuweiten.)

Hinzu kommt, dass es sich um ein Tier handelt, was am Tag bis zu 80 Kilometern zurücklegen kann. Das heißt auch, dass es, wenn es nicht nur um eine einfache Revierweiterung geht, neue Areale zu erschließen zu seiner Lebensart gehört, insbesondere bei Grauwölfen aus dem Balkangebiet.

Hingegen bedient die AfD hier Mythen, und ich möchte das gar nicht weiter vertiefen, aber an eine Sache doch erinnern: Wir sind mit dem Agrarausschuss ja vor Kurzem in Schweden gewesen, gerade auch zu diesem Thema, und wenn ich daran denke, dass wir insbesondere vom schwedischen Reichsjagdverband dort eine instruktive Erläuterung des Verfahrens bekommen haben, wurde uns aber auch klar und deutlich gesagt, auf welcher, ähnlich wie in Finnland, dünnen Rechtsgrundlage die Handlungsstrategien dort existieren. Wenn fünf Teilnehmer an einer solchen Veranstaltung zum Schluss mit sechs verschiedenen Meinungen rausgehen, zeigt das ganz deutlich, dass wir hier keine eindeutige Aussage bekommen haben, die auf Mecklenburg-Vorpommern übertragbar ist.

(Beate Schlupp, CDU: Doch, sie schießen. Das war wohl eindeutig. – Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Ich sprach aber nicht von dem, was sie machen, sondern von der Rechtsgrundlage. Darum ging es.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Die Rechtsgrundlage ist entscheidend.
Wollen Sie mich zum Rechtsbruch auffordern?)

Und genau diese Fragestellung, wie weit das, was sie tun, eine Rechtssicherheit hat, beantwortete beispielsweise die EU-Kommission mit der prompten Drohung, entsprechende Strafzahlungen einzuleiten.

(Zurufe von Beate Schlupp, CDU,
und Horst Förster, AfD)

Für mich ist viel wichtiger – und dieses Thema ist ja heute auch schon bereits mehrfach erwähnt worden –, wie es den Weidetierhaltern geht.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Weidetierhaltung, Weidetierprämien, entsprechende Unterstützung der Weidewirtschaft durch eine angemessene Unterstützung bei der Bezahlung der Zäune, eine hundertprozentige Förderung für Präventions- und Schutzmaßnahmen sind schon lange angekündigt, aber in dem Sinne, wie die Betroffenen es brauchen, ist es noch nicht umgesetzt.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Und ich will hier in keiner Weise irgendwas in die Lächerlichkeit ziehen. Ich resümiere einfach, dass weder das Jagdrecht noch Ausschlussgebiete, noch Ansiedlungsgebiete und schon gar keine Obergrenzen eine Hilfe sind. Und etwas, was ich mit Deutlichkeit unterstreichen möchte: Ein günstiger Erhaltungszustand, selbst, wenn wir ihn hätten, ist noch lange keine Grenze, oberhalb der alles abzuschließen ist.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Das müsste man dann bei allen anderen Populationen ja auch machen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und insofern ist dieser Ruf nach dem günstigen Erhaltungszustand natürlich auch nur die eine Seite der Medaille.

Zum Antragspunkt 2 der hier vorgelegten Forderung der AfD, Ausweisung von Siedlungsgebieten, könnte man es auch umschreiben, Reservate vielleicht, und, meine Damen und Herren, die Festlegung von Obergrenzen hat schon irgendetwas Malthusianisches, vor allem in Bezug auf das, was hier gefordert wird. Und das geht immer schief. Ich unterstelle sogar, dass dieser Denkweise ein gewisser Hang zur, ich sage mal, einseitigen Betrachtung der Realität zugrunde liegt.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Der Wolf ist intelligent, klar, aber gibt es hier etwa Angst vor Konkurrenz?

(Vincent Kokert, CDU:
Das ist nun schon wieder Unsinn!)

Das war eine Frage, die gar nicht so unsinnig ist.

(Vincent Kokert, CDU: Ach so?!)

Zum Schluss nehme ich es nämlich persönlich: Mein Name ist Wolfgang. – Danke schön.

(allgemeine Heiterkeit –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Dr. Wolfgang Weiß.

Das Wort hat jetzt für die SPD Frau Aßmann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vorhin war
aber ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit
in der Debatte, ja?! Das geht ja gar nicht!)

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein paar Worte verlieren zu dem, was Herr Förster gesagt hat.

Herr Förster, Sie haben zu Frau Schlupp gesagt, sie soll mal mehr Rückgrat zeigen und eine rote Linie ziehen. Wissen Sie, wenn man ihr zugehört hat, Frau Schlupp, dann hat all das Honig-ums-Maul-Schmierer gar nichts gebracht und dann zeigt sich nämlich, dass diese Frau sehr wohl Rückgrat hat, weil sie fällt nämlich gar nicht auf das rein, was Sie hier lapidar wieder in Ihrem Antrag zusammengefasst haben. Wir mögen grundsätzlich unterschiedlicher Auffassung sein, Frau Schlupp und ich, ich glaube, das ist kein Geheimnis, und trotzdem sind wir uns in der Grundlinie einig, und das zeigt doch eben auch, dass wir in dieser Koalition viele Gemeinsamkeiten haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

auch wenn manch andere das vielleicht gar nicht so wahrhaben wollen.

(Vincent Kokert, CDU: Wir müssen uns
gegenseitig auch mal ein bisschen Mut
machen. – Dr. Ralph Weber, AfD:
Der Wolf tut der Koalition gut. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern in der SPD-Fraktion und auch im SPD-Landesverband nach wie vor die Auffassung, wie auch unser Minister sie hier vertreten hat, dass wir für Artenschutz eintreten, dass wir sehr wohl der Auffassung sind, dass der Wolf zu unserem Ökosystem, zu einem intakten Ökosystem hier in Mecklenburg-Vorpommern dazugehört, dass er seinen Beitrag leistet, und wir haben auch nach wie vor die Auffassung, dass wir natürlich mit Augenmaß gucken müssen, wie gehen wir tatsächlich mit diesem Großwild oder mit dieser Großwildart um.

Wir haben uns darüber verständigt, dass wir in Zukunft unsere Schaf- und Ziegenhalter weiter unterstützen wollen. Ein erster Schritt, auch mit Blick auf Herrn Lückhoff, war ja bereits geschehen, dass bei der extensiven Grünlandbewirtschaftung eben die 69 Euro pro Hektar draufgepackt werden konnten. Das ist immer noch nicht der große Sprung, aber es zeigt, dass uns sehr bewusst ist, dass wir hier auch unsere Weidetierhalter besser unterstützen müssen, besser unterstützen wollen, und das ist auch das, was aus dem Vorschlag zur gemeinsamen Agrarpolitik hervorgegangen ist.

Wir wollen – das wurde gesagt – die Kompensation zu 100 Prozent, wenn es um die Erschaffung oder Anschaffung von Zäunen geht. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass wir gegebenenfalls die Ausnahme von Deminimis kriegen, und wir müssen aber auch in der Kommunikation so ehrlich sein zu sagen, wenn wir eben wie bei den Solarparks die Zäune haben, die aus Artenschutzgründen oder aus Umweltgründen unten den Freiraum haben, dass das nun mal einfach zwei Dinge sind, die konträr sind. Die laufen nun mal gegeneinander. Das ist genauso, wenn wir sagen, wir wollen Freilandsschweinehaltung, aber wir wollen eben kein Ammoniak in der Luft. Das sind einfach zwei Paar Schuhe, die kann man nicht immer gleichzeitig bedienen und da muss man ehrlich in der Kommunikation sein. Dann werden wir das nicht an jeder Stelle schaffen, wenn regelmäßig Wolfsangriffe kommen. Dann werden wir entweder nicht schaffen, dass wir in so einem Solarpark weiterhin Schafe und Ziegen halten können, oder wir werden eben nicht schaffen, dass weiterhin kleines Raubwild, Niederwild und so weiter ungebremst passieren kann.

Das ist eben auch die große Herausforderung, wenn es um den Schutz unserer Weidetiere geht, bei jedem Zaun, den wir aufstellen, und da bin ich auch ganz gern bei dem Punkt 2 des Antrages der AfD-Fraktion, in welchen Regionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern der Wolf angesiedelt werden kann. Der Wolf ist ein freies Tier, der bewegt sich frei in der Landschaft. Wenn wir jetzt anfangen zu sagen, er darf nur in einem bestimmten Gebiet sein, dann müssten wir genau genommen dieses Gebiet einzäunen, wenn wir sicher sein wollen. Was bedeutet das aber für Rotwild? Was bedeutet das für Damwild?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und das nur zu bestimmten Uhrzeiten.)

Was bedeutet das für Kraniche zum Beispiel? Was bedeutet das für Niederwild, für kleines Raubwild und so weiter? Nämlich, dass auch diese Tierarten erheblich eingeschränkt werden in ihrem natürlichen, ich sage mal, Verkehr. Und was bedeutet das im Umkehrschluss? Wir können dann dieses Gebiet einzäunen, ich überspitze, und können sagen, komm, wir schmeißen einen Haufen Wild rein, soll er sich mal satt fressen, und wenn nichts mehr da ist, dann fallen halt eben alle tot um, jetzt überspitzt mal dargestellt.

Das kann einfach nicht das Ziel sein, hier eine Lösung herbeizuführen, sondern wir müssen natürlich gucken, okay, ist der gute Erhaltungszustand erreicht. Das muss jetzt wirklich festgeschrieben werden. Ist es so, was ist mit dem Austausch der unterschiedlichen Populationen? Und dann müssen wir in ein wirklich aktives Monitoring eintreten, weil das ist die einzige Maßnahme aus meiner Sicht, wo wir wirklich Rechtssicherheit schaffen können. Solange wir bei einem übermäßig passiven Monitoring bleiben, ändert sich an dieser großen Zahl, die wir in Deutschland bräuchten, nämlich die mindestens tausend ausgewachsenen und vermehrungsbereiten Tiere oder fortpflanzungsfähigen Tiere, nichts.

Wenn wir ein passives, ein aktives Monitoring hätten – Entschuldigung –, dann würden wir auf den Rechtsrahmen kommen, wie die Schweden ihn beschrieben haben, nämlich, dass sie sagen, okay, sie haben aktives Monitoring, deswegen können sie nachweisen, dass ihre Population entsprechend die Größe hat, und trotzdem haben

die Schweden ja ganz genau gesagt, welche Probleme sie haben, zum einen, dass sie eben ein Inzuchtproblem haben, und zum anderen – und das muss man sich auch mal auf der Zunge zergehen lassen –, ob wir in Zukunft unseren Innenminister mit dem Hubschrauber die Wölfe von A nach B fliegen lassen wollen. Nämlich das gehört auch zur Wahrheit dazu, dass die Schweden genau das machen, dass sie mit einem Hubschrauber die Wölfe innerhalb ihres Landes umsiedeln. Und ob wir das dann tatsächlich so wollen, das steht auch noch mal auf einem anderen Blatt Papier.

Das zum Zaun habe ich gesagt: Wir wollen keinen Zaun, wir sind ganz froh, dass der große Zaun, der zum Teil ja auch als Mauer gebaut war, vor 30 Jahren verschwunden ist. Wir brauchen auch keine Studie, ob der Wolf oder wo der Wolf sich ansiedeln kann, weil er zeigt uns nämlich ganz genau, wo er das kann, nämlich dort, wo er genügend Deckung hat, und dort, wo er genügend Nahrung findet. Da haben wir also den Studienteilnehmer schon vierbeinig dabei. Wir haben im Unterschied zu anderen Ländern innerhalb Europas eine größere Bevölkerungsdichte. Das wird ja auch immer herangeführt, warum es so wichtig wäre, dass wir hier weniger Wölfe haben. Der Umkehrschluss aber, dass wir eine höhere Siedlungsdichte haben, ist auch, dass wir mehr Verkehr haben und dass wir einfach viele oder viel mehr Wölfe als in anderen Ländern Europas haben, die eben auf natürliche Art und Weise, wenn man es denn durch Verkehr überhaupt so betitelt, zu Tode kommen, und auch dadurch sicherlich die explosionsartige Vermehrung, wie sie sonst gegeben wäre, nicht so in dem Maße hier vorkommt.

Ich gebe zu, dass der Informationsfluss, auch wenn jetzt die Seite wolf-mv.de überarbeitet wurde und sich sehr, sehr gut entwickelt hat, an der einen oder anderen Stelle noch besser werden kann. Als Frau Schlupp gesagt hat, sie hätte sich vorstellen können oder könnte sich vorstellen, dass, wenn ein Übergriff passiert, dass man da ringsum die tierhaltenden Betriebe oder auch Privatpersonen informiert, habe ich mich so ein bisschen in meine Diskussion vor ein paar Tagen versetzt gefühlt. Vielleicht zeigt auch das wieder, dass wir doch eigentlich nah beieinander sind, weil ich habe gerade im Bekanntenkreis wieder einen Fall gehabt in der Alt-Treptower Ecke, wo drei Tage nacheinander die Mutterkühe ausgebrochen sind, dann früher in den Stall geholt wurden und erst eine Woche später klar war, okay, da war ein Rissvorfall, das kann damit zusammengehangen haben. Und da ist natürlich schon wichtig, dass, wenn der Rissgutachter gerufen wird, man dann schaut, vielleicht im Radius von 30 Kilometern, wir kennen die Tierhalter, dass einfach informiert wird, da war ein Rissvorfall, wir wissen noch nicht genau, ob es ein Wolf war oder nicht, aber haben Sie einfach zusätzlich Obacht auf Ihre Tiere.

Ich hatte gesagt, an unserer Einstellung hat sich in den letzten Jahren nichts geändert oder in den letzten Monaten nichts geändert, wir haben eine klare Beschlusslage zwischen den Koalitionspartnern. Die haben wir auch hier – ich glaube, Anfang 2018 – im Landtag vorgestellt.

Wir lehnen selbstverständlich den Antrag der AfD-Fraktion ab

(Jens-Holger Schneider, AfD: Selbstverständlich!)

und wenn jetzt noch mal der Redner der AfD-Fraktion hier ans Pult tritt, dann würde ich doch bitten, mir mal zu

erklären, Herr Förster – Sie sind ja immer einer, der sehr gern mit Zahlen arbeitet und nie belegt, wo Sie die Zahlen herhaben –, Sie haben hier am Rednerpult gesagt, 1.800 Wölfe nach realistischer Zählung würde es in Deutschland geben, dann nennen Sie doch bitte auch die Quelle!

(Vincent Kokert, CDU: Er hat sie alle persönlich gezählt. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Dann können wir vielleicht auch noch mal vernünftig fachlich fundiert, auf Zahlen basiert, weiterdiskutieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Aßmann.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Strohschein.

Jürgen Strohschein, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Bürger! Am 27. März 2019 hielten Sie, Herr Minister, einen Bürgerdialog

(Zuruf aus dem Plenum: Was? –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Was für ein Ding?!)

zum Thema „Wolf in Torgelow“ ab. Ich fragte Sie, warum die Untersuchungsergebnisse der Genproben von Wölfen nicht den Abgeordneten zugänglich sind. Darauf antworteten Sie, Herr Minister, dass Sie mit der Herausgabe der Untersuchungsergebnisse von Genproben kein Problem hätten. Tatsächlich hatte ich vorher, am 4. Februar, in dieser Sache eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Sie wurde am 18. Februar abschlägig beschieden. Die Daten seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sie stünden den zuständigen Landesbehörden und dem Wolfsmanagement zur Verfügung, hieß es. Da muss ich schon fragen, Herr Minister, Sie stehen ja Ihrem Ministerium vor und Sie ...

(Thomas Krüger, SPD:
Das können wir bestätigen.)

Ja, da muss man schon die Frage stellen: Wer handelt denn nun im Ministerium? Hat das Ministerium nun mehr zu sagen als Sie oder stehen Sie nicht zu Ihrem Wort?

Dann, denke ich mal, es gibt ja auch gewisse Gründe, dass man solche Geheimniskrämerei vorantreibt. Einkreuzungen zwischen Hund und Wolf, darum geht es nämlich, sind in der Natur, besonders in dicht besiedelten Gebieten ein ganz normaler Vorgang. In Europa ist es zum Hobby geworden, dass sich immer mehr Hundebesitzer auch Wolfshunde halten. Es kommt dann vor, dass auch mal Wolfshunde ausbrechen, die Halter beherrschen diese Tiere nicht immer oder sie werden ihrer überdrüssig. Es sind schließlich keine Kuschtiere. Die Folge ist, dass sie dann freigelassen werden und sich mit Wölfen paaren. Wolfshunde, die mit einem Deutschen Schäferhund eingekreuzt wurden,

(Thomas Krüger, SPD:
Wo ist Ihre politische Botschaft?)

wenn der Schäferhund auch farblich dem Wolf, Wölfen sehr ähnlich sieht, sind schwer von Wölfen zu unterscheiden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Strohschein, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Aßmann?

Jürgen Strohschein, AfD: Ja, bitte.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Herr Strohschein, Sie haben gerade gesagt, dass es zur Tagesordnung gehört – so habe ich es zumindest verstanden –, dass Hunde und Wölfe sich verpaaren in Siedlungsnähe. Mich würde interessieren, wie viele Fälle tatsächlich in den letzten zehn Jahren in Deutschland vorgekommen sind, wo genau das passiert ist.

Jürgen Strohschein, AfD: Ja, Frau Aßmann, wie soll ich Ihnen das erzählen, wenn die Daten nicht rausgegeben werden? Sorgen Sie dafür, dass die Daten rausgegeben werden, dann kann ich Ihnen auch eine Antwort geben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Strohschein, gestatten Sie eine Nachfrage von Frau Aßmann?

Jürgen Strohschein, AfD: Ja, bitte.

Elisabeth Aßmann, SPD: Herr Strohschein, wenn Sie sagen, es gibt keine Daten, dann würde mich interessieren, woher Sie Ihr Wissen nehmen, dass eben solche Verpaarungen regelmäßig stattfinden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Er weiß es eben, er weiß es eben.)

Jürgen Strohschein, AfD: Na ja, Frau Aßmann, irgendwo sickert ja immer etwas durch,

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE –
Jochen Schulte, SPD:
Das ist Inkontinenz.)

und daher weiß ich das. Und woher die Geheimniskrämerei? Das muss ja seinen Grund haben. Besonders Wolfshunde und ihre Ableger sind zutraulicher und schlauer als Wölfe, aber deshalb auch gefährlicher.

Allein schon aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Hygieneuntersuchungen den Abgeordneten zugänglich gemacht werden. Geheimniskrämerei nutzt keinem und zerstört das Vertrauen in Politik und Behörden!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es gibt dann nur Anlass zu Spekulationen.

Sollte sich herausstellen, dass unsere Wölfe sich in Zukunft mit Hunden immer öfter vermischen, muss man darüber nachdenken, ob der Schutzstatus für den Wolf überhaupt noch gegeben ist. Außerdem sind die nach

Westeuropa folgenden Wölfe der Art des eurasisches Wolfes zuzuordnen. Diese Art ist nicht vom Aussterben bedroht.

(Beifall Jörg Kröger, AfD)

Der letzte originär in Deutschland heimische Wolf war der Grauwolf, doch der ist definitiv ausgerottet worden. Das wird in der Diskussion völlig vernachlässigt.

Dann haben wir ja heute gehört, was die Bürokratie alles so ausbrütet. Es wird in Zukunft sicher – und davon bin ich überzeugt – ein bürokratisches Monstrum errichtet, das nicht funktionieren wird, es ist Blödsinn.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Horst Förster, AfD: Richtig!)

Und dann noch eins, Herr Kokert, wenn Sie in Ihrem Revier dann mal einen Wolf abschießen sollen, dann kann ich Ihnen einen guten Rat geben: Melden Sie sich lieber krank! Sie schießen garantiert den falschen und dann können Sie sich das Gesicht schwarzmachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Beate Schlupp, CDU –
Vincent Kokert, CDU: Haben Sie das
etwa aufgeschrieben, da bei sich,
was Sie eben gesagt haben?!)

Nein, das habe ich eben so ...

(Vincent Kokert, CDU: Frei formuliert.)

Frei formuliert, ja, ja.

(Vincent Kokert, CDU:
Dann wundert mich das nicht.)

Ach so!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Also bei Ihnen laufen dann die Wölfe wahrscheinlich mit einem Schild um den Hals rum:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich bin es, der abgeschossen werden muss.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

So vernehme ich jetzt Ihre Äußerungen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Vincent Kokert, CDU: Oh, mein Gott,
es gibt so Dinge, die sollten
niemals stattfinden!)

Ich hatte schon einmal hier in meiner Rede gesagt, dass wir Schutzzonen für unsere Wölfe brauchen, und in den anderen Gebieten unterliegen sie dem Jagdrecht und unterstehen nicht dem Schutzstatus. Und damit, Herr Dr. Weiß, würde sich alles andere erübrigen, was Sie hier gesagt haben. Das würde auch automatisch eine Obergrenze gewährleisten.

Rechtssicherheit zur Entnahme der Wölfe fordern Sie, Herr Minister Backhaus, hier schon die letzten drei Jahre.

Bloß ich sagte schon, was dann ausgebrütet wird, das funktioniert sowieso nicht. Die Wölfe werden hier bei uns – auch in Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland – ständig zunehmen. Was nützt dann die Entnahme einzelner Wölfe? Gar nichts!

Die Weidetierhalter müssen geschützt werden und nicht unsere Wölfe, denn von den Wölfen gibt es schon genug. Die Wolfsrisse werden in Zukunft weiter zunehmen und wir werden uns hier in diesem Parlament noch sehr häufig mit dem Wolf beschäftigen müssen, weil der Druck aus der Bevölkerung immer mehr zunehmen wird, gerade auf den Dörfern. Aber die wollen Sie ja erhalten, genau das Gegenteil passiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Strohschein!

Mir liegt noch eine Kurzintervention von Frau Aßmann vor. Frau Aßmann, bitte schön.

(Vincent Kokert, CDU:
Ich möchte jetzt das mit
dem schwarzen Gesicht
noch mal klargestellt haben.)

Elisabeth Aßmann, SPD: Herr Strohschein, ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen vielleicht noch mal ein, zwei neue Erkenntnisse mit auf den Weg zu geben, die Sie in der Vergangenheit scheinbar nicht so aufgenommen haben.

Erst mal gibt es einen Unterschied, ob es ein Wolfshund ist oder ein Wolfhund. Zum Beispiel der Fall in Rostock, da handelte es sich um einen klassischen Wolfhund, wo man einfach zur Kenntnis nehmen muss, dass es natürlich einerseits sehr gut ist, wenn man schnell handlungsfähig ist, aber dass es eben auch zu einer klassischen Fehlentscheidung führen kann, wie das in Rostock der Fall ist, dass man nämlich einen Hund erwischt und keinen Wolf.

Dann möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, dass ein Wolfsrüde sich sehr wohl, wenn er auf eine Hündin trifft, vermehrt,

(Horst Förster, AfD:
Woher wissen Sie das denn?)

das aber im Umkehrschluss eine Wolfsfähe immer nur dann empfängnisbereit wird,

(Vincent Kokert, CDU:
Jetzt schweift die Diskussion ab.)

wenn ein Wolfsrüde sich in ihrer Nähe befindet, und das auch noch saisonal. Das heißt, wenn wir eine einzelne Fähe irgendwo haben

(Vincent Kokert, CDU:
Schwarzes Gesicht und
Empfängnisbereitschaft.)

und sie würde durch eine Siedlung kommen, würde sie sich nicht mit einem Rüden verpaaren können. Das geht biologisch einfach nicht. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

Wenn Sie denn sagen – und das war jetzt der ausgesprochene Wunsch von Herrn Kokert –, wenn man ein Jäger ist

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Schwarzes Gesicht!)

und gegebenenfalls die Rechtslage irgendwann da ist, dass man einen Wolf bestandsregulierend schießen kann, dass man sich dann lieber krankmelden soll oder man könne sich das Gesicht gleich schwarz anmalen: Wenn mir schlecht ist, dann werde ich eher grün als schwarz. Herrn Kokert geht das, glaube ich, genauso. Und falls er sich das Gesicht dann doch schwarzmalen soll, dann holen Sie bitte die Schuhcreme raus und wir machen das gemeinsam!

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Frau Präsidentin, ich fühle
mich gepoppt!)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Strohschein, möchten Sie auf Frau Aßmann erwidern?

Jürgen Strohschein, AfD: Bitte.

Präsidentin Birgit Hesse: Gern.

Jürgen Strohschein, AfD: Frau Aßmann, also um mal vom Wolfshund zu sprechen, da gibt es im Moment keine Grenzen. Wieviel Prozent muss ein Wolf Hund drin haben, um als Wolfshund registriert zu werden? Fifty-fifty ist klar, aber die Meinungen gehen da sehr stark auseinander. Das ist erst mal klar und alles andere – dazu möchte ich hier nichts weiter sagen – ist gesagt. Das war ja mehr eine lustige Einlage, was Sie hier gegeben haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!
Das war Biologie erster Klasse.)

Herr Ritter, Sie haben doch gar keine Ahnung davon!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nein, überhaupt nicht!)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der SPD Frau Aßmann.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Die sind
doch Rotkäppchen-verseucht ... –
Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Elisabeth Aßmann, SPD: Ich möchte fürs Protokoll bitte, sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte gern fürs Protokoll notieren, dass der Zwischenruf von Herrn Professor Weber gerade war: „Die sind doch Rotkäppchen-verseucht“. Ich gehe davon aus, das war so leise gesprochen, dass der Plenarprotokolldienst das leider nicht aufnehmen konnte.

Herr Strohschein, ich glaube, Ihnen würde es guttun, wenn Sie einfach mal in ein großes Buch der Rassehundelisten gucken könnten.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Der Wolfshund ist beispielsweise der Irische Wolfshund, der wurde eingesetzt zu jagdlichen Zwecken.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Wolfshund hingegen ist eine Kreuzung ursprünglich mal aus Wölfen und eben wolfsähnlichen Hunden, wie beispielsweise dem Deutschen Schäferhund. Es gibt da beispielsweise den Tschechoslowakischen Wolfshund. Ich betone, ohne „s“ – Wolfshund. Der sieht also optisch sehr ähnlich aus wie ein Wolf, muss aber genetisch mindestens – und da kommen wir wieder zur Biologie – Nachfolgeneration F5 sein.

(Jochen Schulte, SPD:
Mit der Rassenbiologie müsste
man sich doch bei der AfD auskennen. –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Alles, was Kreuzungsgenerationen F1 bis F4 sind, fällt artenschutzrechtlich unter den Begriff „Wolf“, und dann haben wir keinen Wolfshund.

Ich gebe zu, dass es an der einen oder anderen Stelle mehr oder weniger verrückte Menschen gibt, die in anderen Ländern dieser Welt, vornehmlich im Moment scheinbar in den USA, aber auch in Russland, Wölfe gezielt kreuzen mit Wolfshunden, weil sie eben noch mehr den visuellen, den optischen Charakter bei Wolfshunden herauszüchten können.

Das ist eine Sache, die züchterisch angegangen wird, die wir in unserer Fraktion aus tiefster Überzeugung ablehnen und die vor allen Dingen auch durch einen einfachen Gentest absolut schnell zu entlarven ist und wo wir uns einig darüber sind, dass, wenn so ein Hund auftaucht, der nachweislich mehr Wolfsgene hat, als er als Hund haben dürfte, dass wir den dann aus Privathaltung entnehmen müssen.

(Vincent Kokert, CDU: Das haben
wir jetzt noch mal klargestellt.)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich hoffe, Sie merken es sich in Zukunft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Aßmann.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4441. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4441 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD beziehungsweise Enthaltung durch Herrn Professor Weber und Zustimmung durch den fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Vereinbarungsgemäß rufe ich den **Zusatztagsordnungspunkt** auf: a) Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Gesundheitsversorgung verbessern, nicht verschlechtern! Entscheidungen zu Krankenhausstandorten Crivitz und Parchim neu verhandeln!, Drucksache 7/4551, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Sicherstellung der medizinischen Versorgung für Kinder in Parchim und in Crivitz, Drucksache 7/4552, in Verbindung mit c) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Pädiatrische Versorgung und Geburtshilfe sichern, Drucksache 7/4555.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Gesundheitsversorgung verbessern,
nicht verschlechtern! Entscheidungen
zu Krankenhausstandorten Crivitz
und Parchim neu verhandeln!
– Drucksache 7/4551 –**

**Antrag der Fraktion der AfD
Sicherstellung der medizinischen Versorgung
für Kinder in Parchim und in Crivitz
– Drucksache 7/4552 –**

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Pädiatrische Versorgung
und Geburtshilfe sichern
– Drucksache 7/4555 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion DIE LINKE hat die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kinderstation Parchim spielt innerhalb von kürzester Zeit hier im Landtag bereits zum dritten Mal eine Rolle. Seit Juni 2019 ist die Kinderstation in Parchim geschlossen. Es brachte in die Region, bei den Menschen, bei den Mitarbeitern in der Asklepios Klinik viel Unruhe, aber was das Bewundernswerte ist, sie stecken den Kopf nicht in den Sand, sie fanden sich nicht mit der Situation ab und sie organisierten Demonstrationen. Die Menschen kämpften und kämpfen für ihre Kinderstation in Parchim, und das finden wir gut so.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Deshalb war ich froh, dass wir in der Novemberlandtagsitzung einen gemeinsamen, parteiübergreifenden Konsens gefunden haben,

(Egbert Liskow, CDU: Fraktionsübergreifend.)

denn jede unsichere Situation schwächt den Standortfaktor in Parchim, bringt Unsicherheiten bei den Menschen, bei den Mitarbeitern, und das muss schnellstmöglich beendet werden.

Wir alle, die Menschen vor Ort, parteiübergreifend, kämpfen für eine wohnortnahe Versorgung der Kinder und der Jugendlichen. Wohnortnahe heißt für uns eine Erreichbarkeit der stationären Kinder- und Jugendmedizin innerhalb von 30 Minuten. 30 Minuten! Das ist jetzt schon in dem zweitgrößten Landkreis Deutschlands Ludwigslust-Parchim nicht immer möglich. Von Karstädt nach Hagenow brauchen Eltern 46 Minuten, von Karstädt nach Parchim 41 Minuten, nach Crivitz sogar 54 Minuten. Und wir meinen, jede Minute zählt in einem Notfall. Und mit Sicher-

heit ist das bestimmt auch ein Umstand, warum der Landkreis Ludwigslust-Parchim bei der Kategorie „Familienfreundlichkeit“ deutschlandweit auf einem der letzten Plätze gelandet ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, welches Zeichen ist das denn an die Familien, wenn eine Kinderstation nach der nächsten in Mecklenburg-Vorpommern geschlossen wird und auch vor Geburtstationen nicht haltgemacht wird? Und ja, wir meinen, da haben wir eine Verantwortung als Land für die Familienfreundlichkeit unserer Landkreise und kreisfreien Städte, denn schließlich geht es nicht nur um Parchim oder Crivitz, sondern es geht hier um die Geburtstationen in Mecklenburg-Vorpommern, von denen nur 8 von 16 Kreißsälen die vorgeschriebene Zahl von 500 Geburten pro Jahr erreichen. Somit ist auch deren Zukunft nicht sicher. Wie gesagt, deshalb war ich froh über das gemeinsame Agieren hier im Landtag im November parteiübergreifend. Und, Herr Glawe, ich hatte wirklich große Hoffnungen in das Gespräch, was Sie am 20. November 2019 mit den Betreibern der Asklepios Kliniken geführt haben.

Aber wie wurde dieser Landtagsbeschluss nun umgesetzt? Die große Angst, dass die Kinderstation in Parchim geschlossen wird, bei der mir noch im Nachgang zu der Landtagsdebatte seitens des Konzerns widersprochen wurde, ist eingetreten – leider. Die Einrichtung einer Tagesklinik für Kinder von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr ist aus unserer Sicht keine tragbare Lösung. Muss das Kind, der Jugendliche stationär über mehrere Tage behandelt werden, bleiben im Landkreis nur Hagenow oder Schwerin. Beides ist für den Landkreis keine wohnortnahe stationäre Versorgung der Kinder und Jugendlichen, wie wir meinen.

Und nicht nur das. Aus unserer Sicht wurde die ganze Situation noch verschlimmert. Auf einmal kam dann über die Medien am 6. Dezember noch hinzu, dass in Crivitz, was bis dahin überhaupt nicht infrage stand,

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

die Geburtstation geschlossen werden soll. Das Fatale an diesem Prozess ist, dass die Bürgermeisterin in Crivitz und das Personal in Crivitz dies über Medien erfuhren, ohne dass vorher irgendeiner mit ihnen gesprochen hätte. Wir meinen, das ist kein Mitnehmen, das war kein guter Kommunikationsprozess.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

Und schon gar nicht hat diese Lösung, wie sie scheinbar scheint, mit der Umsetzung des Landtagsbeschlusses aus dem November 2019 zu tun, wo es vorrangig um die Sicherstellung der pädiatrischen Versorgung und Geburtshilfe in Parchim ging. Nirgendwo war da jemals von Crivitz die Rede.

Deshalb bin ich froh, dass wenigstens jetzt das Gespräch mit der Bürgermeisterin und dem Landrat, der sich ebenfalls für Crivitz und Parchim ausspricht, geführt wird. Trotz dieses falschen Kommunikationsprozesses ist es erfreulich, dass wir als Region im Landkreis Ludwigslust-Parchim zusammenstehen. Vom Landrat über die Bürgermeister und über Parteigrenzen hinweg gibt es ein klares Zeichen, ein klares Bekenntnis für Crivitz und für Parchim. Und das ist gut so.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Und nicht nur das. Wir finden, das fördert auch, dass ein ganzes Land zusammenrückt. Gestern erschien ein offener Brief von Frauenaktivistinnen aus Wolgast, Crivitz, Parchim und Schwerin, die meines Erachtens heute da oben sind – herzlich willkommen! –, der verschiedene Forderungen aufmacht, unter anderem den auch schon von uns im November geforderten Landessicherungsfonds. Und wir täten wirklich alle gut daran, über diese Forderungen zu sprechen und gemeinsam zu überlegen, wie wir diese umsetzen können. Sie nahmen in ihrem Brief ausdrücklich Herrn Glawe aus der Entscheidung heraus und meinen, die Entscheidungen hätten die Konzerne getroffen. Das denke ich auch, nur leider, Herr Glawe, haben Sie diese Entscheidung zugelassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich lese, was vereinbart wurde, sehen wir das Land hier durch einen Konzern hinters Licht geführt. Asklepios, was das Krankenhaus in Parchim betreibt, ist mit 53 Prozent an MediClin in Crivitz beteiligt. Sie haben die Mehrheit, und letztendlich können sie so aus rein wirtschaftlicher Sicht die beiden Standorte Parchim und Crivitz – aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten, noch mal betont – aufeinander abstellen: in Parchim die Kinder und Jugendlichen und in Crivitz, so war es zu lesen, die Geriatrie. Es geht aber bei der Gesundheit nicht vordergründig um wirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern es geht um die Sicherstellung des gesundheitlichen Sicherungsauftrages für Kinder und Jugendliche im Landkreis Ludwigslust-Parchim.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Dr. Ralph Weber, AfD)

Und eben dieser Sicherstellungsauftrag wird mit der Schließung der Geburtsstation Crivitz und der Einrichtung einer Tagesklinik in Parchim geschwächt, so meinen wir.

Aber nicht nur das: Es kam noch hinzu, wir geben als Land zu dieser scheinbaren Lösung noch sehr, sehr viel Geld dem Konzern hinzu. Beide Standorte, beide Krankenhäuser wurden in den vergangenen Jahren bereits in Millionenhöhe durch das Land gefördert, so konnten wir es gestern lesen: Asklepios in Parchim mit 45 Millionen Euro und Crivitz mit 25 Millionen Euro. Ich finde, sie haben nicht nur aus moralischen Gründen den medizinischen Versorgungsauftrag zu erfüllen, sondern verdammt noch mal, weil sie auch 70 Millionen Euro in den vergangenen Jahren als Landesgelder erhalten haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD und DIE LINKE)

Aber damit noch nicht genug, Asklepios und MediClin hatten damit noch nicht genug, nein, es muss noch mehr sein. Laut Verlautbarung und Antwort gestern von Herrn Glawe hier in der Fragestunde zahlen wir neben dieser üblichen Geldleistung noch eine zusätzliche Arztstelle in Parchim. Mit einem Mal gibt es dann die Zusicherung des Konzerns, dass kurzfristig ein Kinderarzt zu finden ist – das, nachdem seit über sechs Monaten angeblich erfolglos gesucht wurde. Das stinkt wirklich sehr zum Himmel und lässt mich daran zweifeln, ob hier wirklich ernsthaft gesucht wurde. Vielmehr liegt die Schlussfolgerung nahe, dass es nur ums Geld ging – das, was wir von Anfang an gesagt hatten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Christian Brade, SPD)

Aber bei den Kosten für den Arzt bleibt es natürlich nicht. Zusätzlich zahlen wir in Parchim noch einen Hubschrauberlandeplatz. Wie hoch die Kosten tatsächlich sind, konnte mir gestern leider in der Fragestunde nicht genannt werden. Deshalb beziehe ich mich hier auf Aussagen in Zeitungen. Es wird sich um circa 2,5 Millionen Euro handeln. Ein Hubschrauberplatz, der übrigens nicht nachts betrieben werden kann und auch nicht bei schlechtem Wetter. Im Fall von einem Notfall nachts oder bei schlechtem Wetter bleibt dann eben nur die stationäre Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Schwerin oder in Hagenow.

Und ja, wenn ich das alles so betrachte, dann fühlen wir uns von dem Konzern hinters Licht geführt. Deshalb bin ich auch der Ministerpräsidentin dankbar, dass sie in dieser Woche in diesen Prozess eingegriffen hat, Herrn Glawe aufgefordert hat, nachzuverhandeln und eine weitere Forderung von uns im Novemberantrag mit aufgenommen hat. Es geht hier um die Rekommunalisierung der Krankenhausstandorte in Crivitz oder in Parchim. Genau das muss geprüft werden, weil wir eben meinen, Gesundheit ist keine Ware und deshalb müssen auch die Überlegungen dazu stattfinden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Christian Brade, SPD)

Und aus dieser Gemengelage sahen wir uns dazu veranlasst, den Dringlichkeitsantrag zu stellen. Das Ziel des Dringlichkeitsantrages der Linksfraktion aus den beschriebenen Gründen ist, dieses Verhandlungsergebnis zu annullieren. Ob das möglich ist, weiß ich nicht, da Minister Glawe gestern in der Fragestunde leider nicht darauf eingegangen ist, wie rechtsverbindlich überhaupt diese Verabredung war. Unser Ziel ist es, die Gynäkologie und die Geburtshilfe in Crivitz zu erhalten. Und da bin ich, wie gesagt, der Ministerpräsidentin dankbar für ihre Intervention, weil sie die Realitäten wahrnimmt, dass auch Schwerinerinnen in Crivitz Kinder entbunden haben und dies auch weiterhin tun sollen. Und Ziel ist es daneben, wie schon auch im November beantragt, die Geburtsstation und die Kinder- und Jugendstation in Parchim zu erhalten. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Christian Brade, SPD, und
Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Bernhardt.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Herr Professor Dr. Ralph Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Vieles von dem, was hier zu sagen war an Zahlen, an Fakten, hat Frau Bernhardt dankenswerterweise schon gesagt. Ich kann das deswegen etwas kürzer machen.

Seit Pfingsten ist die Kinderstation im Krankenhaus in Parchim geschlossen. Begründung: Ärztemangel. Ein Teil der Ärzte hat sich krankgemeldet, dann aufgehört. Ein Teil hat ohnehin aufgehört, also Ärztemangel, und den will man beheben, indem das Land dann eine Art

Stelle schaffen will, mit der dieses komische Konstrukt einer Tagesklinik für die Kinder und Jugendlichen aufrechterhalten werden soll. Da frage ich mich, wenn es nicht gelingt, für eine vollwertige Kinderarztstelle in einem Krankenhaus bei fünf freien Stellen Ersatz zu finden, wie soll sich dann jemand finden, der in dieser Tagesklinik arbeiten will? Das lässt – Frau Bernhardt hat es schon gesagt – diese Begründung doch relativ fragwürdig erscheinen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann will man als Kompensation, damit Parchim die Gynäkologie und Geburtshilfe erhalten kann, dafür Crivitz opfern – ein Bauernopfer und ein Geschenk an den Klinikträger, an den Konzern Asklepios in Parchim, der, auch das hat Frau Bernhardt schon gesagt, mit 53 Prozent auch Mehrheitsgesellschafter der MediClin in Crivitz ist. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Man will also eine Gewinnoptimierungsstrategie eines Gesundheitskonzerns zulasten der Bevölkerung durch mindestens den Wirtschaftsminister – die Landesregierung hat ja Protest angemeldet erfreulicherweise – hier fördern. Das ist eine Gesundheitspolitik, die wir in keinem Fall mittragen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wir haben dieses Gegeneinanderauspielen von Kliniken auch bei uns in Vorpommern Greifswald mit den Kliniken Anklam und Wolgast erlebt. Und wir haben da dieses Konstrukt einer Tagesklinik – die Gynäkologie und Geburtshilfe sind geschlossen seit vier Jahren und bleiben geschlossen, wenn es nach dem Willen des Ministers geht –, wir haben dieses Konstrukt einer Tagesklinik in Wolgast erlebt mit Besetzung von 7.00 Uhr oder 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr, vielleicht 18.00 Uhr. Dort sind mehrere Ärzte tätig und trotzdem ist die Versorgung der betroffenen Kinder – Klammer auf: und Eltern, die um ihre Kinder bangen – nicht gewährleistet. Ab 17 Uhr ist niemand mehr da, am Wochenende ist niemand mehr da, der die Notfallversorgung sicherstellen könnte. Das ist nicht das, was man unter einer Klinik versteht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist das, was ich unter einem niedergelassenen Kinderarzt verstehe. Eine Klinik muss sich dadurch auszeichnen, dass 24 Stunden für Notfälle eine entsprechende Versorgung sichergestellt ist. Die sogenannte Tagesklinik ist keine Klinik, sondern ein nicht brauchbares Ersatzkonstrukt dafür.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Die Wolgaster stehen jeden Montag, seit fast vier Jahren, bei Kälte, bei Regen oder brütender Hitze vor dem Krankenhaus als Mahnwache bereit und protestieren dagegen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

und zwar nicht, weil sie so gerne Protest üben, sondern weil gerade dieses Konstrukt der Tagesklinik ein völlig unbrauchbares Ersatzvehikel ist für eine funktionierende Kinderabteilung in einem Krankenhaus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und warum macht man das? Warum opfert man eine bislang nicht in Kritik stehende oder von Schließungsgedanken betroffene gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilung in Crivitz, die ein ganzheitliches Konzept verfolgt, damit etwas Besonderes darstellt und die bei der Bevölkerung sehr beliebt war? Wie gesagt, weil man die Zustimmung des Krankenhausträgers erkaufen möchte. Crivitz kriegt eine geriatrische Abteilung. Damit lässt sich schön Geld verdienen, während die gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilungen erfahrungsgemäß eher in der Gefahr stehen, rote Zahlen zu schreiben. Das ist keine gesunde Landespolitik, schon gar nicht in einem Land, das immer wieder nach außen hin in Erscheinung tritt mit dem Werbeslogan „Gesundheitsland Numero eins“. Und familienfreundlich ist das schon gar nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Hier wird, hier wird eine Politik betrieben, die Konzerninteressen verfolgt, die Gewinnoptimierungsstrategien umsetzt zulasten der Bevölkerung, insbesondere zulasten von Kindern, von Jugendlichen, von aktuellen und werdenden Müttern, und deren Ängste überhaupt nicht honoriert.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich bin sehr froh, dass die Ministerpräsidentin – Ministerpräsidentin bitte schön, das ist zu wichtig, um hier irgendwelche Genderspielereien zu betreiben –,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Oooh! – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

dass die Ministerpräsidentin hier ein klärendes Wort gefunden hat, ...

(Torsten Renz, CDU: Sie haben sich nur versprochen, Herr Professor Weber, und jetzt wissen Sie nicht, wie Sie zurückrudern sollen.)

Nein, ich habe das bewusst gesagt.

... dass die Ministerpräsidentin hier ein klärendes Wort gesprochen hat und mitgeteilt hat, dass sie mit diesem Ergebnis nicht zufrieden ist. Wir werden das mit Aufmerksamkeit und Spannung verfolgen, wie sich diese Unzufriedenheit der Ministerpräsidentin dann auch in Ergebnissen niederschlägt. Wir sind aufmerksam.

Wir haben das alles vernommen. Wir haben vorhin beim Wolf schon gehört, der Wolf wütet in den Reihen der Koalitionsfraktionen. Und ich hoffe sehr, dass die Früchte dieses Wolfes auch den Streit beflügeln, der um diese sehr unschöne Kompromisslösung mit den Abteilungen, den Klinikabteilungen in Parchim und Crivitz gefunden wurde. Wir sagen ohne Wenn und Aber, der frühere Zustand der geburtshilflichen Station und Kinderstation in Parchim und der Erhalt der geburtshilflich-gynäkologischen Station in Crivitz müssen gewährleistet sein.

Und, Herr Glawe, Sie haben auch in Wolgast immer wieder gesagt, unter Ihnen gibt es keine Klinikschlie-

ßung, Sie garantieren jeden Klinikstandort. Kliniken definieren sich aber nicht nur daraus, dass da ein Gebäude steht und dass da Ärzte vorhanden sind, Kliniken definieren sich auch an der Zahl der vorhandenen Abteilungen. Und in einem Flächenland wie diesem – Frau Bernhardt hat schon darauf hingewiesen, diese Entfernungszahl, 30 Minuten – müssen eigentlich Kinderstationen erreichbar sein. Das ist keine gesetzliche Regelung, das ist eine Empfehlung des Ethikrates, aber deswegen ist es nicht weniger wichtig. Wenn Sie dann sagen, ich garantiere jeden Klinikstandort, aber ich schließe eine Reihe von Abteilungen, dann ist das Augenwischerei. Wer Kinderabteilungen und wer gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilungen schließt, legt die Hand an die Wurzel der betreffenden Klinik. Und das darf nicht sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Deswegen, bitte stehen Sie zu Ihrem Wort! Erhalten Sie die Klinikstandorte!

Wir haben 37 Krankenhäuser hier im Land, nur 16 davon haben einen Kreißsaal, nur 8 haben diese ominöse Zahl von 500 Geburten, das heißt, 8 weitere wären dann auf der Kippe, wenn wir das ernst nehmen, wobei die Zahl 500 nicht untermauert ist. Es gibt eine Empfehlung der Gynäkologischen Gesellschaft in Deutschland, die nennt die Zahl von 400 als Minimalzahl, unter der keine geburtshilfliche Klinik bestehen sollte, und macht Ausnahmen für den ländlichen Raum, da wird mit 250 bis 300 Geburten schon ein ausreichender Deckel gesehen. Wir sprechen hier über den ländlichen Raum.

Bitte, Herr Glawe, nehmen Sie die mahnenden Worte der Ministerpräsidentin ernst!

(Sebastian Ehlers, CDU: Das macht er doch!)

Hören Sie sich an, was hier ausgesprochen wird in dieser Debatte! Es sind die Ängste der Bevölkerung, es sind die Ängste von Eltern, die um die Gesundheit ihrer Kinder fürchten, es sind die Ängste von Müttern, die um die Geburtshilfe bangen, die hier artikuliert werden. Das ist kein Spielfeld für parteipolitische Machenschaften!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Da muss man einfach ganz klar sagen, diese Abteilungen müssen erhalten bleiben, und dafür treten wir von der AfD ohne Wenn und Aber ein. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Weber.

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU hat der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits in der Novembersitzung des Landtages haben wir hier in diesem Plenum eine Sache klar und deutlich gemacht: Wir wollen eine Lösung für die nachhaltige Sicherung der kinder- und jugendmedizinischen Versorgung in Parchim, und wir wollen dadurch gleichzeitig eine Sicherheit für die Geburtshilfe in Parchim. Das haben wir im vergangenen Monat hier an gleicher Stelle besprochen und genau das haben wir hier in diesem Saal dann auch einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, zwischenzeitlich – und deshalb bedarf es hier heute auch leider dieses weiteren Dringlichkeitsantrages –, zwischenzeitlich hat uns alle überrascht, kalt erwischt, was der Klinikkonzern eisenhart durchsetzen möchte. Meine Damen und Herren, für die Sicherung einer pädiatrischen Versorgung, die in Wirklichkeit nur eine pädiatrische Tagesversorgung ist, und für die, auch damit verbunden, Sicherung einer Geburtshilfe in Parchim, tatsächlich den Kreißsaal in Crivitz schließen zu wollen und gleichzeitig einen satten, dauerhaften Landeszuschuss für Personal und zudem weitere Boni wie beispielsweise einen Hubschrauberlandeplatz und auch profitable geriatrische Betten in Crivitz abgreifen zu wollen, meine Damen und Herren, das ist keine Lösung, das ist falsch und das lehnen wir als Koalition ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, unsere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat sich am Dienstag sogleich mit den Demonstrierenden aus Crivitz solidarisiert, hat diese unsere Haltung sehr deutlich gemacht. Auch der Landrat ist in dieser Frage klar. Viele Kolleginnen und Kollegen bringen sich dort vor Ort sehr direkt ein. Ich sehe gerade Christian Brade, der da im direkten Austausch steht. Und deshalb, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, rufen wir das Thema hier im Landtag erneut auf und machen folgende Dinge sehr dringlich klar: Wir machen dringlich klar, dass es weiterhin schnell eine Lösung für die Pädiatrie, die Gynäkologie und Geburtshilfe in Parchim braucht, und zwar ohne – ich betone: ohne! – Nachteile für Crivitz,

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

durch Personalgewinnung, durch die Nutzung von auf dem Tisch liegenden Kooperationsangeboten, durch innovative Modelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zweitens, meine Damen und Herren, machen wir dringlich klar, dass Strukturveränderungen, die bereits verabredet wurden, also die Schließung des Kreißsaals in Crivitz, die anderen Dinge, dass diese Vorhaben nicht umgesetzt werden und dass alle Umsetzungsschritte in diese Richtung sofort gestoppt werden müssen und an einer neuen Lösung gearbeitet werden muss.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE)

Und drittens, meine sehr verehrten Damen und Herren, bekräftigen wir erneut, dass alle Menschen, gleich welchen Alters, in unserem Bundesland ein Anrecht auf einen flächendeckenden Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung haben. Und das gilt dementsprechend auch für die kinder- und jugendmedizinische Versorgung und gleichzeitig gilt es für die ganzheitliche geburtshilfliche Versorgung. Auch wenn es mit Aufwand verbunden ist, meine Damen und Herren, wir müssen weiterhin dafür kämpfen, dass werdende Mütter den Geburtsort ihres Kindes auch weiterhin möglichst frei wählen können, ohne im Zweifel stundenlang durch das Land fahren zu müssen. Meine Damen und Herren, wir müssen also heute hier noch einmal eine klare Kante zeigen für die Region Crivitz-Parchim, für die kleinen

Patienten und die werdenden Mütter und gegen eine reine Konzern- und Profitlogik.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und
Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren, die Frauen und Männer, die Mütter und Väter, die Großeltern, die Hebammen, die Schwestern, die Ärztinnen und Ärzte, generell alle Beschäftigten, alle Menschen in Crivitz, die auf die Straße gehen und die im Augenblick mit Leidenschaft für ihren Standort kämpfen und ihre tiefe innere Verbundenheit zu diesem Standort zeigen, meine Damen und Herren, all diese Menschen haben uns hier in ihrem Engagement an ihrer Seite. Wer einen Versorgungsauftrag übernimmt, der muss auch dazu stehen, und wer einen Versorgungsauftrag übernimmt, kann nicht irgendwann anfangen, die guten profitablen Krankenhausabteilungen gegen weniger profitable auszuspielen,

(Rainer Albrecht, SPD: So ist das.)

nach dem Motto, solange der Rubel rollt und gewinnträchtige Erkrankungen in ausreichender Stückzahl kommen, solange ist alles in Butter, und wenn aber Abteilungen und Versorgungsbereiche anfangen, weniger Geld abzuwerfen, dann können die am besten weg, und dann können die Patienten zusehen, wo sie bleiben oder müssen eben im Zweifel weit fahren.

Meine Damen und Herren, so kann es nicht gehen. Diese Art von Rosinenpickerei lehnen wir ab. Bei der Gesundheitsversorgung stehen nach wie vor die Interessen der Patientinnen und Patienten an oberster Stelle und eben nicht die Profitmaximierung privater Konzerne.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
Dr. Ralph Weber, AfD –
Rainer Albrecht, SPD:
Sehr richtig, ja!)

Dass sich MediClin und das Mutterschiff Asklepios hier von augenblicklich gänzlich unbeeindruckt zeigen und bei dieser, beschönigend gesagt, Portfolio-Optimierung hart bleiben wollen, zeigt in meinen Augen nur die Arroganz dieser Betreiber,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

die mittlerweile gegenüber der Bevölkerung vor Ort an den Tag gelegt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und genau deshalb muss nun mit allen Mitteln versucht werden, eine gute Lösung für die Menschen in der Region Crivitz und in der Region Parchim zu finden. Ich möchte den Betreibern Asklepios und MediClin an dieser Stelle wirklich noch einmal nahelegen und sie wirklich auch auffordern, sich konstruktiv und nach Kräften – und eine Sache, meine Damen und Herren, müssen wir uns nämlich vor Augen halten, dieser Konzern hat große Kräfte, dieser Konzern hat große Potenziale, dieser Konzern schreibt satte Gewinne –,

(Dr. Ralph Weber, AfD: 130 Millionen.)

dass sich diese Betreiber Asklepios und MediClin nach Kräften einbringen und eine gute Einigung für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern möglich machen.

(Die Abgeordnete Christel Weißig
bittet um das Wort für eine Anfrage. –
Jochen Schulte, SPD, und Sebastian Ehlers, CDU:
Einbringung! Einbringung!)

Meine Damen und Herren, für den Fall, dass sich diese privaten Betreiber nämlich weiterhin auf die Hinterbeine stellen und dass sie weiterhin tatsächlich keine Möglichkeit sehen, dem öffentlichen Interesse der Menschen in der Region Crivitz und Parchim, den werdenden Müttern und den kleinen Patienten und deren Interessen Rechnung zu tragen, muss geklärt werden, wie die medizinische Versorgung und auch die geburtshilfliche Versorgung auf andere und eben nicht privatwirtschaftliche Weise organisiert werden können. Das müssen sich alle Beteiligten klarmachen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Barlen.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir haben in dem letzten halben Jahr intensive Bewegungen erfahren und erleben dürfen bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Parchim. Es musste eine Station abgemeldet werden, weil fünf Ärzte krank wurden und später auch nicht mehr im Konzern gearbeitet haben. Zweitens haben wir die Dinge, die gerade alle vorgetragen worden sind, gehört.

Eines will ich noch mal vorwegschicken zu dem, was Professor Weber gerade gesagt hat, dass eine Tagesklinik oder eine Portalpraxisklinik nicht hilft, die Versorgung sicherzustellen. Ich will es Ihnen am Beispiel von Wolgast mal verdeutlichen. Am Beispiel von Wolgast kann man feststellen, dass allein bis September 1.605 Behandlungen stattgefunden haben,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Keine Frage!)

dass Über...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Aber nicht
am Wochenende oder nachts.)

Natürlich!

... dass Überwachung, telemedizinische Konzile stattgefunden haben – das waren immerhin 71 – und dass eben auch Aufnahmen auf dieser Station stattgefunden haben. Genau das, was ich damals vor drei Jahren auf den Weg

gebracht habe, wurde durch die Bürgerinitiative massiv bezweifelt. Mittlerweile erkennt auch die Bürgerinitiative an, dass diese Lösung eine Lösung ist, die trägt.

Und die 24-Stunden-Versorgung findet ab 21.00 Uhr in der Universitätsklinik in Greifswald statt. Alle anderen Dinge sind auch finanziert, werden gelebt, und man muss sagen, aus meiner Sicht ist es weiterhin ein Erfolgsmodell. Wenn Ärzte fehlen oder Pflegepersonal fehlt, müssen wir heute auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Welt weiterbewegt hat. Personaluntergrenzen sind heute entscheidende Prämissen. Wenn die Personaluntergrenze nicht gewährleistet wird, fehlt Qualität und dann müssen Betten oder Stationen geschlossen oder abgemeldet werden. Das gilt, seitdem der Deutsche Bundestag diesen Beschluss gefasst hat.

Zu der Frage „Tagesklinik Parchim“: Die Tagesklinik Parchim, glaube ich, ist genau richtig gewählt, um einmal dafür zu sorgen, wenn eine Gyn/Geb-Station weiter betrieben werden soll in Parchim, dass dazu auch eine Tagesklinik für Kinder und Jugendliche gehört, denn entscheidend ist – und das hat sozusagen die Ärztekammer festgelegt –, dass eine Versorgung einerseits mit Gynäkologen und andererseits mit Pädiatern am Standort sein muss, und dem entsprechen wir damit, Herr Kollege Weber.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Professor Weber?

Minister Harry Glawe: Ja, gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Herr Professor Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Vielen Dank.

Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister! Können Sie mir mal erklären, wie eine Tagesklinik – lassen wir mal das Schönreden für die Tagesklinik in Wolgast mit zehn Betten und vielen Ärzten, mehreren Ärzten ...

Minister Harry Glawe: Das ist kein Schönreden, Herr Kollege.

Dr. Ralph Weber, AfD: Wie soll denn eine Tagesklinik mit Besetzung eines Arztes funktionieren? Der hat Urlaub, der kann krank werden und sonst irgendwas. Also selbst wenn ich mal das alles, was es an Kritik über die Tagesklinik sonst noch gibt, weglassen, wie soll das mit einer Arztstelle funktionieren?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Minister Harry Glawe: Also da wäre ich noch zu gekommen, aber jetzt erkläre ich es gerne gleich. Wir haben sozusagen mit Asklepios vereinbart, dass über zwei Jahre eine Arztstelle durch das Gesundheitsministerium gefördert wird, eine weitere Arztstelle durch Asklepios eingerichtet wird und zwei Schwestern für die Versorgung der Tagesklinik bereitstehen, sodass man sagen kann, da ist die Versorgung gegeben und sozusagen auch die Betreuung auf der Geburtsstation ist sichergestellt. Von daher, glaube ich, ist es ein nicht zu gro...

Sie können sich ruhig setzen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich rede weiter.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Also, ich will nur sagen, daher ist es also durchaus sichergestellt. Das, was Frau Bernhardt gerade kritisiert hat, ist, denke ich, ein Verhandlungsergebnis, mit dem man leben kann.

Ich habe übrigens hier auch von niemandem gehört, welchen Vorschlag er eigentlich hat. Es gibt aus den Reihen hier, aller Fraktionen, keinen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Wir bringen noch Vorschläge. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

bis jetzt keinen Vorschlag,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

den man dann auch sozusagen richtig bewerten kann.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Fakt ist eins, wenn ich beide Standorte halten will, brauche ich zehn Ärzte, und zwar fünf Ärzte an jedem Standort, und um die Gynäkologie und Geburtshilfe über 24 Stunden betreiben zu können. Das weiß jeder, aber da spricht keiner drüber. Es wird immer nur gefordert, das hat alles stattzufinden und das sind nur Maximalgewinne, die da stattfinden, was ja nicht stimmt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wir haben Vorschläge gemacht im November.)

Das stimmt einfach nicht, was hier behauptet wird.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wir haben Vorschläge gemacht. Warum haben Sie sich denn dazu nicht geäußert?)

Entscheidend wird auch sein – und jetzt will ich mal was sagen zu der Kritik, dass wir die duale Finanzierung sozusagen ernst nehmen –, die duale Finanzierung ist in Deutschland seit 1970 Gesetz, und das heißt, alles, was mit der Versorgung der Patienten zu tun hat, mit den Abrechnungssystemen, bezahlen die Krankenkassen, alles das, was Investitionen sind, bezahlt das Land. Das ist ein bundesdeutsches Gesetz, und das muss auch im Land Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt werden. Die Forderung zu prüfen, ob man die eine oder andere Investition zurückstellt, wird sich wahrscheinlich für Crivitz und Parchim gar nicht stellen, weil vor Jahren für Parchim 45 Millionen Euro investiert worden sind und in Crivitz 25 Millionen. Das heißt, zur Versorgung der Bevölkerung, zur Sicherstellung der Bevölkerung sind diese Investitionen unabwendbar und sie sind auch durch verschiedene Minister dieses Landes verantwortet – über Frau Linke, Frau Bunge, über Herrn Kuessner, über Frau Schwesig bis zu Herrn Glawe. Also da sehe ich wenig Chancen.

Und wenn man sich jetzt hinstellt und meint, unter den gegebenen Umständen, bei den Entfernungen, einen Hubschrauberlandeplatz infrage zu stellen, dafür stehe ich nicht zur Verfügung, weil es geht um die Versorgung von Kindern und Jugendlichen, um die Versorgung von Erwachsenen im Notfall. Und ich glaube nicht, dass das Parlament gut beraten ist, in dieser Frage darüber zu

diskutieren, ob dieser Hubschrauberlandeplatz wichtig, richtig oder falsch ist. Es geht doch darum, ein Nachtfluggerät, einen Hubschrauber zu haben, der zu jeder Tages- und Nachtzeit fliegt. Und das ist sozusagen die Überlegung. Und da kann ich Sie nur vor warnen, dieses Thema aufzumachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Larisch?

Minister Harry Glawe: Gerne.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte, Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Ja, danke, Herr Minister.

Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Konzerne und auch ansonsten immer Klinikanteile schließen, die Frauen und Kinder betreffen?

Minister Harry Glawe: Sie brauchen sich nur den demografischen Wandel anzusehen, Sie müssen sich die Geburten anschauen.

(Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Sie wissen, dass bis 1990 28.000 Geburten pro Jahr stattgefunden haben, heute sind es 12.000 bis 13.000 im Land Mecklenburg-Vorpommern. Es ist automatisch so, dass auch der Gemeinsame Bundesausschuss gesagt hat, also das sind Ärzte und Krankenkassen, die gesagt haben, wenn man von Qualität reden will, dann müsste man mindestens mit 500 Geburten pro Station im Jahr aufwarten können.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das hat er eben nicht gesagt. Falsche Info!)

Nun haben wir hier im Land schon Ausnahmeregelungen zugelassen – das gilt für Crivitz, das gilt auch für Parchim und für andere Einrichtungen –, die dazu geführt haben, dass sozusagen untermäßige Geburten und 400, auch selbst bis 300, toleriert werden. Aber zum Beispiel – am Beispiel Crivitz – Risikoentbindungen und Risikoschwangerschaften werden grundsätzlich nicht mehr in Crivitz entbunden, das schon seit Jahren nicht.

Ich will darauf hinweisen, dass im Jahre 2010 zum Beispiel in Ludwigslust auch die Gynäkologie geschlossen wurde zugunsten von Hagenow. Es gab dort auch in demselben Jahr oder im Jahr davor die Schließung des Standortes in Ribnitz-Damgarten. Ich will nur darauf hinweisen, dass es das schon immer mal gegeben hat und dass wir jetzt vor der Frage stehen – und da will ich ja der Ministerpräsidentin durchaus recht geben –, dass nachzuverhandeln ist, und dieses werde ich in der nächsten Woche am Mittwoch und am Donnerstag tun. Ich bin immer noch der Hoffnung ...

Wollen Sie nicht stehenbleiben? Nee. Na gut.

Also ich bin immer noch der Hoffnung ...

Präsidentin Birgit Hesse: Entschuldigung! Ich gehe davon aus, dass die Frage von Frau Larisch beantwortet ist, und insofern ...

Minister Harry Glawe: Ich war noch nicht fertig.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Soll ich stehenbleiben? –
Andreas Butzki, SPD: Ja, klar!)

Präsidentin Birgit Hesse: Da der Minister noch nicht fertig ist mit der Antwort, würde ich Frau Larisch bitten, noch mal nach vorne zu treten. Vielen herzlichen Dank.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Herr Minister, Sie können fortfahren.

Minister Harry Glawe: Also ich will nur darauf hinweisen, dass – und das war gerade unter Rot-Rot – unter Frau Bunge und unter Frau Linke die meisten Privatisierungen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist jetzt total hilfreich, Herr Glawe.)

von Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt wurden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist total hilfreich. Na klar!)

Und jetzt kommen Sie mit Rekommunalisierung und feiern jetzt Rekommunalisierung.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Crivitz wurde 1994 privatisiert.)

Ich will Sie nur darauf hinweisen, dass Sie in besonderer Weise als LINKE

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Parchim 1997.)

für diese Dinge

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das stimmt nicht!)

Mitverantwortung getragen haben

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das stimmt nicht!)

und Verantwortung auch übernehmen müssen und nicht immer so tun,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wie viele Jahre ist das her, wo wir nicht mehr in der Regierung sind? 13 Jahre?!)

als wenn Sie in den Jahren davor überhaupt nicht dabei waren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wie viele
Kliniken wurden seitdem geschlossen?)

Gucken Sie da rein, dann werden Sie sehen, dass Ihre Verantwortung da in besonderer Weise zugeschlagen hat!

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Unsinn!)

Jetzt bin ich fertig mit der Beantwortung der Anfrage.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war keine Antwort auf die Frage.)

Natürlich war das eine Antwort auf die Frage.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, hör doch auf, mein Gott!)

Das wissen Sie doch ganz genau, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, na, komm, lass das doch sein! Das ist doch Quatsch! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ich rede hier keinen Quatsch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber hochprozentigen! – Dr. Ralph Weber, AfD: Dauert es noch zehn Minuten länger?!)

Ich kann auch eine halbe Stunde reden, auch wenn ich nur zehn Minuten angemeldet habe.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich weiß.)

Dann ist es ja gut.

Also, ich will nur sagen, natürlich ist es so, dass wir viele Dinge auch prüfen werden, aber ich gehe nicht davon aus, dass wir ausgereichte Fördermittel zurückfordern können, weil sie am Ende verbaut sind, weil die Investitionen stattgefunden haben und weil die Investitionen auch anerkannt worden sind durch die Planungsbeteiligten. Die Planungsbeteiligten sind ja an allen Dingen beteiligt. Und von daher kann man alles prüfen, aber ich sehe da aus meiner Sicht relativ wenig Chancen, die Dinge anzugehen.

Rekommunalisierung heißt am Ende auch, die Frage zu stellen, sind denn Unternehmen bereit, sich überhaupt rekommunalisieren zu lassen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das eine ist ja, wenn einer bereit ist, kann er einen Verkaufserlös anbieten. Dann muss das Land oder der Landkreis, der denn mal Gewährsträger war, auch Geld in die Hand nehmen, um es kaufen zu können.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Hatten wir schon bei Hagenow.)

Zweitens ist auch die Frage zu beantworten, was passiert, wenn man eine Rekommunalisierung anstrebt und sich am Ende vor Gericht wiederfindet, denn eine Enteignung, glaube ich, wird jeweils nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht durchsetzbar sein. Also das will ich hier nur mal in den Raum stellen. Das sind alles Dinge, über die wir noch intensiv reden müssen.

MVZ, Digitalisierung, Versorgung von Patientinnen und Patienten, auch unter dem Begriff „Telemedizin“ – wer das nicht will, der muss dann auch sagen, dass man aus dem MVZ heraus für die Tagesklinik keine telemedizinische

Versorgung haben will, dass man für die Notaufnahme keine haben will und dass man auch für die 24-Stunden-Versorgung, die natürlich durch das pädiatrische Zentrum in Schwerin sichergestellt wird, dass man auch da die Kommunikation der Beratung per Telemedizin, die mittlerweile ja durch die Ärztekammer genehmigt ist, ablehnt. Also das sind auch Dinge, über die man reden muss, was ist da sinnvoll und was ist da auch von der Behandlungsweise richtig und was kann man nicht machen.

So, meine Damen und Herren, ich will nur sagen, ich fahre heute nach Crivitz, das habe ich gestern schon angekündigt, und werde dort mit der Bürgermeisterin und wahrscheinlich mit vielen Vertretern der Stadt – und der ehemalige Bürgermeister hat sich auch angemeldet – reden. In der nächsten Woche wird es Gespräche geben, wo der Landrat Sternberg mit dran teilnehmen wird und natürlich MediClin und Asklepios, und ich hoffe, dass wir dann dort noch eine Kompromisslösung kriegen, die dann auch tragfähig erscheint. Und das werden wir aber, denke ich, dann auch kurzzeitig vorstellen.

Ich bin jedenfalls allen dankbar, die noch mal intensiv dafür geworben haben, dass man also Pädiatrie und Geburtshilfe, aber auch die Kinderstation offenhalten soll.

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, ...

Minister Harry Glawe: Entscheidend ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... gestatten Sie noch ...

Minister Harry Glawe: Entscheidend ...

Präsidentin Birgit Hesse: ... eine Zwischenfrage?

Minister Harry Glawe: Ja, gleich.

Entscheidend ...

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage ...

Minister Harry Glawe: Gleich.

Präsidentin Birgit Hesse: ... von Frau Weißig?

Minister Harry Glawe: Gleich, Frau Präsidentin.

Entscheidend ist, dass das Personal vorhanden ist und damit dann auch die Qualität und die Sicherheit für die Patienten gegeben sind.

So, bitte schön.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte sehr, Frau Weißig.

Christel Weißig, fraktionslos: Ja, danke, Frau Präsidentin!

Herr Minister, also das schließt sich jetzt gerade an. Asklepios hat gesagt, sie wollen den Versorgungsauftrag für Pädiatrie zurückgeben. Lassen Sie sich damit erpressen und lassen Sie sich das gefallen? Gibt es da keine Möglichkeit zu sagen, jetzt ist Schluss, das geht nicht?

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Minister Harry Glawe: Die Frage ist ja – ich habe es vorhin gerade gesagt, ich habe es eben gerade gesagt –, wenn das Personal vorhanden ist, dann würde ich sofort diesen Antrag zurückweisen, zweitens würde ich höchstens eine Duldung genehmigen, und drittens würde ich am 01.01. auch die Genehmigung nicht erteilen, weil am Ende die Planungsbeteiligten mitgenommen werden müssen. Entscheidend ist, dass der Grund stichhaltig ist. Wenn er nicht stichhaltig ist, dann werden wir da auch nichts tun. Auf alle Fälle muss dieser Antrag aber behandelt werden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Gibt es von Ihrer Seite noch weiteren Bedarf zur Rede, Herr Minister?

Minister Harry Glawe: Nein, ich bin fertig, Frau Präsidentin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Philipp da Cunha, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen herzlichen Dank an den Minister. Der Minister hat aufgrund der diversen Zwischenfragen seine Redezeit um fünf Minuten überschritten.

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Nordwestmecklenburg. Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag in Schwerin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Professor Dr. Ralph Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Minister, Ihre Worte habe ich gehört, aber sie ändern nichts an dem zugrundeliegenden Ergebnis. Hier wird eine Politik einseitig zugunsten von Gewinnstrategiekonzepten eines Gesundheitskonzerns betrieben,

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
Dietmar Eifler, CDU, und
Wolfgang Waldmüller, CDU)

zulasten der Bevölkerung, auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen, Müttern und werdenden Müttern. Ich hatte es schon mal gesagt, so was ist mit uns nicht zu machen.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Mit dem Hubschrauberlandeplatz – das hat Frau Bernhardt gesagt, das kam nicht von mir –, da werde ich mich hüten, Kritik dran zu üben.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das ist gerade in einem Krankenhaus im ländlichen Raum lobenswert und wichtig, allerdings Tagesklinik, nachts fliegt der Hubschrauber nicht.

(Minister Harry Glawe, und
Wolfgang Waldmüller, CDU: Doch! –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ja, eingeschränkt, das wissen Sie auch. Wer kennt das aus Usedom, wann er fliegt und wann nicht? Nachts fliegt er regelmäßig nicht.

(Beate Schlupp, CDU: Das ist Quatsch!)

Das heißt, auch der Hubschrauberlandeplatz gleicht die Nachteile einer Tagesklinik nur sehr bedingt aus.

Und was Sie gesagt haben zur Rekommunalisierung: Gesundheitsvorsorge, gerade in den grundlegenden Bereichen, also Abdeckung der inneren Medizin, der Chirurgie, der Kinderheilkunde und der Geburtshilfe sind Strukturelemente einer gesundheitlichen Daseinsvorsorge. Man ist hier aus bestimmten Gründen den Weg gegangen, sehr viele dieser Krankenhäuser – es ist, glaube ich, nur noch eines im Land überhaupt vollständig im Eigentum der kommunalen Träger –, also man hat hier sehr breitflächig privatisiert. Das ist an sich auch nicht zu kritisieren, aber dem zugrunde liegt ein Versorgungsauftrag, und das kann nicht sein, dass Kliniken jetzt hergehen und die lukrativen Angebote wie jetzt die Altersklinik, die Geriatrie, die in Crivitz eröffnet werden soll, für sich entdecken und die erfahrungsgemäß eher kostenpflichtigen, vielleicht sogar strukturell ins Minus führenden Abteilungen wie insbesondere die Geburtshilfe zu schließen.

Wenn das das wäre, was Gesundheitspolitik ausmacht, dann muss ich sagen, dann haben wir ein Instrument. Wenn Kliniken ihren Versorgungsauftrag stückweise zurückgeben nur für die Geburtshilfe, dann kann man das nicht akzeptieren, dann müssen sie den Versorgungsauftrag für die gesamte Krankenhausbetreiber zurückgeben, dann muss man über Rekommunalisierung nachdenken. Das ist keine Enteignung. Im Übrigen, wir enteignen auch für Straßenbau und andere wichtige Dinge, die aber im Vergleich zur Gesundheit der Bevölkerung ein Minus darstellen. Und wenn wir dann sagen, aber für die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung, da ist die Enteignung ein Tabu, dann bewegen wir uns auf die völlig falsche Schiene. Also auch da muss man zur Not drüber nachdenken.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, wenn wir berechtigt aus solchen Gründen enteignen, nehmen wir niemandem existenziell was weg. Wir haben die Junktimklausel, da wissen Sie ganz genau: Wer bei uns enteignet wird, muss entsprechend entschädigt werden.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Das ist nicht Gewinnmaximierung, diese Entschädigung, nicht unbedingt der Börsenwert, aber es ist mindestens der handelbare Verkehrswert. Das heißt, auch solche Enteignungen sind kein Eingriff in das substanzielle Existenzminimum derer, denen man dann irgendwas wegnimmt. Insofern, dieses Tabuisieren, wir dürfen das nie machen – Herr Kühnert von der SPD hat es schon mal angesprochen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

zwar in einem fragwürdigen Zusammenhang, aber der Sache nach gar nicht unberechtigt –, diese Tabuisierung,

Enteignung, das ist völlig ausgeschlossen und darf es nie geben, das ist der falsche Weg. Wenn eine privat-kapitalisierte Wirtschaft Bevölkerungsinteressen mit Füßen tritt, dann muss man als letztes Mittel auch darüber nachdenken können. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Professor Weber.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Barlen.

(Julian Barlen, SPD: Jo, komme. –
Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst bin ich sehr froh, dass sich hier in der Grundfrage am Ende eine sehr große Einigkeit bezüglich des Dringlichkeitsantrages abzeichnen wird, dass wir für eine Lösung für den Standort Parchim hier einstehen, und zwar, ohne Nachteile für den Standort Crivitz zu produzieren.

Sehr geehrter Herr Minister, ich möchte eine kleine Randbemerkung oder eine kleine Unterstellung in Ihrer Rede noch mal aufgreifen und für unsere Fraktion präzisieren. Niemand hat sich gegen die Einrichtung eines Hubschrauberlandeplatzes ausgesprochen, niemand hat sich gegen die Einrichtung von geriatrischen Betten für die Versorgung in der Region ausgesprochen. Lediglich kritisiert worden ist – und das meines Erachtens zu Recht –, ist, wenn diese Dinge, nämlich ein Hubschrauberlandeplatz oder eben gewinnträchtigere geriatrische Betten als Teil eines Deals hier ins Feld geführt werden,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig!)

die am Ende dann aber auch eine Schließung einer Geburtsstation in Crivitz begründen. Eine solche Verquickung, die also sehr im Interesse auch der Klinikbetreiber ist, haben wir abgelehnt, nicht gegen generell die Einrichtung von Hubschrauberlandeplätzen und auch nicht die Einrichtung von geriatrischen Betten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das wäre ja irgendwo nicht besonders sinnvoll.

Wir, meine Damen und Herren, haben, glaube ich, hier eine sehr klare Beschlusslage am Ende. Es geht nicht um eine allgemeine philosophische Frage, ob Enteignungen umsetzbar oder wünschenswert sind, sondern wir werden als Landtag hier – ich hoffe, sehr einmütig – einen klaren Beschluss fassen, nämlich, dass Gespräche geführt werden müssen und dass Verabredungen getroffen werden müssen, dass es in Parchim mit der Kinderstation und mit der Geburtshilfe weitergeht, und zwar ohne, dass in Crivitz dafür die Geburtsstation geschlossen wird, im Umkehrschluss, dass auch in Crivitz die Gynäkologie/Geburtshilfe erhalten bleibt.

Und dieser Beschluss des Landtages, den wir gleich hoffentlich einmütig fassen werden – da gehe ich von aus, weil wir haben uns im November dafür schon einmal gemeinsam einstimmig ausgesprochen –, dieser Beschluss muss anschließend gestaltet werden, muss umgesetzt werden. Und da müssen wir uns weniger fragen,

was nicht geht, sondern wir müssen wir uns als Landespolitik sehr leidenschaftlich dafür einsetzen, wie es geht. Politik, meine Damen und Herren, darf unseres Erachtens nicht tatenlos zuschauen, wenn private Konzerne ihre eigenen Interessen über die Interessen der Patientinnen und Patienten stellen. Und wenn diese Patientenrechte, diese Patienteninteressen ein höheres Gewicht in die Waagschale werfen als das Profitinteresse der Klinikkonzerne, dann sind wir in diesem Land richtig aufgestellt.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und wenn das aber nicht gilt, wenn die Profitinteressen ein höheres Ausmaß haben bei der Gestaltung von Versorgungsstrukturen, dann müssen wir alles tun, um diese Versorgung anders zu organisieren und womöglich auch auf eine nicht privatwirtschaftliche Art und Weise zu organisieren. Und da in der Tat dürfen wir uns nicht mit kleinen Lösungen oder vermeintlichen Verabredungen zufriedengeben, sondern es muss auch darüber gesprochen werden, ob ein Versorgungsauftrag komplett entzogen werden kann für einen Standort.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dann ist auch darüber zu sprechen, ob eine Re-kommunalisierung dieses Standortes in Betracht kommt, meine Damen und Herren.

Ich möchte noch einmal, weil an der einen oder anderen Stelle ja auch auf die Gesamtversorgungslage hier in Mecklenburg-Vorpommern Bezug genommen worden ist, auf den Punkt II Ziffer 1 unseres Dringlichkeitsantrages aufmerksam machen, der da lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne“ des Punktes 1 „einen Bericht zur zukünftigen flächendeckenden medizinischen und geburtshilflichen Standortentwicklung und Standort-sicherung in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen.“

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Schon lange Zeit.)

Diesen Punkt halten wir auch im Lichte dieser Diskussion wieder einmal für ausgesprochen wichtig, denn, meine Damen und Herren, wir wollen als Landespolitik alles daransetzen, alle Versorgungsstandorte in diesem Lande zu erhalten. Aber, meine Damen und Herren, das passiert, wie wir sehen, nicht von alleine, das muss klug, gemeinsam gedacht und dann auch gemeinsam organisiert werden mit allen, die an der Planung und Umsetzung beteiligt sind.

Den Krankenhäusern, den Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer und den Landkreisen ist hier in einem solchem Bericht in unseren Augen auch darzustellen, wie eine solche integrierte, sektorenübergreifende, heißt ambulante und stationäre Versorgung, gemeinsam denkende und telemedizinisch unterstützte Versorgung zustande kommt. Das, meine Damen und Herren, kann mitnichten einfach so laufen, sondern diese Überlegungen für diese umfassende Standortsicherung müssen auf den Tisch, und da werden wir als Landespolitik eine klare Linie, auch eine klare Hand des Staates anlegen, um im Sinne der Bevölkerung diese Standortsicherung realisieren zu können.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich noch einmal bekräftigen, neben diesem Bericht zur Standortsicherung der medizinischen Versorgung in

Mecklenburg-Vorpommern geht es uns in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag ganz klar um drei Punkte:

Wir brauchen weiterhin schnell eine Lösung für die Pädiatrie und die Geburtshilfe in Parchim, ohne dass in Crivitz die Geburtsstation geschlossen wird. Dafür muss insbesondere an der Personalgewinnung gearbeitet werden. Hierzu liegen Kooperationsangebote auf dem Tisch. Wie gesagt, bei MediClin und bei Asklepios handelt es sich um sehr erfolgreiche, große und auch sehr profitable Anbieter, die, glaube ich, zeigen müssen und beweisen müssen, dass ihnen dieser Versorgungsauftrag etwas wert ist und dass sie sich nicht nur die Bereiche herausuchen, die ihnen am besten erscheinen, sondern, dass sie insgesamt zur Versorgung in dieser Region stehen.

Zweitens werden wir hier beschließen und klarmachen, dass diese bereits verabredeten Strukturänderungen, also die Schließung des Kreißsaals in Crivitz, nicht vollzogen werden dürfen. Das ist ein ganz klarer Bestandteil dieses Beschlusses. Etwaige bereits laufende Umsetzungsschritte müssen gestoppt werden.

Und gleichzeitig bekräftigen wir hier noch einmal, dass sich die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern darauf verlassen kann, dass nicht nur die direkten Planungsbeteiligten, also die Krankenkassen, die Krankenhäuser, die niedergelassenen und die stationären Ärzte und auch die Landkreise für die Versorgung arbeiten, sondern dass wir auch als Landespolitik dazu stehen, dass ein Anrecht auf einen flächendeckenden Zugang zu einer solchen guten Versorgung besteht.

Meine Damen und Herren, ganz in diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist höchst erfreulich zu erfahren, dass alle Fraktionen in diesem Haus sich einig sind in der Feststellung, dass die Entscheidung, die am vergangenen Freitagvormittag getroffen wurde, in Crivitz die Gynäkologie und Geburtshilfe zu schließen, sie in Parchim dann mit der Abteilung weiterbetreiben zu wollen und die Kinderstation, Kinder- und Jugendmedizin am Standort Parchim einzudampfen auf eine Tagesklinik, hier einhellig auf Kritik stößt. Dies ist auch aus Sicht der Fraktion DIE LINKE eine inakzeptable Situation.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Es gibt also gute Gründe, diese Entscheidung zu revidieren. Die medizinischen Versorgungsstrukturen würden ausgedünnt, Maßgaben des deutschen Ethikrates würden missachtet, die Lebensqualität im ländlichen Raum würde sinken. Die Menschen in Crivitz, in Parchim, in der Region bis rein nach Schwerin sind zornig aus guten Gründen, denn sie spüren, es geht hier um Geld und nicht um ihre Gesundheit. Und jetzt sind wir gefordert als Politikerinnen und Politiker – die Politik muss das Primat haben –, wir sind gefordert, die Karre aus dem Dreck zu ziehen, sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und ich habe, ich habe große Zweifel, dass Minister Glawe wirklich mit Elan und Leidenschaft an das herangeht, was hier jetzt auf dem Tisch liegt. Wer genau zugehört hat, was Minister Glawe gesagt hat in seiner Rede – das war das Gegenteil von dem, was in den Dringlichkeitsanträgen steht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Er hat die Situation und die Entscheidung gerechtfertigt, hat seine Argumente ... Das sind Argumente,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, genau.)

die kann man teilen oder nicht, wir teilen Sie keineswegs,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Selektive Wahrnehmung.)

aber es bleibt ...

Nein, nein, keine selektive Wahrnehmung.

Er redet jetzt mit den Konzernen, weil er muss, nicht, weil er will. Er rechtfertigt die Entscheidung, und ich frage mich, wenn jetzt hier die Dringlichkeitsanträge abgestimmt werden – und einer wird wohl zumindest hier die Mehrheit bekommen –,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Das wäre schön.)

dann ist es aber das Gegenteil von dem, was er gesagt hat.

Übrigens, es ist ja überhaupt viel gesagt und geschrieben worden in den letzten Tagen, und Frau – ich will eine Sache mal herausgreifen –, Frau Bernhardt fragte gestern in der Regierungsbefragung zwei Dinge, die sind elementar wichtig: Herr Glawe, was ist da verhandelt worden? Und: Von welcher Qualität ist die Entscheidung?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Ist es ein Vertrag? Ist es eine Verabredung? Was ist das alles? Wir haben eine Antwort bekommen, also rumgeschwobelt, muss ich mal sagen, und am Ende war nicht klar, hat Minister Glawe sich das alles ausgedacht. Haben Sie sich ausgedacht, Crivitz da zu schließen und rüberzugehen?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig!)

Oder haben die Konzerne Ihnen das in den Block diktiert

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

und Sie sind jetzt faktisch deren Pressesprecher als Minister?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Die Frage stand gestern. –
Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich sage Ihnen, ...

Ja, das ist die Frage, die ist doch nicht ganz klar.

Und ich sage Ihnen ganz deutlich, wir brauchen keinen Gesundheitsminister, der den Job von Konzernen macht, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig!)

Wir brauchen einen Gesundheitsminister,

(Minister Harry Glawe: Das ist ja
unglaublich, was er hier vorträgt.)

der am Wohl und Wehe der Menschen interessiert ist.

(Minister Harry Glawe: Unerhört!)

Nein! Na, dann ... Also, wie denn?

(Minister Harry Glawe: Ja, unerhört! –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Können
Sie sich mal entschuldigen jetzt?!)

Nein! Er muss sagen, wozu er steht.

(Minister Harry Glawe: Was saugen
Sie sich da aus den Fingern eigentlich?)

Haben Sie sich das ausgedacht oder haben die Konzerne sich das ausgedacht?

(Minister Harry Glawe: Was saugen
Sie sich aus den Fingern?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

(Minister Harry Glawe:
Was behaupten Sie hier jetzt?)

Einen Moment! Jetzt ist hier Ruhe!

Ich weise noch mal darauf hin, dass die Zwischenrufe nicht von der Regierungsbank erfolgen sollen. Wenn sie denn gewünscht sind, müssen sie von woanders kommen.

(Minister Harry Glawe: Das ist
unerhört, was er hier erzählt.)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Also ich finde die Situation sehr komfortabel. Frau Ministerpräsidentin Schwesig hat Ihnen die Chance gegeben, jetzt klarzustellen, wo Sie stehen und was Sie da veranlassen wollen. Und wir wiederum als Fraktion DIE LINKE – und ich hoffe, Sie auch – wollen wissen, was dabei rausgekommen ist.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja, genau.)

Wenn am nächsten Mittwoch und am nächsten Donnerstag verhandelt wird, schlagen wir also vor – wir werden einen entsprechenden Antrag stellen –, dass am Freitag nächster Woche dann der Wirtschaftsausschuss darüber informiert wird, was die Ergebnisse dieser Verhandlungen sind.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Richtig! Nicht, dass wir das wieder
aus den Medien erfahren.)

Jetzt heißt es dranbleiben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist völlig absurd, eine gut aufgestellte, hoch angesehene Geburtsstation in Crivitz zu schließen und dann noch mit dem zweifelhaften Argument zu kommen – das ist auch heute wieder passiert –, es müssten mindestens 500 Geburten im Jahr sein. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen, weil hier argumentiert wird, das wäre also so eine Weisung des Gemeinsamen Bundesausschusses:

(Sebastian Ehlers, CDU: AOK hat
das auch schon vorgeschlagen.)

Ist es nicht. Ist es nicht! Diese Zahl 500 schwebt sozusagen durch die Republik,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

weil in einer sogenannten „Marburger Studie“ von Heller mal der Zusammenhang untersucht wurde zwischen der Zahl der Geburten und der Säuglingssterblichkeit, und er hat ermittelt, dass in einem Krankenhaus mit 500 Geburten in einem Jahr die Säuglingssterblichkeit höher ist als in einem Krankenhaus mit 1.500 Geburten. So, die meisten hören dann auf, darüber nachzudenken, zu argumentieren – das ist ja so eine wunderbar gesundheitsökonomische Argumentation –,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, schöne 500.)

aber die Studie geht noch weiter und sagt, die Zahlen sind nicht entscheidend, entscheidend ist, wie ein Krankenhaus organisiert ist. Das ist die Frage.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wenn die Logik stimmen würde, dass es mindestens 500 Geburten sein müssen, dann will ich Sie mal fragen: Mit welcher Rechtfertigung hat dann Anklam noch eine Geburtsstation? 2014 280 Geburten, im vergangenen Jahr 286 Geburten.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Die dürften das dann auch nicht mehr haben, aber wir sagen, gut, dass es in Anklam eine Geburtsstation gibt,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Richtig, ja!)

gut, dass diese Zahl nicht zur Anwendung kommt. Sie müssten sich nur mal überlegen, dass Ihre Argumentation nicht konsistent ist, die ist voller Widersprüche. Es ist also gut so, dass es das in Anklam gibt, und es ist gut, dass es sie in Crivitz geben soll, weiterhin geben soll.

Die Sicht auf die Situation der Geburtshilfe insgesamt muss eingebettet sein in das Versorgungsangebot des gesamten Hauses, und das wieder im Rahmen einer Region. Es geht nicht darum, dass eine Geburtsstation sich rechnet, eine Geburtsstation, sehr geehrte Damen und Herren, muss sich auszahlen für die Menschen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

Und da geht einem das Herz auf, Herr Barlen, wenn Sie jetzt sprechen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, also echt.)

und ich freue mich, dass die SPD da Klartext spricht, Gesundheit darf keine Ware sein. Das ist unser Ruf seit 2004 im Übrigen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig!)

Und ich finde es gut, dass Sie den übernommen haben, dass Sie das genauso sehen wie wir,

(Manfred Dachner, SPD:
Wir übernommen haben?!
Das weiß ich ja wohl nicht.)

und dass es einen klaren Handlungsauftrag gibt, das ist auch wichtig.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Also in letzter Zeit, gerade gestern noch,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

war viel von, wir müssen prüfen, wir müssen nachdenken.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Das war bei Herrn Heydorn
auch anders, ne, Herr Koplín?!)

Nein, wir müssen – und das ist die Verpflichtung der Politik –, wir müssen Vorsorge schaffen! Wenn von Rekommunalisierung die Rede ist und dann allgemein in Aussicht gestellt wird, dass das unterstützt wird, so ein Rekommunalisierungsbestreben, dann will ich Ihnen gerne sagen, da muss man Vorsorge haben.

Es kann sich doch wohl keiner im Ernst vorstellen, angenommen, Asklepios gibt den Versorgungsauftrag zurück und sagt, wir machen das nicht mehr, dann ist doch Landrat Sternberg, dann sind doch die Mitglieder des Kreistages, dann ist der Landkreis Ludwigslust-Parchim nicht ad hoc in der Lage zu übernehmen. Also muss man doch Vorsorge treffen. Und weil es um, was die Trägerschaft betrifft, Rekommunalisierung, Eigentumsfragen geht, da will ich Ihnen gern was sagen, das steht heute erfreulicherweise auch in der Zeitung: 1994 ist Crivitz privatisiert worden, 1997 Parchim. Mit der LINKEN und der Politik der PDS damals hat es überhaupt nichts zu tun. Sie versuchen, uns immerzu was ans Zeug zu flicken, womit wir nichts zu tun haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja,
Herr Glawe, das verstehe ich echt nicht.
Das ist rumreden, was er da macht.)

Die Privatisierung war in der Zeit.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Bei Helios in Schwerin.)

Wir halten sie für falsch – es gab auch andere Beispiele –, wir halten sie für falsch und sagen, da muss man jetzt umsteuern, spätestens jetzt.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Aber das geht nicht so ad hoc. Wir haben eine große Verantwortung dann auch, und die müssen wir wahrnehmen und letztendlich dann dementsprechend handeln.

Wissen Sie – wie Geiselhaft –, im Moment ist doch, also Minister Glawe ist in einer schwierigen Situation.

(Minister Harry Glawe: Nö.)

Die Konzerne haben doch die Politik zurzeit noch in Geiselhaft.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Wie das aussieht, die sagen doch an.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, deshalb ist Rekommunalisierung
ein schönes Mittel.)

Und wie darauf reagiert wurde, das ist das, was uns so wütend macht,

(Sebastian Ehlers, CDU: Dann
macht doch mal im Kreistag was!)

dass Sie dann sagen, na ja, also, wenn sie in den Konzernen ansagen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Liegt vor, Herr Ehlers, da müssen
Sie sich mal informieren.)

dann geben wir noch eine Stelle obendrauf, dann geben wir noch einen Hubschrauberlandeplatz obendrauf.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Damit das nicht in den falschen Hals kommt: DIE LINKE ist für einen Hubschrauberlandeplatz, das ist gar nicht die Frage,

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha, jetzt auf
einmal?! – Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das klang aber gerade anders.)

aber – Herr Barlen hat es gesagt –, das steht doch nur, ...

Nein!

... das steht doch nur im Zusammenhang mit der Akzeptanz dieser Schließung. Und wir wollen diesen Zusammenhang nicht.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wir wollen den nicht! Das klingt ja wir beim Marktschreier,

(Minister Harry Glawe: Falsch!)

ich gebe euch das noch drauf

(Minister Harry Glawe:
Völlig falsch, Herr Koplin! –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Und noch was und noch was, bitte.)

und das noch drauf, wenn ihr das macht. Das ist nicht in Ordnung. Ganz großes Kino – Sie hauen da also zwischen 1 Million und 2,5 Millionen obendrauf, dass die die Versorgungsstrukturen ausdünnen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Mann, Mann, Mann! Keine Ahnung
haben und dann reden!)

Und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und jetzt ist die Frage – dann komme ich zum Schluss –, jetzt ist die Frage, was gibt es an Möglichkeiten. Erst mal muss man das Grundsätzliche auch klären. Das Grundsätzliche heißt, die Berechnung von Kinder- und Jugendmedizin,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

die Berechnung von Geburtshilfe müssen raus aus diesem DRG-System.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Die sind doch alle so anfällig, existenzanfällig, weil es Abrechnungssysteme gibt, die diese Stationen in solche Schwierigkeiten bringen. Also muss man auf der Bundesebene ein anderes System dafür aufmachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Richtig!)

Das ist das Bohren dicker Bretter, ist ja klar, aber man muss es angehen.

Zweitens sind wir der Meinung, dass die Geburtshilfe in die Regelversorgung überführt werden muss, damit wir auch da Klarheit haben.

Drittens wollen wir die Errichtung eines Rekommunalisierungsfonds aus Land und Kommunen. Das Land muss da erst mal einsteigen, die Kommunen dann gemeinsam. Also es ist eine Sache, die wirklich viele Akteure braucht.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das müssen
sie aber auch wollen, die Kommunen.)

Dann viertens – ganz wichtig, das sehen wir genauso wie die SPD –,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Informieren – auch da – hilft.)

wir brauchen die Annullierung der vorliegenden Entscheidungen, und Ziel muss der Bestand der Stationen von vorher sein. Und wir brauchen in diesem Sinne die Neuverhandlung.

Fünftens brauchen wir die Entwicklung innovativer Kooperationsmodelle beider Träger und Standorte, solange da noch nicht kommunalisiert wurde, und zwar müssen

alle Akteure darüber reden, über die Strukturen, über Trägerverbund, über die Digitalisierung, über Sicherheitszuschläge. Im Grunde genommen muss die ganze Palette der Möglichkeiten auf den Tisch, um diese Standorte zu sichern.

(Rainer Albrecht, SPD:
Ein ganzer Blumenstrauß.)

Und sechstens muss es eine ernsthafte und systematische Personalsuche und ein qualifiziertes Personalmanagement geben. Wir haben am Haus mit den Leuten gesprochen, wir haben Vorschläge unterbreitet, wie man zu Personal kommen konnte. Das Einzige, was dem Standort einfiel, dem Träger aus Asklepios einfiel, war, Annoncen zu schalten. Das ist so was von halbherzig.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Noch nicht mal mit irgendwelchen
Bedingungen verknüpft.)

Damit sind wir nicht einverstanden. Das geht auch anders, das ist leistbar. In diese Richtung geht auch unser Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich zunächst für die sachliche Debatte bedanken. Das fällt mir jetzt nach dem Redebeitrag vom Kollegen Koplin etwas schwer, denn das war natürlich wieder mal so ein Rundumschlag in alle Richtungen, der, glaube ich, auch der notwendigen Ernsthaftigkeit des Themas aus meiner Sicht hier nicht angemessen ist, weil bis dato, glaube ich, ist es in der Tat so, dass wir hier eine große Einigkeit des Parlaments heute haben, wie es sonst sicherlich selten der Fall ist, und dafür bin ich den anderen Vorrednern erst mal sehr dankbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vor einer Woche in diesem Plenarsaal hier eine Anhörung gehabt zum Landarztgesetz im zuständigen Wirtschaftsausschuss. Und wer sich das angehört hat – die Gesundheitspolitiker waren ja alle mit dabei –, der wird natürlich den Eindruck nicht los, dass diese Frage auch der medizinischen Versorgung, auch des Ärztemangels uns natürlich die nächsten Jahre und Jahrzehnte hier massiv begleiten wird. Wenn man sich die Zahlen anhört, gerade auch im ambulanten Bereich, wie dort die Altersabgänge sind, wie die Situationen dort sind in einigen Bereichen, dann wissen wir einfach, dass wir wahrscheinlich auch in den künftigen Jahren vor solchen Situationen, wie wir sie heute in Crivitz und Parchim sehen, stehen werden. Und dafür möchte ich an der Stelle sensibilisieren.

Und das Thema Geburtshilfe ist logischerweise immer sehr emotional. Da geht es nicht darum, eine Chirurgie zu schließen oder andere Bereiche, sondern das betrifft jeden von uns, weil er selbst irgendwo geboren wurde, als Elternteil, als Großelternteil, wie auch immer, eine Verbindung hier hat. Und deswegen sind auch natürlich die Diskussion und die Debatte verständlich. Und Crivitz

hat eine jahrzehntelange Tradition hier in der Region, ist ein anerkannter Standort, und alle Elternteile, aus Schwerin auch und auch aus der Umgebung, die sich Gedanken machen, wo denn das Kind zur Welt kommen soll – ich kenne das aus meinem eigenem Erleben –, stellen sich natürlich die Frage, kommt es in Schwerin zur Welt oder kommt es in Crivitz zur Welt.

Nach meinen Informationen kommen 40 bis 50 Prozent der Geburten in Crivitz von Eltern aus Schwerin und Umgebung. Und deswegen müssen wir auch ein bisschen aufpassen, was wir heute so alles hier, auch wenn es nur nebenbei ist, an Wortbeiträgen von uns geben. Wenn ich dann so höre, stundenlange Fahrt zum Kreißaal, das ist natürlich jetzt an dem konkreten Beispiel, über das wir heute reden, dann nicht gegeben. Wenn ich aus dem Speckgürtel von Schwerin oder aus Schwerin komme, dann wird man auch künftig, selbst wenn die Entscheidung so bleibt, nicht stundenlang zum Kreißaal fahren müssen. Ich glaube, das gehört auch zur Wahrheit heute hier mit dazu.

Aber gerade weil die Zahlen so sind, glaube ich, ist auch die Rechnung etwas einfach zu sagen, Crivitz wird geschlossen und damit stärken wir Parchim, denn ich würde mal die These aufstellen und sagen, 50 Prozent der Geburten werden nicht in Parchim landen, sondern die werden dann eher in Schwein oder in Hagenow landen. Und von daher, glaube ich, ist es wichtig, dass es heute auch noch mal das klare und, ich denke, nachher auch das einstimmige Signal des Parlaments hier geben wird, dass wir uns für den Erhalt beider Geburtsstationen aussprechen, sowohl Parchim als auch Crivitz.

Und was natürlich vor allem zu kritisieren ist – und da habe ich auch höchstes Verständnis natürlich für die Wut, nicht nur der Mitarbeiter, sondern vor allem auch der werdenden Mütter –, wenn dort am Nikolaustag erklärt wird, am 31.12. schließt hier dieser Kreißaal, und man vielleicht in der Geburtsvorbereitung gerade ist, dort Termine hat im Dezember, im Januar, im Februar, dann ist das natürlich auch ein schwerer Schlag für alle werdenden Mütter und auch werdenden Väter hier in der Region. Und deswegen, glaube ich, ist es auch richtig und wichtig, dass hier noch mal nachverhandelt wird und dass das Thema noch mal angegangen wird.

Und wir haben uns in der Vergangenheit und auch als CDU immer auch klar positioniert. Wir werden das Thema „Diskussion über Qualität, über Mindestmengen im Bereich der Gesundheitspolitik“ in den nächsten Jahren führen müssen aus meiner Sicht. Die Diskussion wird es geben, vor allem, weil wir viele Bundesländer haben, wo die Krankenhausstruktur nicht so ordentlich ist wie in Mecklenburg-Vorpommern, wo in letzten Jahren ja auch schon vieles an Struktur verändert wurde. Das gehört ja, glaube ich, auch mit zur Wahrheit dazu.

Und wir sind schon der Meinung, die Mindestmengendiskussion, Herr Kollege Koplín, ist ja nicht irgendwo vom Himmel gefallen, es gibt ja verschiedene, die AOK, viele Akteure haben diese Mindestmengendiskussion auch beim Thema Geburt in den letzten Jahren geführt. Da kann man jetzt ja nicht so tun, als wenn sich das irgendjemand ausgedacht hat und die Diskussion irgendwie vom Himmel gefallen ist. Und wir haben immer klar und deutlich auch gemacht, bei der Hüft-OP, bei einer Knie-OP, finde ich, darf man auch ruhig über Mindestmengen diskutieren, denn, wenn vor mir ein Arzt stehen würde

und würde sagen, so was habe ich ja lange nicht mehr gesehen wie Sie, dann würde ich mir schon Gedanken machen, ob ich hier in dieses Krankenhaus gehe.

Aber ich glaube, beim Thema Geburten ist es ein Stück weit anders, denn, wenn man sich auch mal die Zahlen anschaut fürs Land – und die sind heute schon vielfach zitiert worden –, wenn man die Menge 500 ansetzt, dann diskutieren wir über 5 Kreißsäle von 16, die unter diesen 500 liegen, und das würde natürlich vor allem den ländlichen Raum treffen. Und so einen richtigen Zusammenhang habe ich bisher auch noch nicht erkannt, warum man jetzt unbedingt beim Thema Geburt diese Mindestmengen – ob es nur 400 oder 500 sind – ansetzen muss, weil am Ende des Tages ist eine Geburt auch keine Raketenwissenschaft. Ich glaube, das gehört auch zur Wahrheit mit dazu.

Und dort, wo es Risikoschwangerschaften gibt, ist es heute ja schon so, dass es größere Häuser gibt mit angeschlossener Kinderklinik. So ist es auch hier in der Region. Da geht man ja nicht nach Crivitz, sondern da geht man dann am Ende direkt nach Schwerin. Und in der Tat ist es nur schwer vermittelbar, wenn dort Klinikbetreiber einzelne Bereiche zurückgeben und sagen, wir behalten unseren Versorgungsauftrag, aber nehmen hier einzelne Bereiche, die vielleicht nicht so profitabel sind, und geben die zurück.

Das Thema Hubschrauber, Herr Kollege Koplín, das würde ich auch gerne davon entkoppeln, weil es eigentlich so richtig damit nichts zu tun hat.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja. Wir haben es nicht in den Zusammenhang gestellt.)

Über das Thema „Hubschrauber in Westmecklenburg“ diskutieren wir schon eine ganze Weile, und es gab immer die klare Aussage, auch des Ministers, es wird hier wahrscheinlich noch in dieser Wahlperiode einen Hubschrauber geben, der gar nicht in Parchim stationiert wird, sondern der wird ja in Schwerin stationiert, aber natürlich dann auch in dem Bereich Ludwigslust-Parchim, wo wir beim Thema Rettungsdienst gewisse Engpässe haben, soweit ich weiß, auch mit eingreifen kann. Deswegen mahne ich da auch zur gewissen Sachlichkeit, denn das Thema hat nicht zwingend was mit der heute vorliegenden Thematik zu tun.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Wir haben es nicht in den Zusammenhang gebracht.)

Und auch, wenn das Thema Rekommunalisierung, zumindest in unserem Antrag heute, den die Koalitionsfraktionen hier vorlegen, nicht steht, finde ich, muss man sich auch an der Stelle mal ein bisschen ehrlich machen und ein bisschen auch sachlich bleiben. Das ist natürlich eine markige Forderung.

Herr Professor Weber, es hätte mich mal interessiert – vielleicht haben Sie ja noch Redezeit –

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Ich habe noch Redezeit.)

wie Sie als Juraprofessor mir da mal erklären, welche juristischen Hürden es vielleicht geben würde, weil ich glaube, wenn man jetzt dort einen privaten Betreiber nicht dazu motiviert, freiwillig zu verkaufen, dann würde

mich schon mal interessieren, wie Sie sich das vorstellen können – Sie haben zwar Vergleiche gezogen, Thema Straßenbau –, inwieweit es hier möglich ist.

Und wenn ich mir heute die Zeitung durchlese, sehe ich ja zumindest parteiübergreifend mal drei Bürgermeister, die sagen, Rekommunalisierung ist für uns kein Thema – Stralsund, Wismar und Bad Doberan. Nun kann man sagen, das ist hier Gelobtes Land und da gibts keine Probleme, mag sicherlich eine These sein, aber zumindest, finde ich, muss es von der kommunalen Ebene mitgewollt sein.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und wenn es Initiativen gibt vom Landrat Sternberg oder von anderen zu sagen, wir können uns das vorstellen, als Kreis wieder das Krankenhaus zu übernehmen, ich finde, dann muss man auch darüber reden, dann muss aber, finde ich, auch, die Initiative aus dem Kreistag kommen, aus den Kreistagen. Dort ist ja immerhin damals das auch, denke ich mal, mitverkauft worden. Da muss die Initiative, finde ich, auch von unten nach oben kommen.

Bei mir in Schwerin beispielsweise gibts bisher dort keinerlei Initiative im Bereich Helios, aber es gibt natürlich eine Initiative in Wolgast. Schauen sich die Diskussion an! Der Landrat Sack hat die Forderung ja aufgemacht, dass der Landkreis hier Wolgast wieder zurückholt von der Unimedizin. Der Kreistag hat jetzt einen Beschluss gefasst, mindestens 25 Prozent wieder zurückzuholen. Und das ist natürlich auch noch hier der Punkt, wo wir als Land dann konkret auch handeln könnten, denn die Unimedizin gehört nun mal zum Land. Also wir könnten als Land dann quasi auch nicht immer nur den Ball zu den Kommunen rüberschieben, hier könnten wir als Land natürlich auch mal in Vorleistung gehen und sagen, bitte schön, den Vorschlag aus dem Kreistag nehmen wir ernst, damit setzen wir uns auseinander, und die Unimedizin beschäftigt sich mit dieser Initiative, und das Land geht hier vielleicht auch mal mit gutem Beispiel voran.

Und ich finde, wir müssen schon aufpassen, denn die Grundprobleme, über die wir heute gesprochen haben, die würden wir natürlich damit verschieben. Die Demonstrationen – ich mache es jetzt mal an dem Beispiel hier heute fest – wären dann künftig nicht mehr vor der Staatskanzlei, sondern die wären im Landratsamt, beim Kollegen Landrat. Wenn solche Diskussionen sind, werden wir jetzt das Thema an die kommunale Ebene zurückgeben. Und auch kommunale Träger können sich natürlich kein Personal backen. Das gehört auch mit zur Wahrheit dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Also da muss mir auch noch mal jemand erklären, wie wir auf einmal mehr Ärzte, mehr Hebammen – und Crivitz war ja auch schon mal vorübergehend geschlossen, weil es keine Hebammen gab im vergangenen Jahr –, da muss mir auch jemand erklären, wie das ein kommunaler Träger künftig anders und besser machen soll.

Und wenn ich mir dann mal die finanzielle Leistungskraft auch unserer landeseigenen – ich finde, wir dürfen nicht immer nur die Kommunen hier vors Rohr schieben – mal anschau, wie sieht es bei den Unimedizinen aus, die sind ja wirtschaftlich so hervorragend aufgestellt, dass

wir da jetzt gerade einen gut besoldeten Sanierer hingeschickt haben, den ehemaligen Finanzminister, der jetzt da mal in der Unimedizin ein bisschen für Ordnung sorgt. Also würde ich auch mal sagen, der Staat ist nicht zwingend besser als der private Bereich im Bereich der Gesundheitspolitik. Da würde ich nur an der Stelle dann auch zu der nötigen Ehrlichkeit an der Stelle warnen, wenn man sich mal die finanzielle Situation der Unimedizinen hier im Land anschaut.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir – und da schließt sich wieder der Kreis –, wenn wir heute hier ein klares Votum fassen, damit auch dem Minister für die Nachverhandlungen den Rücken stärken und das Thema hier auch als Landtag weiter aktiv begleiten. Denn in der Tat ist es so – das hat auch eine gewisse symbolische Wirkung –, Kreißsäle sind natürlich Zukunftsmusik. Und in einem Land, in dem Kreißsäle geschlossen werden, ist das natürlich für die Region – und so war es in Wolgast, und ich musste mich zurückerinnern an meine erste Landtagsrede, da ging es um das Thema Wolgast, und mein erster Termin als gesundheitspolitischer Sprecher war seinerzeit die Demo in Wolgast, vor tausend Demonstranten, mit Kollegen Weber und Kollegin Rösler –, ist das natürlich auch immer eine emotionale Frage in der Region und hat eine gewisse Symbolik auch für die Region. Und deswegen müssen wir auch politisch alles unternehmen an der Stelle, um die Geburtsstation, alle Geburtsstationen hier im Land zu erhalten. Und wenn der heutige Beschluss dazu beitragen kann, dann sollten wir diesen auch möglichst einstimmig gleich so fassen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne eine Besuchergruppe aus der Gemeinde Süderholz.

Und ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Ja, Herr Ehlers, ich habe noch Redezeit, bin froh darum und möchte zu den angesprochenen Punkten kurz was sagen.

Zum einen möchte ich Herrn Koplín ausdrücklich danken, dass er mit dieser Zahl 500 – ich hatte ja in meiner Einbringungsrede auch schon was dazu gesagt – aufgeräumt hat. Es gibt keine verbindliche Regelung, die sagt, dass geburtshilfliche Abteilungen mit einer Geburtenzahl unter 500 nicht wirtschaftlich arbeiten können oder irgendein Gesundheitsrisiko darstellen. Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe empfiehlt eine Zahl von 400 als Grenze, und das nur in städtischen Gebieten, und geht in ländlichen Regionen bis auf 250 runter. Danach, sagt sie, ist ein gewisses Überdenken notwendig.

Dazu muss ich sagen, hat Herr Koplín völlig zu Recht gesagt, es hängt weniger von der Zahl der Geburten als von der Ausstattung der jeweiligen geburtshilflichen Abteilungen ab, der technischen, und der Bestückung mit Ärzten und Hebammen. Ich habe hier – ich weiß, ich darf es nicht hochheben –, ich habe hier eine Riesenliste vom

Krankenhaus Crivitz, was da alles an Geräten da ist und welche einzelnen Behandlungen in der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung durchgeführt wurden in den letzten Jahren. Das übersteigt in jedem Einzelfall die Mindestzahlen, die da genannt werden, ab wo man überhaupt anfangen könnte, darüber nachzudenken, ob da ein Risiko besteht. Also noch mal ganz deutlich: Diese gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilung ist zwar klein, aber sie erfüllt alle Einzelpunkte, die erforderlich sind, damit sie auch unter allen möglichen kritischen Gesichtspunkten weiterbestehen kann und soll. Das möchte ich mal ausdrücklich klarstellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dankbar bin ich Ihnen auch, auch wenn das nicht zu dieser Debatte gehört, Herr Koplin, dass Sie mal angesprochen haben, dass diese, ja, zulasten der Patienten gehende DRG-Regelung endlich mal überdacht werden muss. Das ist eine Regelung, die eingeführt wurde, um Abrechnungen zu erleichtern. Sie führt zu den sogenannten blutigen Entlassungen, sie führt dazu, dass kranke Menschen früher aus dem Krankenhaus entlassen werden, damit das Budget erhalten bleibt, und führt zu allen möglichen Ungereimtheiten. Man hat sich da auf etwas eingelassen, gutwillig, was, wie wir heute wissen, ein Weg in die Irre war. Man sollte sich dann auch groß genug zeigen, das wieder zu verabschieden.

Fahrt stundenlang zum Kreißaal: Herr Ehlers, die Zahlen haben Sie gerügt, damit meine ich jetzt nicht Crivitz – in der Tat, da ist man wahrscheinlich etwas schneller in Schwerin –,

(Sebastian Ehlers, CDU: Das habe ich doch gar nicht gesagt.)

aber es gibt eben Situationen, beispielsweise, wenn jemand auf der Insel Usedom im hinteren Winkel wohnt, bis der in Greifswald ist, ist es selbst ohne Stau, ohne Stau in der Urlaubszeit und so weiter eine Fahrt von knapp einer Stunde bis zum Kreißaal und so weiter. Also diese Situation gibt es. Im Übrigen sprechen wir hier nicht nur über Parchim und Crivitz, sondern es geht um die Auslastung im ganzen Land mit Kinderstationen, mit gynäkologisch-geburtshilflichen Stationen, und deswegen war diese Ausdrucksweise mit der stundenlangen Fahrezeit eine gewisse Übertreibung. Die kam ja nicht von mir, aber ich rechtfertige sie trotzdem, um deutlich zu machen, dass hier ein Problem vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, und dann – das ist der eigentliche Grund, warum ich hier stehe – haben wir drei Änderungs- oder Dringlichkeitsanträge hier vorliegen, einen von den Kollegen von der Linksfraktion, einen von uns und einen von den regierungstragenden Fraktionen. Die unterscheiden sich natürlich in einzelnen Punkten minimal, aber sie haben eine große Gemeinsamkeit: In Parchim sollen eine Kinderabteilung – nicht als Tagesklinik, sondern im bisherigen Umfang – und eine gynäkologisch-geburtshilfliche Station erhalten bleiben, ohne dass das zulasten der gynäkologisch-geburtshilflichen Station in Crivitz geht, die also auch erhalten bleiben muss. Das ist der gemeinsame Kerninhalt, deswegen stehen wir hier, und da bitte ich eindringlich, vor allem die Kolleginnen und Kollegen aus der Linksfraktion, es ist wichtig, dass dieser Landtag, auch um die Verhandlungen unseres Wirtschaftsministers mit den Gesundheitskonzernen zu stärken,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

dass Sie ein einheitliches Bild abgeben für diese gemeinsamen Ziele.

Und deswegen erkläre ich, wir werden allen drei Dringlichkeitsanträgen zustimmen, und hoffe und bitte darum, dass auch die anderen Fraktionen jenseits aller parteipolitischen Zankerei hier mal deutlich und einheitlich den Willen des Landtages erklären. Das ist unser gemeinsamer Wille. Das wollte ich dringend noch mal sagen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4551. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? –

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4551 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung aller anderen abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4552 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. –

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Ich würde mich bis in den
Erdboden schämen.)

Gibt es Stimmenthaltungen? –

Wir sind in der Abstimmung!

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Das macht nichts.)

Da...

Herr Professor Weber, auch wenn es jetzt emotional ist, aber jetzt reicht es mir und ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie das nicht zu kommentieren haben.

(Unruhe bei Dr. Ralph Weber, AfD)

Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4552 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktion der AfD und beider fraktionsloser Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4555. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/4555 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bahnverkehr stärken – Stilllegungen abwenden und Südbahn retten, Drucksache 7/4341.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Bahnverkehr stärken – Stilllegungen
abwenden und Südbahn retten
– Drucksache 7/4341 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Novembersitzung wurde die Dringlichkeit dieses Antrages abgelehnt, deshalb sprechen wir nun endlich heute über diesen Antrag. Bedauerlicherweise kann das nicht unsere Kollegin Frau Dr. Schwenke machen, die ja eigentlich zuständig ist für die Verkehrspolitik, weil sie, wie Sie ja wissen, eine Operation hatte und leider nicht hier sein kann. Also, liebe Wenke, auch von mir noch mal gute Besserung.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Mignon! Mignon!)

Mignon kümmert sich ja ...

Mignon, nicht Wenke, Mignon, so rum. Also, liebe Mignon, gute Besserung! So ist es richtig, Mignon Schwenke. Meine Güte!

(Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ja, Mignon kümmert sich ja schon sehr lange um dieses Thema, kämpft also schon seit vielen Jahren für die Südbahn. 2013 hat es hier einen Antrag gegeben unserer Fraktion an den Landtag, danach folgte eigentlich ein Antrag dem nächsten, und dank der Beharrlichkeit der Bürgerinitiative „ProSchiene“ und Clemens Russell und Monika Göpper, dem Einsatz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, dann natürlich auch der vielen Bahnenthusiasten, der Wirtschaft auch aus der Region konnte nun ein Teilerfolg errungen werden. Die Landesregierung, Sie haben Zugeständnisse gemacht, dennoch ist der Antragsinhalt weiterhin aktuell, nur die Überschrift vielleicht nicht mehr ganz.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, alle sind erleichtert, dass die Stilllegung von Bahninfrastruktur zunächst bis 2027 vom Tisch ist. Zu begrüßen ist auch ein erweiterter Saisonverkehr der Südbahn am Wochenende, in der Hauptsaison, mit Anbindung von Plau am See. Es ist richtig und gut, dass die Buslinie 27 nicht eingestampft wird

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und es ist auch richtig und gut, dass Bahn, Bus und Rufbus miteinander verknüpft werden sollen. Das sind Fortschritte, und diese Fortschritte erkennen wir selbstverständlich auch an.

Aber – jetzt kommt wieder das berühmte „Aber“ –, aber diese Zugeständnisse können eben auch nur ein Anfang sein. Ein erweiterter Saisonverkehr mit der Bahn ist für die touristische Entwicklung der Region gut, aber für die Pendlerinnen und Pendler, die täglich zur Arbeit müssen,

bringt dies keine Verbesserungen. Auch für alle, die unter der Woche zur Ausbildung, zum Arzt oder aber zum Einkauf mit dem Zug fahren möchten, für diese Menschen ändert sich nichts. Sie sind weiterhin auf den Bus angewiesen. Zudem wird es mit dem Saisonverkehr keine direkte Zugverbindung zwischen den Städten Parchim und Malchow geben.

(Christian Brade, SPD:
Da will ja auch keiner hin.)

Der Saisonverkehr kann somit lediglich als Überbrückung dienen, so lange, bis die Bahn wieder regulär fährt.

Wir fordern weiterhin, dass das Land seine Aufgabe als Aufgabenträger des SPNV wahrnimmt. Das gilt insbesondere auch für den Bahnverkehr auf der Strecke Malchow–Waren. Dort haben Sie die Verantwortung an den Kreis MSE abgegeben, wobei man vor Ort eher darüber spricht, die Verantwortung „aufgenackt“ bekommen zu haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Die Landesunterstützung für diesen Abschnitt reicht nicht, um ein gutes Angebot vorhalten zu können. Die Finanzierung ist nicht auskömmlich, der Betrieb der Strecke Malchow–Waren ist mehr schlecht als recht und nur für die kommenden zwei Jahre gesichert. Zudem muss der Kreistag auch noch grünes Licht für die Weiterfahrt bis Karow geben. Die Zukunft auch dieses Teilstücks der Südbahn ist ungewiss, wenn nicht endlich gehandelt wird. Deshalb fordern wir, umgehend Vorbereitungen für die Ausschreibung zu treffen, die wieder einen regulären Bahnbetrieb auf der gesamten Südbahnstrecke von Hagenow über Waren bis nach Neustrelitz ermöglicht und auch Plau am See wieder ganzjährig an die Bahn anbindet.

Bei der Ausschreibung und Bestellung muss das Land als Aufgabenträger des SPNV auftreten und somit dann den schon angesprochenen Kreis MSE hier auch wieder entlasten. Gelingt es nicht, das umfangreiche Vergabeverfahren innerhalb von zwei Jahren durchzuziehen, muss eine Notvergabe sichern, dass mit Fahrplanwechsel ab Dezember 2021 die Südbahn wieder durchgängig und eben in Landesverantwortung fährt. Die Wiederbelebung der Nord-Süd-Trasse Güstrow–Karow–Meyenburg ist ebenso im Blick zu behalten. Nur in dieser Gesamtbeurteilung kann erhebliches Fahrgastpotenzial für die Südbahn gehoben werden. Entsprechende Verhandlungen mit Brandenburg sind aufzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich sind es vor allem die Kosten, die Sie davon abhalten, den Bahnverkehr auszuweiten. Doch die Sicherung der Mobilität, eben auch eine ganz wesentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, sollte Priorität für Sie haben, sollte Priorität im Land haben. Im Gegensatz zu anderen Ländern setzt Mecklenburg-Vorpommern bis auf einen marginalen Beitrag für das Sondervermögen SPNV keine Landesmittel für die Bahn ein und auch die Bundesmittel kommen keineswegs vollständig der Bahn zugute. Jährlich werden allein rund 21 Millionen Euro für Ausgleichszahlungen im Ausbildungsverkehr abgezapft. Würden dafür Landesmittel eingesetzt, stünde mehr für den Schienenpersonenverkehr zur Verfügung.

Zudem wurde und wird das Sondervermögen SPNV bestückt und umfasst eine Viertelmilliarde Euro. Es wird

für künftige Jahre zurückgehalten, weil die Regionalisierungsmittel pro Jahr abnehmen, aber die Verträge über viele Jahre zu bedienen sind und neue Verträge teurer werden. Das haben wir auch im Ausschuss schon mehrfach besprochen. Verschwiegen wird allerdings, dass bereits 60 Millionen Euro im Topf waren, bevor die Mittelhöhe für den Zeitraum bis 2031 feststand. Das Opfer, und das ist nicht oft genug zu betonen, war und ist die Südbahn.

Vor gut einem Monat beschloss die Bundesregierung, die Regionalisierungsmittel in den kommenden vier Jahren anzuheben. M-V profitiert davon mit rund 36 Millionen Euro und sofort hat Herr Minister Pegel auch betont, dass dies gerade einmal reicht, um das Angebot aufrechtzuerhalten, keinesfalls, um es auszuweiten. Die Bundesratsinitiative Mecklenburg-Vorpommerns, die mehr Geld für die Erweiterung des Angebots im ÖPNV fordert, wurde mehrheitlich angenommen. Die Beschlüsse des Bundeskabinetts und der Länderkammer waren für uns Anlass, den Dringlichkeitsantrag dann im November einzubringen. Mehr Geld heißt für uns auch mehr Bahn.

Die Initiative des Landes für mehr Geld für Bus und Bahn begrüßen wir ausdrücklich. Angesichts der zu erwartenden zähen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zum Klimaschutzgesetz und zu den Steuergesetzen des Klimapaketes wächst der Druck, dass der Bund den Ländern entgegenkommen muss. Die Länderkammer verwies die Steuergesetze in den Vermittlungsausschuss, und es bestehen durchaus reale Chancen für die Bundesratsinitiative, zumal für die Verkehrswende ja die Stärkung der Schiene und der Ausbau öffentlicher Verkehrsangebote sowieso unabdingbar sind.

Deshalb sind die Zugeständnisse in Bezug auf die Südbahn ein Zeichen, aber mehr auch nicht. Aus unserer Sicht ist politisches Handeln gefordert und auch machbar, zumal der Bund bereits signalisierte, bei der Streckenertüchtigung zu unterstützen. Am Geld liegt es aus unserer Sicht nicht, aus dem Sondervermögen SPNV wären Mittel verfügbar. Die Menschen vor Ort verstehen nicht, warum wieder einmal erprobt, dann bewertet und später neu entschieden werden soll. Die Zukunft der Südbahn steht weiterhin auf der Kippe, nichts ist planbar. So kann weder für Fahrgäste geworben werden, noch können Entscheidungen für kommunale Investitionen in Bahnhofsvorplätze für den erleichterten Umstieg von Bahn, Bus, Rufbus und Rad getroffen werden.

Die Südbahn muss wieder fahren, dafür muss der Landtag grünes Licht geben. Wir bitten um Zustimmung zum Antrag, aber auch einer Überweisung in den zuständigen Ausschuss würden wir uns nicht verschließen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Kröger.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 55 Minuten beschlossen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Silvester ist es wieder so weit, „Dinner for One“, und genauso routinierlich wie „Dinner for One“ jedes Jahr mehrfach auf der Tagesordnung steht, kann ich mich auch auf Südbahn-Anträge verlassen. Das Schöne ist, es setzt sich fort das Prinzip des „kleinen Häwermann“, und alle, die das Märchen als Kind gehört haben, wissen, was passiert. Wenn du ständig schreist „Mehr, lieber Mond, mehr!“, dann geht es irgendwann ganz schief. Das ist die Quintessenz dieser Geschichte.

Bei Südbahn-Anträgen, genau wie bei allen anderen, lässt sich immer wunderbar Kamelle werfen. Ja, das ist der Vorteil übrigens von Opposition. Ich stelle mich auf den Wagen und werfe mal hier eine raus und da eine raus. Der Haken ist, dieser Topf ist bemessen. Sie können nicht ewig reingreifen und Bonbons ins Volk werfen, sondern Sie werden zwischen verschiedenen Beteiligten wählen müssen, weil Sie nicht genug Möglichkeiten haben, alle Bedarfe zu bedienen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE – Minister Christian Pegel wendet sich an das Präsidium.)

Können Sie mir noch einen Gefallen tun und einmal auf die Uhr drücken? Das hilft mir total, mich auch selbst zu orientieren. Danke.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Mehr Redezeit.)

Hm?

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Mehr Redezeit.)

Ja, aber ich kriege mich selbst nicht ... Also ich kontrolliere mich zwischenzeitlich mit dieser Uhr, dann ist es sehr hilfreich, sie auch zu sehen.

(Heiterkeit bei Christian Brade, SPD: Du kriegst dich nicht gebremst.)

Hm?

(Heiterkeit bei Christian Brade, SPD: Du kriegst dich nicht gebremst. – Vizepräsidentin Beate Schlupp spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ja, ich habe die Redezeit jetzt drin und ich werde versuchen, pünktlich zu landen. Das ist ja das Entscheidende, wenn wir über Bahnthemen reden.

Meine Damen und Herren, zunächst vielleicht mal das, was wir erreicht haben. Ich finde es ja ganz beachtlich, dass wir noch in den letzten drei Sitzungen ständig die Forderung hatten an diese Landesregierung, ihr müsst die Stilllegung vermeiden. Da haben wir hinter den Kulissen jetzt viel für getan. Die Stilllegungsanträge für zwei Strecken sind vermieden. Wir haben die Rücknahme der Stilllegungsanträge, wir haben eine Gewissheit bis 2027, die im Übrigen Geld aus den Regionalisierungsmitteln kostet, die darüber hinaus die vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte selbst bestellten Verkehre ein bisschen finanziell unterstützt, weil gerade an der Stelle auch

erhebliche Forderungen auf die Trassenentgelte entfallen, die aber aus Sicht des Eigentümers, der all dieses Schienennetz besitzt, nur die Frage sind, kriege ich links Geld oder rechts Geld, ich muss bloß das Gesamtsystem halten.

Zweitens. Wir haben in der Tat im Rahmen des Mobilitätskonzeptes für diese Region Mecklenburgische Seenplatte, vor allen Dingen Ludwigslust-Parchim, einen Teilbetrieb der Südbahn wieder aufgelegt, und zwar für die Tage, an denen der Landkreis, der Kreistag selber sagt, schaut doch mal her, da haben wir die letzten zwei Jahre samstags bestellt und es war eine ganz gute Nachfrage. Für diese Tage schließen wir uns gerne an und probieren aus, ob das, was stetig behauptet wurde, zutrifft.

Aber, meine Damen und Herren, dann bleibt auch das, was ich wiederholt gesagt habe und was DIE LINKE wiederholt bestritten hat, aber mit Worten immer wieder sehr deutlich bekundet. Solange Sie im Kopf haben, die Bahn sei das Nonplusultra und der Bus sei quasi nur was für Bittsteller, solange es nicht gelingt, anzuerkennen, dass Bus und Bahn ein Teil, und zwar gleichberechtigte Teile des Mobilitätsangebotes einer Region sind, solange werden wir ständig auch in diesem Gegensatz sein, zu sagen, eigentlich müsste überall ein Zug fahren, wo es geht.

Bahn ist deutlich teurer, kostet circa das Fünf- bis Sechsfache pro gefahrenen Kilometer, und wenn Sie eine Transportmenge von Menschen haben, wenn Sie eine Nachfrage haben, die Sie mit dem Bus wunderbar hinbekommen, dann wäre es finanziell schwer vertretbar zu sagen, wir geben das Sechsfache aus, um stattdessen Bahn zu fahren, und wissen damit – weil die Bahnmittel eben bemessen sind, Bahn ist teuer, wir kriegen nicht alles, was gewünscht ist, bestellt –, dafür zu wissen, dass ich an anderer Stelle, vielleicht auf zentralen Hauptstrecken dieses Landes, auf einmal weniger machen muss. Denn wenn Sie rechts geben, müssen Sie links nehmen, noch mal: weil der Pott nicht größer wird. Wenn Sie Kammelle werfen, müssen Sie wissen, dass Sie Entscheidungen treffen, ob Sie den einen bedienen oder auf der anderen Strecke was tun.

Und deshalb hat es mit dem Landkreis und dem Landrat hier auch keinen Gegensatz gegeben, sondern das, was Sie hier finden, ist ein gemeinsam getragenes Mobilitätskonzept, das genau deshalb Teile der Bahn, aber vor allen Dingen auch Teile des Busbereiches betrifft.

Erstens. Bislang fahren wir bis Parchim und finden zum Teil keinen vernünftigen Anschluss in das Bussystem. Der Landkreis wird sicherstellen, dass genau das künftig anders sein wird.

Zweitens. In den Abendstunden landen wir mit Zügen in Parchim, haben aber keine Anbindung mehr, die seitens des Busses dann in den Landkreis hineinführt. Auch das, hat der Landkreis zugesagt, will er verändern, sodass jeder Zug, der in Parchim anlangt, auch wirklich eine Vollendung in den Landkreis hinein über das Bus- und das Rufbussystem erfährt, damit du als Fahrgast dann auch tatsächlich in deine jeweilige Gemeinde kommst.

Drittens. Während der Saison, es ist angesprochen für die Samstage und Sonntage, werden wir drei Züge hin- und zurückschicken, die dann ganz stark den touristischen Verkehr aufnehmen. Da war die Kritik, ja, aber ihr

habt die Pendler vergessen. Und dann ist meine Kritik, nee, das kommt von Ihrem separatistischen Denken. Wenn Sie mal Mobilität als Mobilitätsangebot denken, dann ist Bus und Bahn das Gleiche, es ist nämlich ein Angebot für Mobilität.

(Beifall Christian Brade, SPD)

Und was wir dort in den letzten Jahren erreicht haben über das Anrufsammeltaxi, über das Rufbussystem, vermutlich 60.000 Fahrgäste mehr, Christian Brade kann das im Zweifel besser als ich, aber circa 60.000 Fahrgäste mehr erwartet der Busbetrieb alleine in Ludwigslust-Parchim in diesem Jahr, dann zeigt das, wie stark das Rufbussystem, was am Ende von uns gemeinsam in dieser Region entwickelt worden ist, an der Stelle beigetragen hat, Mobilität vor allen Dingen in die Dörfer zu tragen. Wir schaffen also für die Pendlerinnen und Pendler vor allen Dingen eine weitere Verbesserung auf der Südtrasse unter den Tagen. Am Wochenende in der Saison werden wir darüber hinaus für den touristischen Verkehr mit der Bahn für die dann hoffentlich größeren Mengen an zu befördernden Personen mit der Bahn, die mehr Menschen mitnehmen kann, ein adäquates Zusatzangebot schaffen.

Der Kreis hat im Übrigen angekündigt, dass er auf der Südbahntrasse, deren Busliniennummer ich mir nicht merken konnte, ...

(Christian Brade, SPD: 77.)

77, vielen Dank.

... nicht mehr zweistündlich wie bislang fahren will, sondern künftig stündlich, was er in Teilen des Landkreises im Übrigen schon tut. Von daher ist das auch nur ein Stück weit eine Angleichung innerhalb des Landkreises, aber auch da verbessern wir vor allen Dingen für Pendlerinnen und Pendler an den Werktagen die Verfügbarkeit. Wenn ich nämlich jede Stunde mit meinem Bus zurückkomme, dann traue ich mich morgens auch, mit dem hinzufahren, weil es dann abends egal ist, ob es vielleicht doch mal 10 Minuten länger dauert an irgendeiner Stelle. Ich habe spätestens 50 Minuten später den nächsten Anschluss. Wenn ich das nur alle zwei Stunden habe, muss ich sehr gewisse Arbeitszeiten haben, ansonsten lasse ich mich auf so ein Angebot oft nicht ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kritik war, es gäbe keine direkte Verbindung zwischen Parchim und Malchow. Das stimmt. Das ist der Haken, wenn Sie quasi eine T-Kreuzung haben. Sie haben eine Ost-West-Verbindung, das ist die Strecke Parchim-Malchow, und von der geht nach Süden ab, da geht nach Süden ab die Strecke nach Plau, die im Übrigen weit vor der Einstellung der Südbahn schon nicht mehr bedient worden ist. Und jetzt stand die Variante, koppeln wir Plau wieder ab und müssen es dann über den Bus anbinden oder gehen wir davon aus, dass Plau ein zentrales touristisches Zentrum in dieser Großregion ist, und versuchen daher, Plau mit der Bahn vernünftig angebunden zu halten.

Deswegen haben wir uns entschieden, in Karow abzubiegen, in Anführungszeichen, Richtung Plau – also gen Süden – zu fahren und umgekehrt die Mecklenburgische Seenplatte zu bitten, zumindest auf einen Teil dieser Züge, die wir jetzt einrichten, von Berlin aus dann über Malchow zukommend Richtung Karow die Anbindung zu

schaffen, damit, egal ob ich als Gast aus Berlin komme oder aus Hamburg, ich in beide Richtungen hin- und zurückkomme. Aber noch mal, entscheidend war für uns, dass wir dann, wenn wir touristisch agieren, gerade ein zentrales Herzstück dieser Region, nämlich Plau, vernünftig mit der Bahn mit anbinden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Soweit Sie sagen, Mensch, da müsst ihr auch gleich der Mecklenburgischen Seenplatte den Vertrag Malchow wegnehmen, vielleicht auch den zweiten zwischen Neustrelitz und Mirow, von alldem würde ich abraten. Erstens haben wir einen Vertrag bis 2027 geschlossen. Da hat ein Landkreis sich drauf eingestellt und dann darf er sich darauf einstellen und kann erwarten, dass wir damit vernünftig umgehen. Zweitens, wir haben ihn auch hier finanziell, wie gesagt, verstärkt. Das war der Druck, der bei ihm entstanden ist, um seinen Vertrag zumindest die nächsten zwei Jahre aufrechterhalten zu können. Dass dort aber jetzt, in Anführungszeichen, „nur“ zwei Jahre gefahren wird, hat was mit der Notvergabe zu tun, die der Landkreis durchführt, weil in seiner regulären Ausschreibung keine verlässlich vernünftigen Angebote eingegangen sind. Die Mecklenburgische Seenplatte selbst wollte also sehr gerne einen Vertrag bis 2027 schließen und ich gehe davon aus, das werden sie in den nächsten zwei Jahren auch weiterhin bemühen.

Zu guter Letzt, die ganzen Hinweise zu sagen, Mensch, eigentlich – das ist ja sozusagen die Überschrift –, eigentlich strotzt ihr als Land vor Geld und enthält es den Leuten bloß vor: Das Sondervermögen haben wir eingerichtet, damit wir nicht in Fünfjahreszyklen denken. Das kann man ja gerne fordern, ich halte das bei Infrastruktur für eine Katastrophe. Infrastruktur können Sie nicht in Legislaturperioden denken, sondern es ist immer ein langfristiges Geschäft und nur so macht sie Sinn.

Und wenn Sie das tun, müssen Sie auch den Betrieb auf der Infrastruktur, also den Bahnbetrieb, langfristig denken. Wir schließen Verträge, die 12 bis 15 Jahre laufen, langfristig, für die nächsten Generationen. Und wir haben uns immer angeguckt, was uns der Bundshaushaltsgesetzgeber bis 2031 zugesagt hat. Dafür gibt es ein Regionalisierungsgesetz. Wir wissen, was kommt, aber wir wissen eben auch, dass zwischen 2016 und 2023 alleine ein Defizit, ein Mindereinnahmebetrag von über 20 Millionen steht, aufsummiert auf 15 Jahre über 50 Millionen. Die mögen sich jetzt reduzieren mit den neuen Zusagen des Bundes, aber zunächst sind wir genau davon ausgegangen und darauf haben wir das Sondervermögen angelegt, in der Idee, dass den Verkehr, den wir 2016 hatten, wenigstens der auch 2031, meine Kinder, die dann schon volljährig hoffentlich sind, noch sehen werden und nicht heute wir Sekt und Schaumwein ausgeben und ich meinen Töchtern jetzt schon mal sagen kann, ab 2025 müsst ihr den Zugverkehr weit unter das heutige Niveau drunter fahren, weil ihr es euch nicht mehr leisten könnt, sondern versucht, mit dem Sondervermögen einen Korridor zu schaffen, der finanziell sagt, das, was wir heute haben, kann sich auch 2031 noch geleistet werden, um damit an künftige Generationen zu denken.

Da ranzugehen, hielte ich für wahnsinnig, es ist nämlich dann Verrat an den nächsten Generationen. Es geht nur, wenn Sie zusätzliches Geld ins System tun, und vor dem Hintergrund ist es eben nicht ganz so leicht zu sagen, wir geben noch mal hier was hin oder dort was hin. Wenn

man das denn tut, weil man Mehreinnahmen hat, dann, finde ich im Übrigen auch, muss man mal alles auf die Liste schreiben, was an Wünschen im Bereich der Regionalisierungsmittel im Land noch ist. Da ist nämlich mehr als die Südbahn. Da gibt es die Anbindung Richtung Berlin, die Richtung Hamburg, HVV, VBB, es gibt Wünsche, stündlich nach Hamburg und nach Berlin zu verkehren, sowohl von Stralsund als auch von Rostock Richtung Hamburg. Sie haben da also einen Wunschkanon und wenn man tatsächlich mehr Geld hätte, dann muss man mal ernsthaft abwägen, was können wir tun, denn alles werden wir uns leider nicht leisten können. Und dann bin ich sehr dafür, nicht mal hier, mal da eine Einzelfallentscheidung zu treffen, sondern dann brauchen Sie ein rationales System.

Ich danke Ihnen. Ich hoffe, dass wir mit unserem klaren Bekenntnis, Stilllegungen zu vermeiden, den wichtigsten Auftrag, der in den letzten Monaten immer wieder diskutiert ist, abgearbeitet haben. Dass jetzt der Ruf kommt, aber dann bitte noch mehr, kann ich nicht ganz so leicht erfüllen. Wir sollten jetzt erst mal ausprobieren, wie genau das gelingt, was wir uns da vorgenommen haben. In drei Jahren wird die erste Zäsur sein. Man wird prüfen, haben wir die Ziele erreicht. Ich freue mich, wenn es da demnächst losgeht, und dann wird sich hoffentlich auch zeigen, dass das Angebot aus Bus und Bahn mit der neuen Qualität deutliche Steigerungen bringt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als ich das letzte Mal zu diesem Thema gesprochen habe, habe ich der Landesregierung Sturheit und vor allem Tatenlosigkeit vorgeworfen. Das

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Nehmen Sie zurück.)

möchte ich heute

(Christian Brade, SPD: Zurücknehmen.)

nicht mehr machen. Sie ist tätig geworden, allerdings, Begeisterungstürme sind nicht ausgebrochen.

Lobend erwähnen kann man an der Stelle, die Strecke ist zumindest vorläufig gesichert. Allerdings verkehren die Züge, wir haben es gehört, nicht durchgehend, sondern nur auf Teilstücken, und das auch nur saisonal und dann auch nur am Wochenende. Für den Tourismus ist das sicher ein Gewinn, aber es ist so keinem einzigen Pendler geholfen. Man kommt mit dem Zug nicht zur Arbeit, man kann die Einkäufe so nicht erledigen, man kommt so nicht zum Arzt. Frau Kröger hat es in ihrer Einbringung gesagt.

Ja, die Trasse ist sicher bis 2027. Eine große Aufwertung für den SPNV, so, wie es häufig dargestellt wird, ist es aber noch lange nicht. Die heilige Kuh der Verkehrswende werden Sie so nicht vom Eis bekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Was mir ebenfalls fehlt, ist ein Konzept für weitere Nutzungsmöglichkeiten. Wenn Sie schon 8 Millionen Euro in die Hand nehmen, warum versuchen Sie nicht im gleichen Zuge, diese Trasse dann auch einer breiteren Nutzung zuzuführen? Wenn Personenzüge als Option nicht infrage kommen, weil die Fahrgastzahlen zu gering sind, dann muss sich eben etwas anderes auf dieser Schiene bewegen. Ich möchte hier erneut auf die Möglichkeit aufmerksam machen, dass eine wenig befahrene, jedoch finanzierte Bahnstrecke durchaus auch als Teststrecke für neuartige Züge, Antriebssysteme, Verladensysteme oder auch für den Güterverkehr genutzt werden kann.

Bei aller Kritik möchte ich Sie zu guter Letzt trotzdem noch ermuntern, weiter am Ball zu bleiben, denn hier ist wesentlich mehr drin als bisher geschafft. Zeigen Sie den Menschen in der Region, dass auch sie ein Anrecht auf eine angemessene Infrastruktur haben! Zeigen Sie, dass Sie das Thema Verkehrswende ernst meinen, dann glauben wir es auch vielleicht eines Tages! Zeigen Sie, dass der ländliche Raum ebenso eine Lebensqualität zu bieten hat wie die Metropolregionen!

Sehr geehrte Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag stimmen wir als Fraktion zu und auch einer Überweisung würden wir uns nicht verschließen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arpe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will das gleich vorwegnehmen, vonseiten meiner Fraktion wird dieses Mobilitätsangebot, wo unmittelbar, nachdem der Bund beschlossen hat und entschieden hat, die Regionalisierungsmittel aufzustocken, gehandelt wurde und dieses Mobilitätsangebot für die Region entlang der Südbahn auf den Weg gebracht wurde, das wird von meiner Fraktion ausdrücklich begrüßt. Natürlich kann man immer mehr verlangen.

Wenn wir aber ein Stück weit auf die Historie im Zusammenhang mit der Südbahn schauen, gibt es hier eine Ausgangssituation, und das ist auch schon noch mal deutlich gesagt worden, dass ja der Kilometer Zug im Vergleich zum Kilometer Busverkehr das Fünf- bis Sechsfache an Kosten verursacht. Das war ja die Ausgangssituation 2014, als die Strecke nicht durchgängig bestellt worden ist. Und wenn wir heute darüber reden, dass also zumindest für den saisonalen Betrieb ein Lösungsansatz gefunden worden ist, schließt das ja nicht aus, dass wir uns weiterhin damit befassen und durchgängig an der Mobilität in dem Mobilitätskonzept für die betreffende Region weiter arbeiten und sie ausbauen werden.

Das Wesentliche dabei ist, dass dieses Mobilitätskonzept in Abstimmung mit den betroffenen Landkreisen erfolgt ist, also in der Abstimmung auf die Bedarfe, auf die Mobilitätsbedarfe in der Region insgesamt. Und wie gesagt, ich mache das also noch mal sehr deutlich, dass das von meiner Fraktion ausdrücklich begrüßt wird. Und das Wesentliche bei den vielen Beratungen und Debatten, die wir hier im Landtag geführt haben, war ja auch als Position meiner Fraktion, dass wir also einer Stilllegung

oder einem Rückbau der Infrastruktur in keinem Fall zugestimmt hätten. Insofern ist dieses vorliegende Angebot, dass also auch in die Infrastruktur in Höhe von 8 Millionen in Zukunft investiert werden soll, ein ganz klares Zeichen, dass man an der Weiterführung, an der Verbesserung der Mobilität entlang der Südbahn arbeiten wird, und ich bin da sehr zuversichtlich, dass wir in zwei, drei Jahren eine andere Situation haben.

Ich möchte aber an dieser Stelle auch alle diejenigen auffordern, die bisher dafür geworben haben, dass der Zugbetrieb wiederaufgenommen wird, dass dieses vorliegende Angebot eben auch entsprechend beworben wird und den Menschen vermittelt wird, dass also die Nutzung des Schienenverkehrs dann auch entsprechend wirkt. Das ist ja auch noch mal in der Rede des Ministers dargelegt worden, dass man auch evaluieren wird, wie das vorliegende Angebot in Anspruch genommen wird, weil natürlich auch in Zukunft die Auseinandersetzung in der Wirtschaftlichkeit eine wesentliche Frage darstellen wird. Das Angebot und die Nachfrage in Bezug auf die Regionalisierungsmittel sind ja mehrfach in diesem Hause auch besprochen worden und es hilft niemandem weiter, wenn wir hier über Wolkenkuckucksheim reden. Also meine Aufforderung ist auch, dieses Angebot zu bewerben, und ich denke, dass das in der Region auch entsprechend ankommt. Gerade für die Touristiker und in der Zeit der Saison ist das ein richtiger Schritt, um die Mobilität in der Region zu verbessern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und

(Andreas Butzki, SPD: Frohes Fest!)

wir stimmen dem Antrag aus diesem Grund natürlich nicht zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Brade.

(Thomas Krüger, SPD: Erschrick dich nicht!)

Christian Brade, SPD: Hm?

(Thomas Krüger, SPD: Erschrick dich nicht! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Fraktion DIE LINKE, so kurz vor Weihnachten hätten Sie es sich ziemlich leicht machen können, mit einem einfachen Satz, der da lautet: Die Südbahn rollt, die Bagger können zu Hause bleiben und wir ziehen unseren Antrag zurück. Aber nein, das haben Sie nun nicht getan, also debattieren wir heute über unsere Südbahn,

(Heiterkeit bei
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Und das ist gut so! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

jene Südbahn, deren Erhalt lange auf der Kippe stand, jene Südbahn, die von vielen schon totgesagt wurde.

Nun konnte im November nach intensiven Gesprächen mit Initiativen, Landräten, Kreisverbänden und weiteren

Akteuren vor Ort zusammen mit Infrastrukturminister Christian Pegel und dem Chef der Staatskanzlei Heiko Geue der Erhalt der Mecklenburger Südbahn verkündet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das ist gut so!)

Wir investieren 8 Millionen Euro, um die Südbahn zur Hauptsaison von Himmelfahrt bis Ende August an den Wochenenden wieder fahren zu lassen, samstags und sonntags jeweils drei Züge. Das Fortbestehen der Südbahn ist damit bis 2027 gesichert, die komplette Stilllegung konnte verhindert werden. Dafür möchte ich mich auch noch mal bei CdS Heiko Geue und unserem Minister Christian Pegel bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber unseren größten Dank verdienen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die nicht aufgegeben haben, demonstrierten, marschierten, Initiativen gründeten, Unterschriften sammelten, um so auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Dieser Erfolg gehört vor allem ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Dass die Akteure vor Ort die jetzigen Ergebnisse auch als Erfolg empfinden, konnte man den Statements in den Gazetten des Landes bereits entnehmen und so wurde es mir auch in persönlichen Gesprächen übermittelt. Aber nein, das, was verkündet wurde, nämlich der Fortbestand der Südbahn, geht den LINKEN und den GRÜNEN nicht weit genug, so wie bei eigentlich allen Entscheidungen, die die Landesregierung trifft. Erst mal das Komplettpaket fordern, und finanzieren sowie umsetzen können dann die anderen.

Aber wenn Sie die vollständige Wiederherstellung der alten Bahnverbindung fordern, dann müssen Sie den Leuten auch erklären, dass der Schienenersatzverkehr wieder eingestellt wird und das einmalige System des Rufbusses nicht mehr funktionieren wird. Freuen Sie sich doch einfach mit uns, dass wir den Weiterbetrieb bis 2027 sichern konnten, sich die Regierung bei diesem Thema deutlich bewegt hat

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und wir mit dieser Entscheidung den ländlichen Raum nicht abschreiben, sondern stärken! Und wir sind die Fraktion, die sich besonders für die Stärkung des ländlichen Raumes einsetzt und das auch umsetzt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Dr. Ralph Weber, AfD, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Was mich ebenso an Ihrer Argumentation zu diesem Thema stört, ist, dass Sie die Erhöhung der Taktzahl der Busse zwischen Parchim, Lübz und Plau am See vollkommen ausklammern. Sie bemängeln, dass die Pendlerinnen und Pendler leer ausgehen, dass die Menschen, die zum Arzt, zum Supermarkt oder zum Friseur wollen, von dieser Lösung nicht profitieren und mit der Bahn nicht vom Fleck kommen. Doch Ihre Argumentation

stimmt so nicht, sie hinkt, denn zusätzlich zur nun wieder rollenden Südbahn haben wir die Linie 77 gestärkt. Diese fährt ab dem nächsten Fahrplan stündlich zwischen Plau und Parchim, insbesondere, um die Pendler in unserer Region zu ihrer Arbeit zu bringen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, SPD)

Diese stündliche Taktzahl, gepaart mit unserem Rufbusssystem, bringt die Menschen von jedem kleinen Kleckerdorf zur Arbeit, zum Arzt, zum Sportverein und auch zum Friseur.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich sage Ihnen, es ist den Leuten egal, mit welchen öffentlichen Verkehrsmitteln sie zur Arbeit und zum Einkaufen oder zum Arzt kommen. Die Hauptsache ist doch, dass sie dort ankommen, wo sie hinfüssen. Und das ist auch unser Hauptanliegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Schwarz, SPD: Jawohl, Herr Brade!)

Ich fasse also noch einmal zusammen: Im Landkreis Ludwigslust-Parchim sind wir jetzt gut aufgestellt. Durch die Erhöhung der Taktzahl der Busse, die Wiederaufnahme des Betriebs der Südbahn und ein Rufbusssystem, um das wir landes-, wenn nicht sogar bundesweit beneidet werden, können wir größtenteils gewährleisten, dass Jung und Alt von A nach B kommen, und das auch ohne Pkw, im Stundentakt. Das System Rufbus wird weiter ausgebaut und für die individuellen Bedürfnisse vor Ort optimiert. Wir sind da insgesamt zwar noch lange nicht am Ziel angekommen, aber auf jeden Fall auf einem guten Weg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Renz, CDU: Siehste!)

In Bezug auf die Südbahn wird man jetzt die ersten Zahlen abwarten müssen, von wem und vor allem wie oft dieses Verkehrsmittel genutzt wird, um dann weitere Schritte einzuleiten. Es liegt nun also an uns, nicht an uns Politikern, sondern an uns Nutzern, dieses schienengebundene Angebot auch wahrzunehmen.

(Beifall Bernhard Wildt, CDU –
Torsten Renz, CDU: Genau. Wie
siehts bei Ihnen persönlich aus?)

Denn nur ein Angebot, welches nachgefragt wird,

(Martina Tegtmeier, SPD:
Der lässt sein Fahrrad stehen.)

hat auch seine Daseinsberechtigung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich kann abschließend nur versprechen, dass wir dieses Thema nicht aus den Augen verlieren.

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Die Signale für die Südbahn,

(Glocke der Vizepräsidentin –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

die Signale für die Südbahn stehen auf Grün,

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

also nutzen wir sie!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und fahren Sie alle Bahn!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Renz, CDU: Und selber?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

(Torsten Renz, CDU: Meine Zwischenfrage
lautet: Wie oft haben Sie die Südbahn
schon selbst genutzt?)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! So kurz vor Weihnachten, denke ich, kann man und muss man einfach mal Danke sagen, und ich möchte Danke nicht an die Landesregierung sagen,

(Andreas Butzki, SPD:
Kann man aber auch machen!)

sondern ich möchte mich für das Engagement der Bürgerinitiative „ProSchiene“ bedanken, die seit 2013 nicht müde wird, für die Südbahn zu kämpfen. Dies war für die Linksfraktion ein Grund, die Bürgerinitiative für ihr Engagement auch mit dem Courage-Preis auszuzeichnen. Sie ist das beste Beispiel, was zeigt, dass Menschen doch etwas bewegen können und so beweisen, dass nicht Meckern hilft, sondern Miteinander-Reden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und genau das wollen wir auch mit Ihnen tun, wobei ich zugeben muss, dass mir die Kommunikation heute mit Ihnen sehr schwerfällt. Wenn zu unseren Anträgen Worte wie „Wolkenkuckucksheim“ et cetera fallen, dann fällt mir das wirklich nicht leicht, hier sachlich Ihren Argumenten zu begegnen, aber ich versuche es mal.

Zunächst mal erkennen wir natürlich das Engagement oder die Leistung der Landesregierung an, dass die Stilllegung der Südbahn abgewendet wird. Das war für uns alle, denke ich, im Landkreis Ludwigslust-Parchim ein großes Zeichen, aber es geht uns halt nicht weit genug. Und ja, das ist so. Worum geht es? Es geht darum, den Menschen von Hagenow bis Waren an der Müritz eine Alternative zum Auto zu bieten, Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren durch ein Bahnangebot überhaupt am Leben teilhaben zu lassen.

Und ich möchte das mal an einem Beispiel deutlich machen, was konkret unser Anliegen ist. Die jetzt gefundene Lösung ist nur für den Tourismus gut, nicht für die Men-

schen in Plau am See, Passow et cetera. Gerade vor zwei, drei Wochen bin ich mit meinen Aus-dem-Landtag-Gesprächen in Passow gewesen. Ich habe dort eine Frau getroffen, die mir berichtete, dass sie mit dem Auto immer nach Parchim fahren müsste. Gerade aber die jetzt gefundene Lösung auch mit dem Rufbus, was zurzeit aktuell sozusagen vorhanden ist in Passow, ist aber nicht dazu geeignet, dass sie auf ihr Auto verzichten kann. Sie muss früh um 5.00 Uhr losfahren, will sie überhaupt um 7.00 Uhr in Parchim sein. Ebenso verhält es sich auf der Rückfahrt. Sie sagte, das ist unnormal, und sie sagte uns, dass eben der Rufbus keine Alternative zur Südbahn sei. Der jetzige Kompromiss hilft also dieser Frau nicht, die in Passow lebt, es hilft halt nicht den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort, alleine den Touristen.

Und da finde ich es falsch, Herr Pegel, dass Sie unsere Anträge als Märchen diskreditieren. Das kann man machen, aber ich finde das einfach nur unredlich an dieser Stelle hier. Bus und Bahn sind nicht das Gleiche, Herr Pegel, das wissen Sie genau. Bus dauert länger, wird vom Landkreis finanziert, Bahn geht schneller und wird vom Land finanziert, und auch das darf man nicht aus dem Auge verlieren. Erzählen Sie mal der Frau in Passow, dass es zu Verbesserungen kommt! Da bin ich gespannt, wie diese Frau auf Sie reagiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die wird Sie auslachen!)

Denn gerade für diese Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, die Tag für Tag überlegen, wie sie zur Arbeit kommen, und dafür viele Kilometer auf sich nehmen, machen wir Politik. Deshalb werden wir weiter kämpfen für eine Südbahn, die das ganze Jahr fährt, vom 01.01. bis zum 31.12.,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

jeden Tag, ununterbrochen.

Und, Herr Pegel, Sie warfen uns ja vor, ja, wir haben einen Kompromiss gefunden

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und jetzt kommt die Linksfraktion und macht jetzt den Ruf nach Mehr.

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Nein, Herr Pegel, dem muss ich widersprechen. Die Linksfraktion war es, die von Anfang an dafür gekämpft hat, dass die Südbahn 365 Tage im Jahr fährt und eben nicht nur auf ein saisonales Angebot für Touristen beschränkt ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Was ich hier sehe, ist, dass Sie einen Kompromiss gefunden haben, der eine Schmalspurvariante darstellt, und der Grund ist wie immer das Geld – das Geld, das Geld, das Geld! Wissen Sie, Herr Pegel, diese Leier höre ich wirklich schon seit Jahren, kein Geld, und trotzdem mussten Sie einknicken und nachbessern,

(Christian Brade, SPD: Bis Sie es begreifen!)

was gut ist jetzt für die Touristen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich denke, dieses Einknicken geht auch im Sinne der Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort

(Andreas Butzki, SPD:
Mehr, mehr, mehr!)

und eben nicht nur auf den Tourismus beschränkt.

Meine Kollegin Eva-Maria Kröger hatte in der Einbringung schon dargelegt, dass wir deshalb die gegangenen Schritte begrüßen. Die Südbahn ist vorerst gesichert, Bus und Bahn sollen aufeinander abgestimmt werden. Das ist gut, aber ich möchte daran erinnern, was Sie fordern, nämlich mehr Mobilität im ländlichen Raum. Aber gleichzeitig sind Sie selber nicht bereit, dies auch umzusetzen, denn an demselben Tag, als das Gespräch in der Staatskanzlei zur Südbahn stattgefunden hat, am 18. November, trafen sich eben auch die Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag und den Landesparlamenten in Schwerin. Sie berieten über Mobilitätskonzepte für Städte und ländliche Räume,

(Thomas Krüger, SPD: In der Tat.)

es wurde erkannt, dass öffentliche Mobilität die Herausforderung der kommenden Jahre ist. Ja, richtig, in der Tat, so wurde es gerade vom Fraktionsvorsitzenden begrüßt. Auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig erklärt immer wieder, dass die Verteuerung von Treibstoff diejenigen besonders trifft, die mangels öffentlicher Verkehrsangebote keine Alternative zum Auto haben. Sie selbst fordert mehr Bahn. Ja, da geben wir Ihnen recht, vollumfänglich, Frau Schwesig.

Und dann hören wir noch als Nächstes den Präsidenten des Deutschen Tourismusverbandes und gleichzeitig Finanzminister unseres Landes Herrn Reinhard Meyer. Er betonte auf dem Deutschen Tourismustag in Rostock, dass ein großes Arbeitsfeld die umweltfreundliche Anreise zum Urlaubsort sei. Dabei spiele die Deutsche Bahn eine zentrale Rolle. Sie solle sich bei Investitionen nicht nur auf Hauptstrecken konzentrieren, das Hauptthema sollte der ländliche Raum in den Tourismusregionen und strukturschwächeren Räumen sein. Diese Worte von Herrn Meyer und Frau Schwesig erscheinen angesichts des gefundenen Kompromisses als nichts denn hohle Phrasen, wenn nicht auch so gehandelt wird, dass eben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die entlang der Südbahnstrecke leben, eben auch durch Mobilität wieder angebunden werden.

Sie haben die Macht dazu, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, regieren doch und bestimmen eben, was läuft. Die CDU ist es sogar, die eine Mobilitätsgarantie fordert. Dabei will ich es belassen, denn was die Südbahn angeht, ist es nicht die CDU, die auf der Bremse steht, sondern es war bisher immer aus unserer Sicht die SPD.

(Christian Brade, SPD: Was?!)

Die Verbesserung des Schienenersatzverkehrs mit der Buslinie 77, das wurde hier heute schon mehrfach angedeutet, ist richtig, aber nur, solange der Zug nicht ganzjährig fährt. Das ist aus unserer Sicht also eine Zwischenlösung. Der Bus ist eben kein Ersatz für eine gute Bahnverbindung.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative „ProSchiene“, alle, die draußen vor der Staatskanzlei gespannt auf das Ergebnis warteten, aber vor allem die Menschen an der entsprechenden Strecke, die in Passow, Plau am See et cetera, die an der Südbahnstrecke wohnen, sind jedenfalls nicht zufrieden mit dem Ergebnis. Gehen Sie hin, erkundigen Sie sich und fragen Sie sie selber!

Der Kampf um die Südbahn bewirkte zumindest, dass sich der Kreistag in Ludwigslust-Parchim fraktionsübergreifend einig ist. Mit einstimmigem Beschluss beauftragte er den Landrat, den Abschluss eines Trassensicherungsvertrages inklusive eines Investitionsrahmenvertrages beim Minister einzufordern. Jetzt steht der Kreistag vor neuen Herausforderungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Stilllegung ist abgewendet. Jetzt müssen wir uns auf Kreisebene zusammenschließen, um das integrierte Bus-Bahn-Rufbus-Konzept erfolgreich umzusetzen. Es gilt, so viele Menschen wie möglich an die Bahn zu bekommen, wenn sie dann schon an den Wochenenden drei Monate lang fährt. Und es gilt, die Buslinie 77, die mit einstündigem Takt deutlich attraktiver wird, ganzjährig zu nutzen. Schnell muss auch umgesetzt werden, dass die Haltestellen von Bus und Bahn räumlich zusammenliegen. Das konnten wir vorhin in der Einbringungsrede von Herrn Pegel hören. Wir müssen jetzt gemeinsam beweisen, dass mehr Attraktivität auch mehr Fahrgäste bringt. Das muss nach außen getragen werden. Dazu rufe ich alle Abgeordneten aus der Region auf.

(allgemeine Unruhe)

Allerdings sehen wir auch, dass das Land parallel mit der Vorbereitung der Ausschreibung beginnen muss. Die Vorinformation über die geplante Ausschreibung muss umgehend erfolgen. Ziel ist, mit dem Fahrplanwechsel – und auch das hatte Frau Kröger schon in der Einbringungsrede gefordert –, mit dem Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2021 wieder durchgängigen SPNV, das heißt, die durchgängige Bahnfahrt auf der Südbahnstrecke zu fahren, und das ohne etliche Umstiege, wo noch nicht geklärt ist, wo man überhaupt hinkommt.

Die Schiene ist das Rückgrat für den öffentlichen Verkehr. 300 Kilometer Bahnstrecke wurden bereits in Mecklenburg-Vorpommern stillgelegt. Nicht einen weiteren Kilometer dürfen wir weiter opfern. Wo es geht, müssen Strecken erhalten und wiederbelebt werden. Gut verknüpft mit Bus und Rufbus kann die Regionalbahn die Mobilität flächendeckend auch im ländlichen Raum sichern, was auch Ihrem eigenen Anspruch zugutekommen dürfte und Sie sich selber eigentlich daran gebunden sehen müssten. Die Region südliches Mecklenburg soll Blaupause sein, wie wir in allen Landesteilen die Mobilität sichern können. Deshalb bitte ich noch mal eindringlich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte jetzt doch noch mal ans Pult gehen,

(Andreas Butzki, SPD:
Das haben wir erwartet. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

weil ich doch eine besondere Beziehung auch zu der Südbahn habe und vielleicht ein paar Dinge noch mal sagen möchte.

Vieles von dem, was Frau Bernhardt gesagt hat, das trage ich natürlich zu hundert Prozent, aber nicht alles. Und ich will auch zu dem Antrag als solchem etwas sagen. Ziel, Frau Bernhardt, Ziel ist und bleibt auch vor Ort immer, dass die Südbahn im originären Verkehr wieder fährt für Pendler, mit allem Drum und Dran.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Genau. Danke!)

Das haben wir auch gesagt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Danke, Herr Waldmüller!)

Und wenn wir jetzt noch mal kurz in die Historie reingehen, dann muss man ja auch noch einmal überlegen, warum damals eben dann nicht mehr weiter bestellt wurde. Viele sagen, ja, Kosten, aber vor allen Dingen Kosten im Vergleich zu den Nutzern. Und die Ursache damals waren nicht die wenigen Nutzer, sondern die Ursache war damals, dass die unterschiedlichsten Verkehrsträger im Wettbewerb zueinander gefahren waren und der eine Wettbewerber, die Bahn, eben gar nicht dieses Maß an Nutzung eben erfahren konnte. Das ist eigentlich die ursprüngliche Ursache, und die ist bis heute nicht behoben. Das haben wir bis heute nicht. Und deswegen gibt es diese lange Geschichte und wir haben im Kreistag immer wieder dafür gekämpft und haben auch dann einen Beschluss gefasst, dass wir direkt mit der Ministerpräsidentin verhandeln wollen, was den Kreis angeht. Die Ursache, warum wir den Beschluss gefasst haben, will ich jetzt lieber nicht sagen, aber das war so.

Und letztendlich hat es dann eine Zeit lang gedauert, fast ein Jahr, und dann ist der Termin zustande gekommen. Das war, glaube ich, im Juni oder irgendwie so, Juni oder Juli in der Staatskanzlei. Da war Herr Geue gerade als neuer CdS eben eingesetzt. Und da sind wir dann auf Ohren gestoßen, sage ich mal so, und seither war eine gewisse Offenheit. Und es hat auch eine gewisse ..., Euphorie will ich nicht sagen, aber eine gewisse neue Hoffnung ausgelöst, dass man sich mit dem Thema noch mal ernsthaft befasst.

Und das ist jetzt auch passiert, weil durch den Stilllegungsantrag, der ja erfolgt ist, wäre es fatal gewesen, weil diese Infrastruktur dann für immer und ewig weg gewesen wäre, weil automatisch dann ein Rückbau nicht mehr aufzuhalten gewesen wäre und so weiter, dann wäre die Infrastruktur als solche weg gewesen. Und deswegen ist es gut und da kann man nur Danke sagen, dass die Stilllegung abgewendet worden ist, überhaupt keine Frage. Da muss man den Leuten, die vor Ort immer dafür gekämpft haben, und natürlich den Bürgerinitiativen Danke sagen, überhaupt keine Frage, aber auch für die Erkenntnis, dass das nicht sein soll, auch danke dann an die Landesregierung, überhaupt keine Frage.

Und jetzt kommt es aber dazu, was ist denn das Ergebnis. Und da will ich auch zu Ihrem Antrag kommen, wa-

rum wir da nicht zustimmen: Weil ich sage, wir waren ja alle dabei, auch alle Fraktionsvorsitzenden waren dabei bei der Verhandlung, und wir haben ein Ergebnis bekommen. Die Stilllegung ist abgewendet, der Gelegenheitsverkehr wird im Saisonbetrieb aufgenommen und dann ist noch vom Güterverkehr die Rede gewesen und allem Drum und Dran. Wir haben alle gesagt, ja, das ist ein erster Schritt, weil auch gesagt wurde, dass es einer Evaluierung bedarf und dass wir jetzt vor Ort gefragt sind, das auch im Betrieb, weil wir gesagt haben, na gut, wir müssen es jetzt auch beweisen, und da ist das Wort gefallen, 30 Prozent Auslastung, das soll wenigstens laufen. Und da haben wir gesagt, okay, das ist ein erster Schritt. Und alle in dieser Versammlung, die da drin waren, haben gesagt, das ist der erste Schritt, wohlweislich, dass wir da auch schon gesagt haben, Ziel muss nach wie vor sein, jetzt vor Ort die Leute in den Zug zu bekommen, die Gelegenheitsverkehre dementsprechend auszulassen, die Abstimmung Bus/Bahn dementsprechend zu organisieren, verbindlich zu organisieren, damit das auch gelingen kann, damit diese Auslastung eben da ist und damit dann tatsächlich der Beweis dafür erbracht werden kann, dass diese Bahn auch dauerhaft bestellt werden soll.

Und da, glaube ich, das ist ein gemeinsames Einverständnis in dieser Gruppe gewesen und alle haben gesagt, okay, damit können wir leben, wenngleich alle beteuert haben, das obere Ziel muss aber da sein, und deswegen, glaube ich, ist das auch beschlossen worden, das ist beschieden worden, das wird jetzt auf den Weg gebracht werden. Und deswegen, glaube ich, brauchen wir jetzt da nicht eine zusätzliche Aufforderung zu dem Zeitpunkt, wenngleich ich bei der Forderung bei Ihnen dabei bin, aber ich sage mal, jetzt sind erst mal wir vor Ort am Zug, und das müssen wir – also bestellt wird, investiert wird, und jetzt sind wir vor Ort am Zug.

Und da bedarf es aber der Zusammenarbeit auch vor Ort. Herr Brade, jetzt komme ich zu Ihnen. Wenn Sie sagten, na ja gut, es liegt ja daran, welches Angebot es ist, und die Stärkung, der Rufbus ist das ein und alles, und das wollen wir und letztendlich müssen wir gucken, welches Angebot angenommen wird – wissen Sie, wenn wir bei dieser Argumentation bleiben, dann sind wir genau bei der Argumentation, die wir 2013 auch hatten und wo wir nicht die unterschiedlichsten Verkehrsträger aufeinander abstimmen. Selbstverständlich müssen wir den Bus als Zubringer zur Bahn machen und jeder Verkehrsträger für sich hat seine Berechtigung, weil er eine gewisse Form des Transports eben hat und unterschiedliche Nutzer hat, aber die müssen miteinander verzahnt und aufeinander abgestimmt werden. Und wenn wir das vor Ort nicht machen und wenn das nicht erfolgt, dann haben wir auch zukünftig mit der Südbahn Probleme und brauchen uns nicht zu wundern, wenn die Südbahn nicht dauerhaft, auch für Pendler, für alle nutzbar sein wird. Das ist die Voraussetzung.

Und dazu bedarf es natürlich auch Maßnahmen, die wir vor Ort treffen müssen, und unter anderem bedarf es auch, welches Konzept dient denn dazu, um das aufeinander abzustimmen. Da bitte ich darum, Herr Brade, auch bei Ihnen, dass wir dem Antrag, den wir alle gemeinsam eigentlich auf den Weg bringen wollen, dass wir ein Gutachten darüber aufstellen, wie es denn ganz konkret im Landkreis eben passieren soll, dass Sie das in Zukunft nicht nur ablehnen, sondern dass Sie dann zu-

stimmen, und dann ist mir ganz wohl dabei, dass wir auch die Auslastung bei abgestimmten Verkehren in die Südbahn reinbekommen und dann zukünftig dauerhaft bestellen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Brade.

(Nikolaus Kramer, AfD: Oh, Leute!)

Christian Brade, SPD: Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hallo, Herr Waldmüller! Ich möchte nicht, dass wir die Verkehrsangebote gegeneinander ausspielen. Vielleicht sind die Vorteile des Rufbusses, so, wie wir sie im Landkreis Ludwigslust-Parchim momentan genießen, noch nicht jedem klargeworden. Wenn wir die Südbahn, die Bahnlinie, isoliert betrachten, haben im Endeffekt nur die Menschen was davon, die direkt an der Bahnlinie wohnen, um das Angebot nutzen zu können. Wir wollen aber als SPD, dass jeder auch im entferntesten Winkel unseres Landkreises den öffentlichen Personennahverkehr für seine individuellen Bedürfnisse nutzen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und das machen wir.

Und wenn Sie sich mal die Zeit nehmen und mit Herrn Lösel, dem Chef des VEP, sprechen und sich einfach mal anhören, was für tolle Ideen er auch noch hat für die Zukunft des Rufbussystems in unserem Landkreis, dann würden Sie hier wahrscheinlich nicht so sprechen. Klar geht es um die Verzahnung der Verkehre, aber wir sollten den einen Verkehr nicht dem anderen Verkehr vorziehen. Wichtig ist, dass die Leute von jedem Punkt in unserem Landkreis zu ihrem Ziel kommen, und dafür stehen wir als SPD. Und wenn Sie sich einfach mal die Region um Lübben angucken, ich erwähne da nur die BRÜGGEN-Fahrzeugwerke, da organisieren wir mithilfe des Rufbusses, dass die Leute zu ihrer Schicht kommen, und das zu dem Zeitpunkt, wann die Schicht anfängt, die Frühschicht, die Mittelschicht und die Nachtschicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dafür, lieber Herr Waldmüller, sollten wir gemeinsam kämpfen, dafür werbe ich, und das auch fraktionsübergreifend. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich weise aber darauf hin, dass wir hier im Landtag sind und – nicht auf Sie bezogen, aber für vielleicht zukünftige Debatten – hier Landtagsdebatten führen und keine Kreistagsdebatten führen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Kollegin ist aus Rostock. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht ganz schnell, aber es war uns jetzt doch noch mal ein Anliegen, etwas klarzustellen.

Also hier den Eindruck in den Raum zu legen, dass wir als LINKE nicht verstanden hätten, wie wichtig Rufbusse sind, ist wirklich albern. Also wir haben immer klar kommuniziert, dass die Bahn hier das Rückgrat ist für die Mobilität im Land und dass natürlich die Verknüpfung von Bus, Bahn und Rufbus ein ganz wesentliches Element ist zur Sicherstellung der Mobilität im ländlichen Raum. Das haben wir immer gefordert, das werden wir weiterhin fordern. Und wenn Sie in diese Richtung Schritte gehen, dann begrüßen wir das ausdrücklich und unterstützen das auch. Ich glaube, das haben Frau Bernhardt und ich mehr als deutlich klargemacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Aber die Lösung, die Sie jetzt gefunden haben, ist aus unserer Sicht eben nur ein Anfang und hilft im Alltagsleben – das habe ich ja nun ausführlich hier erörtert – eben nicht allen Menschen. Und meine Kollegin hat ja ein ganz konkretes Beispiel aus der Region auch noch mal benannt. Wenn wir auch im Alltag Mobilität sichern wollen, dann ist das nur ein erster Schritt und es reicht eben nicht, und deshalb werden wir auch weiterhin für den Ausbau, für den ganzjährigen Ausbau der Südbahn streiten, plus alle weiteren Angebote, die natürlich zur Ergänzung auch notwendig sind, Herr Brade. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4341. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4341 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, ansonsten Zustimmung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Transparenz: Herkunft und Nationalität von Tatverdächtigen benennen, Drucksache 7/4442.

**Antrag der Fraktion der AfD
Transparenz: Herkunft und Nationalität
von Tatverdächtigen benennen
– Drucksache 7/4442 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Mit unserem heutigen Antrag fordern wir mehr Transparenz im Umgang mit Tatverdächtigen. Gemäß unserem Antrag soll die Polizei zukünftig sicher verfügbare Informationen zur Herkunft oder Nationalität von Tatverdächtigen für jeden einsehbar benennen dürfen, um die Bürger in umfassenderem Maße als bislang geschehen zu informieren.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Tagen und Wochen wurden erneut dramatische Szenen in den Medien beschrieben: der Mord einer Rentnerin in Güstrow, Gewalt gegen junge Frauen in Rostock, das Totschlagen eines Feuerwehrmannes in Augsburg und die Messerattacke gegen einen Polizisten am Münchner Flughafen. Das sind Szenen, die uns schockieren und die auch die Bürger schockieren. Diese Ereignisse verändern das Sicherheitsgefühl in unserem Land.

Der Gewaltforscher Jörg Baberowski warnt eindringlich vor den Folgen solcher Gewaltszenen. Ich zitiere: „Gewalt verändert Handlungsräume und Menschen in nur kurzer Zeit. Sie wird zur Ursache ihrer selbst, und deshalb muss genau beschrieben werden, was geschieht. Man muss die Situation genau erfassen, in der sich Täter, Opfer und Zuschauer befinden, und die sozialen Beziehungen beschreiben, die entstehen, wenn die Gewalt das letzte Wort behält. ... Gewalt zwingt Menschen, ihr Verhalten zu ändern, weil diejenigen, die gewalttätig sind, festlegen, wie die anderen handeln müssen.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, niemand will, dass die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns ihr freies Leben ändern. Niemand will, dass bestimmte Straßen oder Plätze zukünftig gemieden werden. Und damit dies nicht passiert, müssen wir mit maximaler Transparenz die Wirklichkeit in unserem Land beschreiben – so, wie sie ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dass aber diese Transparenz nicht immer der Fall ist, zeigt schon das genannte Beispiel aus Rostock. Die dazugehörige Schlagzeile in den Rostocker neuen Nachrichten lautete wie folgt, ich zitiere: „Zwei Frauen von Männergruppe belästigt und verletzt“. In dem dazugehörigen Artikel, der auf einer Polizeimeldung basiert, lesen wir von „Personengruppe“, „Geschädigten“, „Tatverdächtigen“, „Männern“ und „Frauen“. Wir lesen auch davon, dass die Tatverdächtigen geflüchtet seien und die Kriminalpolizei die Ermittlungen aufgenommen hat. Hingegen lesen wir nichts darüber, wie groß, wie alt sie sind oder welche anderen Auffälligkeiten die Täter aufweisen, um das Geschehen zu beschreiben.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Wir wissen auch nicht, ob die mögliche Annahme stimmt, es könnte sich um eine nordafrikanische oder arabische Jugendgruppe handeln. Und auch der Gedanke, dass es asoziale Deutsche oder gar Neonazis waren, ist nicht widerlegt. Welches gesellschaftliche Problem steckt also hinter dieser Tat? Die dazugehörige Polizeimeldung beschreibt zwar den Tathergang, sagt aber zur Beschreibung von Tätermerkmalen nichts aus. Unsere Bürger können diesen Vorgang also nur schwer weiter einordnen. So bleiben Ängste in der Bevölkerung unbeantwortet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und ja, es ist auch eine Frage des Milieus und der kulturellen Prägung, ob Menschen gewaltaffin sind. Diejenigen, die wie der niedersächsische Innenminister Pistorius darin schon eine „vorschnelle Stigmatisierung“ sehen, werden über kurz oder lang an der Realität auf unseren Straßen nicht vorbeikommen. Wir müssen von unseren

Bürgern erwarten können, mit öffentlichen Angelegenheiten verantwortungsvoll umzugehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Aufgabe der Innenpolitik ist es, sich mit allen Gewaltphänomenen kritisch auseinanderzusetzen. Nur, wenn wir diese wichtige Debatte voranbringen, werden wir politisch handlungsfähig bleiben. Nur eine klare Analyse sorgt dafür, dass der gesellschaftliche Frieden in Zukunft gesichert wird.

Unser Antrag fordert deshalb neben der Benennung der Nationalität, also der Staatsangehörigkeit, auch die Benennung der Herkunft. Wir unterscheiden diese Begriffe, um auch die ethno-kulturelle Sozialisation von Tatverdächtigen im Blick zu behalten, denn wenn Großfamilien mit deutscher Staatsangehörigkeit auf Sicherheitskräfte einprägen, muss gesagt werden, aus welchem Umfeld die Tatverdächtigen auch stammen könnten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, die gerade vor einer Woche stattgefundene Innenministerkonferenz hat sich ebenfalls mit unserem Antragsinhalt befasst. Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul appellierte an seine Länderkollegen, die Nationalitäten öffentlich zu nennen. Die von der taumelnden Sozialdemokratie stark geprägte Konferenz hat einen gemeinsamen Beschluss hierzu jedoch verhindert. Es ist davon auszugehen, dass NRW trotzdem seinen Erlass hierzu ändern wird. Die Stadt Hamburg handelt schon heute so.

Herr Minister, was hindert Sie also daran, eine souveräne Entscheidung zu transparenten Fakten in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Meine Damen und Herren, der Landtag kann heute gegenüber kritischen Bürgern eine transparente Informationspolitik beschließen. Bei Zustimmung zu unserem Antrag wissen die Bürger besser, was wirklich auf unseren Straßen geschieht. Unsere Demokratie kann dabei nur gewinnen.

Und abschließend darf ich hierzu den FAZ-Journalisten Reinhard Müller zitieren: „Es geht ja bei der Öffentlichkeitsarbeit von Behörden nicht um Sensationslust, sondern um Information, und zwar auch mit dem Ziel, dass die Bevölkerung womöglich Lehren ziehen kann. Oder soll künftig nur noch gemeldet werden: Ein Mensch hat einen anderen verletzt?“ Zitatende.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es relativ kurz machen: Erstens hat nicht Nordrhein-Westfalen das Thema auf die Innenministerkonferenz gesetzt, sondern Mecklenburg-Vorpommern, zweitens habe ich immer gesagt, schon vor der Konferenz, dass ich das mache, wenn wir uns in der Innenministerkonferenz verständigen, dass alle Länder das machen, weil sonst die Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. Dazu ist berechtigterweise zum jetzigen Zeitpunkt keine Mehrheit gegeben, und deswegen sehe ich momentan auch keine Veranlassung, die hiesige Haltung zu verändern, die im Übrigen ja nicht ausschließt, dass eine Veröffentlichung von Herkunft und Nationalität gegeben ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Es ist nämlich schon jetzt so, dass wir das durchführen können, wenn dafür ein öffentliches Interesse besteht, dass wir den ethnischen oder religiösen Hintergrund einer Person oder deren Hautfarbe auch bekannt geben können. Das tun wir in Anlehnung an den Pressekodex, der 2017 gemeinsam mit dem Journalisten-Verband überarbeitet worden ist und wo eben auch über die Frage, wie gehen wir mit Herkunft von Tätern und Tatverdächtigen um, gesprochen wurde. Das ist auch innerhalb der Medienlandschaft ein sehr unterschiedlich gewerteter Begriff und eine derartige Situation derzeit. Entsprechende Verfügungen, was die Mitteilung betrifft seitens der Polizeipräsidien, gibt es, und dies wird auch in den neuen Medienerlass einfließen, der sich derzeit ohnehin aufgrund notwendiger redaktioneller und rechtlicher Anpassungen in der Überarbeitung befindet.

Ich werde allerdings nicht müde werden, bei den Kollegen dafür zu werben, dass wir ein einheitliches Vorgehen haben. Alles andere hilft weder Mecklenburg-Vorpommern noch anderen weiter. Aber einzelne, sozusagen einzelne andere Erfassungen in Mecklenburg als in Brandenburg oder in Hamburg, die bringen uns überhaupt nicht weiter. Es geht schon beim Begriff „Messer“ los. Sie als Polizist wissen genauso gut wie ich, dass Küchenmesser nicht in die Erfassung einbezogen werden, obwohl häufigste Straftat in der Nutzung von Küchenmessern ist. Schon da geht die Begrifflichkeit los.

Deswegen, glaube ich, ist hier ganz wichtig, dass wir eine einheitliche Regelung dafür durchführen, und deswegen halte ich es zum jetzigen Zeitpunkt für nicht geeignet. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Dienstag wurde in Berlin die Studie der Hochschule Macromedia vorgestellt. Untersucht wurden in dieser Studie Fernseh- und Zeitungsberichte zum Thema „Herkunft von Tatverdächtigen“. Punktuell untersucht wurden die Jahre 2014, 2017 und 2019. 2014 enthielten nur knapp 5 Prozent der untersuchten Beiträge Informationen zur Herkunft des Täters, 2017 waren es schon 18 Prozent und 2019 31 Pro-

zent. Dazu kommt, dass in jeder Stichprobe die Tatverdächtigen überproportional oft als „ausländisch“ markiert wurden, während laut Kriminalstatistik zwei Drittel der Tatverdächtigen die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Was will uns also der Antrag sagen oder wozu will er uns auffordern? Eine Entwicklung in Gang zu setzen, die es schon längst gibt? – Ich weiß es nicht.

Lassen Sie mich daher kurz zwei Punkte nennen, warum meine Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen wird.

Erstens handelt es sich bei der Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Landespolizei nicht um eine Zuständigkeit der Landesregierung, sondern um einen Erlass des Innenministers. Als Anlage 1 ist diesem Medienerlass der IMK-Beschluss vom 26. November 1993 zur Zusammenarbeit von Medien und Polizei angefügt. 1993, das spricht natürlich für die Sinnhaftigkeit einer künftig überarbeiteten und einheitlichen Regelung in den Bundesländern. Erste Schritte sollen auf der IMK dazu gegangen worden sein. Eine Einigung gab es bislang noch nicht, der Innenminister hat dazu ausgeführt.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein überarbeiteter Medienerlass wird keine grenzen- und schrankenlose Öffentlichkeitsarbeit der Polizeibehörden ermöglichen, wie es der Antrag suggeriert. Bei besonders schweren Straftaten oder schweren Unglücksfällen obliegt die Öffentlichkeitsarbeit nicht der Polizei, sondern grundsätzlich der Staatsanwaltschaft. Auch Mitteilungen aus Straf- oder Ermittlungsverfahren bedürfen unabhängig der Herkunft oder Nationalität von Tatverdächtigen der Zustimmung der zuständigen Staatsanwaltschaft. Der Antrag greift also auch an dieser Stelle zu kurz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den zweiten Ablehnungsgrund liefern die Antragsteller aber selbst: Die AfD möchte die Debatte versachlichen, sie will falschen Verdächtigungen und Verschwörungstheorien entgegenreten.

Sehr geehrter Herr Kramer, das kann ich Ihnen und Ihrer Fraktion nun wirklich nicht abkaufen, denn ...

(Nikolaus Kramer, AfD: Das ist dann aber Ihr Problem, Herr Abgeordneter!)

Nee, das ist Ihr Problem, nämlich das Problem Ihrer Argumentation, denn wer von „Messereinwanderung“ fabuliert, der hat kein Informationsbedürfnis, sondern ein vorgefestigtes Vorurteil.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wer die Kriminalitätsstatistik als Instrument der Asyl- und Migrationspolitik missbrauchen will, für den sind falsche Verdächtigungen doch geradezu ein Lebenselixier.

Ich wünsche mir eine differenzierte und unaufgeregte Kriminalitätsberichterstattung. Das kann auch die Nennung der Nationalität der Tatverdächtigen umfassen, dann aber selbstverständlich auch die Nationalität deutscher Straftäter, denn die machen in Mecklenburg-Vorpommern unter den Mehrfachtätern die mit Abstand größte Gruppe aus. Meine Fraktion lehnt Ihren Antrag ab.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Gestern haben Sie sich noch als AfD darüber beschwert, dass wir Ihre Anträge alle ablehnen, heute ...

(Sebastian Ehlers, CDU:
Heute auch noch!)

Ja, sicher.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Worauf wollen Sie jetzt hinaus?)

Und heute,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ich kriege schon Angst hier.)

und heute legen Sie wieder einen Antrag vor mit widersprüchlichen Aussagen

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und geben eigentlich mehr Fragen auf, als hier beantwortet werden oder werden können.

Der Innenminister hat außerdem ja in einer Kleinen Anfrage Ihr Problem schon beantwortet, und daraus hätten Sie eigentlich auch schlussfolgern können, dass Sie Ihren Antrag hier gar nicht einbringen müssen, denn der Minister war ja von vornherein doch davon überzeugt, dass dieser Erlass bundeseinheitlich neu gefasst werden könnte, auch sicherlich im Interesse der Transparenz oder ausschließlich.

Und Sie sagen in Ihrem Antrag natürlich folgende widersprüchliche Auffassung: Sie sagen an einer Stelle: eine „möglichst transparente Benennung von zugewanderten und deutschen Tätern“, also da betonen Sie die möglichst transparente Benennung, die „möglichst“, was ja auch schon ein schwammiger Begriff ist, und an anderer Stelle sagen Sie, die Öffentlichkeit muss „die Identität von Verdächtigen umfassend nachvollziehen können“. Ja, was soll nun sein, „möglichst“ oder „umfassend“?

Und dann erwähnen Sie in Ihrem Antrag die Journalisten, die auf jeden Fall verantwortlich abzuwägen haben. Was hat das in einem polizeilichen Erlass zu tun?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Und Journalisten zu belehren, wie sie ihre Arbeit machen, ist schon sowieso ungehörig. Und außerdem, das wurde hier auch gesagt, die Staatsanwaltschaft ist oftmals Herr des Verfahrens oder ausschließlich, und damit fehlt der Polizei oftmals auch die Informationshoheit.

Und wenn Sie mal in die PKS schauen, dann können Sie unschwer erkennen, dass es bei 108.000 und noch ein paar Straftaten schon schwierig ist, wo, wie Sie sagen, umfassend zu berichten wäre. Wenn Sie sagen, bei

108.000 muss man vielleicht auch nicht über alle berichten, na, über welche wollen Sie denn berichtet haben, so, wie Sie das meinen? Also bei den Hoheitsdelikten, bei 15.000, wie viel Tausend wollen Sie davon in der Berichterstattung haben? Bei 90 Prozent Aufklärung kann man sehr viel über die Herkunft der Täter sagen. Oder bei 16.000 nur bei Diebstählen bei erweiterten oder erschwerenden Umständen.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Also Sie müssen schon sagen, was Sie im Medienerlass etwas konkreter gestaltet sehen wollen.

Oder welche Tatverdächtigen meinen Sie denn jetzt insbesondere in der Berichterstattung? Die 27 Prozent der Tatverdächtigen, die heranwachsen, oder die Jugendlichen mit 14 Prozent oder die Erwachsenen mit 9 Prozent? Wo wollen Sie den Schwerpunkt setzen? Nichts sagen Sie, aber auch gar nichts!

Und dann kommen Sie auf Ihre nicht deutschen Tatverdächtigen, das ist natürlich absolut Ihr Lieblingsfeind. Und dann frage ich Sie: Was wollen Sie denn berichten? Bei sexuellen Selbstbestimmungsstraftaten, bei tausend Straftaten 126 Tatverdächtige – sollen die alle benannt werden mit Namen und Adresse?

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Also es gibt mehr Fragen als Antworten. Sie haben in Ihrem Erlass nur schwammige Formulierungen, kein bisschen,

(Jörg Kröger, AfD:
Ihre Rede ist schwammig.)

kein bisschen unterstützen ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Nein, ich rede gar nicht rum. Ich komme jetzt, ich komme jetzt zu den Schlussfolgerungen, weshalb wir Ihren Antrag ablehnen, und das ist natürlich auch absolut eindeutig. Wie immer sind Ihre Vorschläge ausschließlich gegen Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet.

(Zuruf vonseiten der Fraktion
der AfD: Unsinn!)

Also die Forderung, die Nationalität und Herkunft von verdächtigen Straftätern zu nennen, soweit sie dann auch genutzt werden können für Diskriminierungen, dann sehen Sie Ihren Hauptfeind

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

natürlich in Ihrer Zielsetzung.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Zweitens. Mit dem Antrag zeigt die AfD, dass Sie mehr an der Nationalität von Menschen interessiert sind – also von Ausländern, soweit sie Ausländer sind – als an der Bekämpfung von Straftaten.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das erwähnen Sie ja auch nur am Rande.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Also eine Lösung, wollte ich eigentlich mit diesen Vorbemerkungen aufzeigen, haben Sie hier auf keinen Fall.

Wir sagen eindeutig, drittens, der Staat darf keine Toleranz gegenüber Straftaten haben, ganz gleich welcher Nationalität der Täter, aber auch die Opfer sind. Das Ziel der AfD dagegen ist die Stigmatisierung von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund. Angeblich geht es Ihnen um die Transparenz. Und Sie unterstellen hier, dass wir bisher eigentlich alles unter den Teppich gekehrt haben, so nach politisch-ideologischer Auffassung. Das ist doch eine böswillige Unterstellung!

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und andererseits wollen Sie die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei für Ihre parteipolitischen Ziele nutzen, und das wird nicht zu machen sein, auf keinen Fall!

Und nun gehe ich auf Ihr Beispiel ein, Nordrhein-Westfalen. Na klar hat der CDU-Minister Nordrhein-Westfalen, der Innenminister, angekündigt, in Polizeimeldungen zukünftig immer die Nationalität von Verdächtigen zu nennen, um Spekulationen und Verschwörungstheorien vorzubeugen. Ja, bei Polizeimeldungen! Wenn die Polizeimeldung nicht erfolgt, was spekulieren Sie dann? Aber ich sage Ihnen auch gleichzeitig, was der CDU-Justizminister aus Nordrhein-Westfalen sagt. Das dürfen Sie dann auch nicht verschweigen. Und der lehnt nämlich genau das, was Sie fordern, auch ab. Ich stimme ausdrücklich diesem CDU-Minister zu, dem Justizminister. Wir nennen, sagt er, die Nationalität dann, wenn es notwendig ist oder sinnvoll ist, den Bericht zu verstehen, und wir lassen es weg, wenn es dazu dient, einfach möglicherweise Diskriminierungen zu schaffen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr richtig!)

Außerdem verweist er auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht. Das ist Ihnen alles vollkommen gleichgültig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Dachner!

Herr Professor Weber hat noch eine Kurzintervention angemeldet.

(Manfred Dachner, SPD: Ja.)

Ich werde nur darauf hinweisen, dass wir uns im Ältestenrat darauf verständigt ...

(Jochen Schulte, SPD:
Nein, das haben wir nicht.)

Das klären wir dann nachher noch mal unter den PGFs.

(Jochen Schulte, SPD: Das können wir gerne machen, Frau Präsidentin.)

Herr Weber, Sie haben die Möglichkeit, jetzt Ihre Kurzintervention vorzutragen.

(Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin hat das vorgeschlagen.)

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Jetzt drehe ich mich um. Es ist sehr interessant, wenn mir Unhöflichkeit von Menschen vorgeworfen wird, die selber absolut unhöflich sind, denn es gehört sich eigentlich, dass man vorne steht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber mir macht das nichts aus, in die Richtung zu sprechen und zu Ihnen zu sprechen.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)

Zu dem, was Sie inhaltlich zu diesem Antrag gesagt haben, sage ich gar nichts, das disqualifiziert sich von selbst. Ich möchte aufgreifen, was Sie hier mitgeteilt haben, wir würden uns darüber beschweren, dass man unseren Anträgen nicht zustimmt. Da bitte ich doch ein bisschen zu differenzieren. Ein Antrag wie dieser, wo man politisch trefflich streiten kann, wenn Sie dem nicht zustimmen, das ist Demokratie und parlamentarischer Usus, überhaupt kein Problem.

(Thomas Krüger, SPD:
Sonst nicht, oder was?)

Wenn Sie aber Anträge ablehnen – wie heute Morgen, wo es um die Kinderabteilung und die geburtshilflichen Abteilungen in Parchim und Crivitz ging –,

(Thomas Krüger, SPD: Dann ist das nicht Demokratie, oder was?)

wenn Sie Anträge ablehnen, bei denen wir uns eigentlich völlig einig sind,

(Thomas Krüger, SPD: Dann ist das nicht Demokratie, oder was?)

das gilt auch in Richtung der CDU, wenn Sie Anträge ablehnen, wo wir Beschlusslagen Ihres Parteitages übernehmen, nur, um nicht mit der AfD zusammen abstimmen zu müssen,

(Thomas Krüger, SPD: Dann ist das nicht Demokratie, oder was?)

dann ist das blinde Ideologie

(Thomas Krüger, SPD: Aha!)

und hat mit dem Inhalt des Antrages nichts zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und wenn Sie unser Abstimmungsverhalten hier im Landtag mal Revue passieren lassen, wir haben noch niemals einen Antrag deswegen abgelehnt, weil er von der X- oder Y-Fraktion kommt. Ich möchte nur daran erinnern, wie oft wir mit der von uns wahrscheinlich am weitesten entfernten Fraktion DIE LINKE zusammen abstimmen, weil sie Sinnvolles beantragen. Ich würde eigentlich von vernunftbegabten Menschen erwarten, dass das unisono so sein sollte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Diese blinde ideologische Grundhaltung, die Sie hier an den Tag legen, die ist verachtenswert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Wir haben das nicht
bei der NPD gemacht und machen
das bei Ihnen auch nicht.)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige kurze Hinweise zu der Verfahrensweise der Kurzintervention, weil es da ja offensichtlich noch ein paar Klärungsbedarfe gibt.

Im Ältestenrat wurde sich darauf verständigt, dass der Redner grundsätzlich am Pult stehen bleiben solle. Wenn das „grundsätzlich“ gemeint ist, bedeutet es, es besteht keine Pflicht, der Redner kann sich auch hinsetzen.

(Manfred Dachner, SPD: Genau.)

Dann, und wiederum das wollte ich eigentlich nur ausführen, dass, wenn der Redner sich dann hinsetzt, er oder sie – und das ist im Ältestenrat so beschlossen worden –, dann sein Recht auf Erwidern

(Jochen Schulte, SPD:
Das ist nicht die Frage.)

auf eine Kurzintervention verwirkt hat. Nur noch mal zur Klarstellung, nur das wollte ich kurz ausführen.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Also vom Grundsatz her haben wir uns darauf verständigt, der Redner bleibt stehen, kann sich aber hinsetzen, dann darf er aber nicht erwidern.

(allgemeine Unruhe)

Im Falle jetzt von Herrn Dachner, der hat sich hingesetzt, insofern brauche ich ihn auch nicht mehr zu fragen, ob er erwidern möchte.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ich rufe auf den fraktionslosen Abgeordneten Herrn Arppe.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Bürger! Also sehr, sehr viele Menschen in diesem Land könnten noch,

(Thomas Krüger, SPD:
Wie viele denn? Was ist denn
„sehr viele“ bei Ihnen? 100?)

könnten noch,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Einer wäre schon einer zu viel.)

könnten noch am Leben sein und in einigen Tagen das Weihnachtsfest mit ihrer Familie feiern, wenn Leute wie Sie da vorne

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

sich über die in Deutschland grassierende Migrantengewalt

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

genauso aufregen und echauffieren würden wie über irgendwelche,

(Thomas Krüger, SPD: Ich
echauffiere mich über jede Gewalt.)

wie über irgendwelche dubiosen Chats.

(Jochen Schulte, SPD: Haben Sie
mir persönlich jetzt wahrlich eben
unterstellt, ich wäre für den Tod von
irgendwelchen Leuten in diesem
Land verantwortlich, Herr Arppe?)

Jeder zieht,

(Jochen Schulte, SPD: Wissen
Sie eigentlich, was Sie da reden?!)

jeder zieht sich die Jacke an, die ihm passt. Zumindest unterstützen Sie und Ihre Partei eine Politik,

(Jochen Schulte, SPD: Ich unterstütze
Leute, die andere Leute umbringen?!)

die zu diesen Gewalttaten geführt hat.

(Jochen Schulte, SPD: Sie bewegen
sich auf ganz, ganz dünnem Eis!)

Nun ist es ja gut!

(allgemeine Unruhe)

Also!

(Jochen Schulte, SPD: Das werde ich, das sage
ich Ihnen jetzt schon, das werde ich durch das
Präsidium dieses Landtages überprüfen
lassen ... – Dr. Ralph Weber, AfD:
Ich verstehe den Redner nicht!)

Machen Sie das!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Jochen Schulte, SPD: ... ob das hier
tatsächlich noch durch Ihre Redefreiheit
gedeckt ist, was Sie hier gerade erklären!)

So! Sehen Sie,

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Ich verstehe den Redner nicht!)

und statt,

(Jochen Schulte, SPD: Das macht
bei diesem Redner nichts.)

statt Ihre Politik jetzt mal kritisch zu hinterfragen –

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr Schulte, nicht? –,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD –
Glocke der Präsidentin)

sieht ...

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter! Stopp mal ganz kurz! Einen Moment bitte, Herr Arppe!

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Nach wie vor gilt auch, der Redner muss zu verstehen sein, das ist jetzt so langsam nicht mehr gewährleistet.

Herr Arppe, ich möchte aber trotzdem auch an Sie appellieren, ich habe es jetzt noch nicht überprüfen lassen, auch unparlamentarische Formulierungen zu lassen.

Bitte fahren Sie jetzt fort, Ihre Zeit wurde auch gestoppt, insofern haben Sie noch Redezeit.

Holger Arppe, fraktionslos: Also, und Ihre Zwischenrufe, Ihre aufgeregten Zwischenrufe da eben, Sie machen es damit ja ganz deutlich.

(Jochen Schulte, SPD: Was?)

Und auch die anderen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

auch Herr Dachner hat das ja quasi bewiesen, Sie haben ja gar kein Interesse daran, dass die Öffentlichkeit erfährt,

(Patrick Dahlemann, SPD: Herr Dachner hat sehr klug differenziert.)

auf welchem Wege auch immer,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

wer letztendlich die Täter sind und wo sie herkommen,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

weil damit der Bürger ja erfahren würde,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

es würde ihnen ja ganz klar vor Augen geführt die verheerenden Folgen der Politik, der völlig chaotischen Massenzuwanderung der letzten Jahre, die auch Sie zu verantworten haben – Sie alle, die Sie da sitzen von den Regierungsparteien. Und das mal auszusprechen an der Stelle, wenn das unparlamentarisch ist, dann ...

(Thomas Krüger, SPD: Sie haben ja schon viel ausgesprochen.)

Das unterstellen,

(Thomas Krüger, SPD:
Und auch geschrieben!)

das unterstellen Sie mir! Regen Sie sich mal mehr über Migrantengewalt auf als über irgendwelche komischen Internetkommentare,

(Martina Tegtmeier, SPD: Wir regen uns über Gewalt grundsätzlich auf, im Gegensatz zu Ihnen.)

die Sie mir unentwegt hier zu unterstellen versuchen!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dann wären nämlich noch eine Menge Leute am Leben, wenn man das konsequenter bekämpfen würde, als das derzeit getan wird, und dazu gehört auch das Verschweigen der Herkunft der Täter, damit die Menschen nämlich nicht merken und nicht darauf gestoßen werden, welche verheerenden Folgen die Politik Ihrer Kanzlerin nämlich gezeitigt hat. So einfach ist das. – Danke.

Präsidentin Birgit Hesse: Moment bitte, Herr Arppe! Herr Schulte hat eine Kurzintervention angemeldet. Das Verfahren hatte ich ja bereits erläutert.

Herr Schulte, Sie haben das Wort für die Kurzintervention.

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Arppe, ich will das nur mal klarstellen. Ich glaube, für die Menschen in diesem Land ist es beispielsweise völlig egal, ob Vorwürfe wegen Pädophilie gegen einen Deutschen oder gegen einen Ausländer erhoben werden. Da geht es um den Tatvorwurf als solchen. Deswegen ist das völlig belanglos, was Sie hier erklären. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Arppe! Herr Arppe, möchten Sie noch mal erwidern auf die Kurzintervention?

Holger Arppe, fraktionslos: Ja, das mache ich.

Also Vorwürfe sind ja noch keine bewiesenen Straftatbestände. Ich denke, Sie sind Jurist und wissen, es gilt die Unschuldsvermutung.

Und worauf ich abgehoben habe, sind Gewalttaten, sind Morde, Vergewaltigungen, die tatsächlich stattgefunden haben, die tatsächliche Todesopfer generiert haben. Und das eine wie das andere kann man wohl nicht vergleichen. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen. Das ist reiner Populismus, Demagogie, die Sie da betreiben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Das wird Ihnen an der Stelle auch nicht viel nützen. Ihre Partei ist erledigt

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und da ändern Sie auch nichts dran.

Präsidentin Birgit Hesse: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Landesregierung der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Arppe, so viel geistigen Unfug, wie Sie gerade vom Stapel gelassen haben, habe ich hier selten gehört.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich gehe davon aus, dass das Parlament und der Innenminister auch jede Form von Gewalt ablehnen, und zwar unabhängig davon, ob sie von Ausländern begangen ist oder von Einheimischen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und meine und unsere Aufgabe ist es, alles dafür zu tun, dass solche Gewalt nicht stattfindet. Ob Sie das nun automatisch mit einer Statistik erreichen, indem Sie festhalten, von wem die Gewalt ausging, da äußere ich meinen großen Zweifel darüber. Überhaupt, wie erklären Sie hinterher, dass in der Statistik trotzdem mehr deutsche Straftäter

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

sind, also einheimische? Das ist Ihnen dann auch nicht angenehm,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

oder was ist überhaupt?

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Also ich kann diese Diskussion zu so einem Punkt wirklich nicht verstehen und habe gesagt, erstens verschweigen wir nicht – haben wir alle ausgeführt in den Reden – die Herkunft der Straftäter, wenn das dementsprechende öffentliche Interesse besteht, das ist so im Medienerlass und das ist so in dem Journalisten-Verband auch geregelt, und zweitens werden wir zu dieser Regelung uns weiter austauschen mit den anderen Kollegen, ob und wie in Zukunft diese Statistik bundeseinheitlich geführt wird. – Vielen Dank.

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, Herr Minister!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Herr Professor Weber hat noch eine Kurzintervention angemeldet.

Herr Professor Weber, Sie haben das Wort.

Dr. Ralph Weber, AfD: So, liebe Landsleute! Wertes Präsidium!

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gesagt, wie erklären Sie, dass dann in der Polizeilichen Statistik mehr deutsche Täter als nicht deutsche Täter stehen. Das ist ganz einfach, weil hier eben in Deutschland mehr Deutsche als Nichtdeutsche leben –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach?!)

noch,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach Gott!)

und das soll auch so bleiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Trotz der Masseneinwanderung?!)

Aber es kommt auf die Relation an. Wenn wir hier 7 Prozent Nichtdeutsche und noch mal 10 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund haben, die aber bei den Taten mit 17 oder 25 Prozent zu Gewicht schlagen, dann zeigt das eben eine erhöhte kriminelle Anfälligkeit dieser Teile, und darauf kommt es an, und nicht, dass mehr Deutsche bei den Tätern sind als Nichtdeutsche.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Wäre das anders, dann könnten wir unser Heimatland völlig vergessen, denn es ist Deutschland, in dem wir uns hier befinden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Minister, möchten Sie auf die Kurzintervention erwidern?

Minister Lorenz Caffier: Ja.

Ich dachte, dass die Bekämpfung von Straftaten nicht eine mathematische Aufgabe ist, sondern eine polizeiliche Aufgabe, und der widmen wir uns, egal welcher Herkunft der Täter ist. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt eben gerade tatsächlich überlegt, ob ich eigentlich noch reden muss,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU: Nein. –

Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Beifall Nikolaus Kramer, AfD: Nein, danke.)

weil eigentlich ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich soll. Ja, ich glaube auch, dass das vielleicht auch tatsächlich Sinn macht, dass auch das Gesagte noch mal gesagt wird, weil es ja anscheinend auch noch nicht so wirklich angekommen ist. Also versuche ich es einfach noch mal.

Wir hatten gerade gehört, dass nach der Neuauflage der publizistischen Grundsätze, also dem sogenannten Pressekodex, der seit 2017 gilt, die Regelung gilt, dass die Zugehörigkeit der Tatverdächtigen zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht erwähnt wird, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Und im Erlass über die Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, dem sogenannten Medienerlass, ist festgelegt, dass bei Berichten über Beschuldigte einer Straftat nicht auf deren mögliche Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Min-

derheit oder auf deren Hautfarbe hingewiesen werden darf, ohne dass ein für das Verständnis des berichteten Vorganges zwingender Sachbezug besteht. Und das bedeutet im Umkehrschluss, dass bereits jetzt bei Bestehen eines begründeten öffentlichen Interesses die Herkunft der Täter und Tatverdächtigen benannt wird.

Der Innenminister hat bekundet, dass er sich für die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern auch ein Verfahren wie in Nordrhein-Westfalen vorstellen könnte. Besser und rechtssicherer wäre aber eine einheitliche Regelung für alle Bundesländer. Und wir haben gehört, dass auf der Innenministerkonferenz genau zu diesem Thema auch beraten wurde.

Während einige Länder die Zugehörigkeit der Tatverdächtigen nur bei begründetem öffentlichem Interesse benennen, veröffentlichen andere Länder und auch die Bundespolizei grundsätzlich die Staatsangehörigkeit in ihren Pressemitteilungen. Übereinstimmung aller besteht aber darin, dass Transparenz in der polizeilichen Berichterstattung ein wichtiges Anliegen sei. Und Transparenz ist auch das geeignete Mittel, um dem berechtigten Bedürfnis der Bevölkerung nach Informationen nachzukommen, denn jeder Bürger hat das verfassungsmäßige Recht, sich aus allen allgemein zugänglichen Quellen zu informieren. Aus diesem Grunde gibt es in Mecklenburg-Vorpommern bereits die professionelle Zusammenarbeit der Landespolizei mit den Medien. Auch in der PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik) wird bei der Information über das Strafaufkommen bereits jetzt die Nationalität der Täter benannt.

Wir stimmen darin überein, dass an den Informationen über Straftaten, Ermittlungs- und Gerichtsverfahren ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit besteht. Und es ist Aufgabe und Recht der Presse, darüber zu berichten. Es ist beabsichtigt, den bestehenden Medienerlass zu ergänzen und nachvollziehbarer zu gestalten. Damit wird die Öffentlichkeit über alle Vorgänge und Ereignisse, die für die Meinungs- und Willensbildung wesentlich sind, noch umfassender unterrichtet werden.

Des Antrages der AfD bedarf es daher in unseren Augen nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau von Allwörden.

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Uhr steht hier noch bei 3 Minuten 15. Bitte einmal auf 0 zurücksetzen!

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU:
Zurück in die Vergangenheit, ne?)

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Liebe Landsleute! Wo fange ich am besten an? Beim schlechtesten Redebeitrag, das war der von Herrn Dachner, denn das Einzige, was schwammig war, ist nicht unser Antrag, sondern Ihr Redebeitrag, Herr Dachner.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und ich kann mich dieses Gefühls nicht erwehren ... Also erst mal ist zu sagen, Fakten sind keine Hetze, Herr Dachner.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und jedes Mal, wenn wir Fakten fordern von Ihnen, von der Landesregierung, kommt die SPD mit Schaum vorm Mund um die Ecke und tut nichts anderes, als hier zu stehen, zu schwurbeln und zu hetzen.

(Christoph Grimm, AfD: Sehr richtig!)

Nichts anderes war Ihr Beitrag heute früh.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Ritter, zu Ihnen bleibt mir überhaupt nicht viel zu sagen. Also diese Unterstellung, die Sie uns hier machen, das ist eine absolute Frechheit. Und wenn Sie mir unterstellen, weil ich den Begriff „Messereinwanderung“ benutze,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

gehts mir nur darum, die Tatverdächtigen aus dem Ausland hier zu stigmatisieren –

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

also Hut ab! Hut ab!

Und dann schauen Sie mal in den „Fokus Online“ von heute. Um 32 Prozent sind die Straftaten mit Messern, die mit Messern begangen worden sind, gestiegen, und das, obwohl aus drei Bundesländern – nämlich Bayern, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – keine Erfassung vorliegt. Und dann wollen Sie uns hier erklären, dass es keine „Messereinwanderung“ gibt?! Herzlichen Glückwunsch, Herr Ritter!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Caffier, Ihr Redebeitrag, Ihr Beitrag insgesamt, das war der einzige, den man sich anhören konnte, der auch inhaltlich sich mal mit unserem Antrag auseinandergesetzt hat. Aber wenn Sie sagen, es wurde auf der Innenministerkonferenz besprochen, dann haben Sie Herrschaftswissen, weil in dem 60-seitigen Protokoll der Innenministerkonferenz ist kein Wort zu den Änderungen des Medienerlasses, worüber auch Sie ja selbst nachdenken, zu lesen. Und ich habe ja nur Zugang zu diesem Protokoll und ich habe nicht Zugang zur Innenministerkonferenz, also wäre es doch nett, wenn Sie uns an Ihrem Herrschaftswissen teilhaben lassen würden.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Die SPD und die CDU sollten sich mal fragen, wenn Sie den Antrag jetzt hier ablehnen sollten – was ich mir kaum vorstellen kann, weil es ja so ein guter Antrag ist, dem kann man ja nur zustimmen –, warum Herr Caffier und Herr Reul selbst ja Bedarf sehen an der Änderung eines Medienerlasses. Und ich werde hier auch nicht müde, ganz klar zu unterstreichen, dass es uns mit diesem Antrag darum geht, ein souveränes Signal aus Mecklenburg-Vorpommern für mehr Transparenz aus Mecklenburg-Vorpommern zu senden.

Und es geht mir nicht im Geringsten als Antragsteller, Herr Dachner ...

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Sie haben heute früh schon einen rassistischen, unqualifizierten Zwischenruf gehabt, also wenn ich Sie wäre, würde ich schweigen, Herr Dachner.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das ist echt frech, was Sie hier veranstalten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und das in Ihrem gesetzten Alter! Sie sollten ein bisschen auf Ihre Pumpe achten!

(Sebastian Ehlers, CDU: Oi! –
Jochen Schulte, SPD: Sie sollten
mal auf Ihre Worte achten!)

Ja, ja, also Altersrassismus, das kennt man, oder Altersdiskriminierung kennt man ja aus Ihrer Fraktion, wenn Herr Jürgen Stroschein hier am Pult steht.

(allgemeine Unruhe – Beifall
vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment, bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Herr de Jesus Fernandes!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Herr de Jesus Fernandes, ich rede jetzt!

Ich bitte, wir sind fast am Ende der Sitzung. Und ich bitte ...

(Sebastian Ehlers, CDU: Nee.)

Na ja, fast. Und ich bitte jetzt um etwas mehr Ruhe, dass wir auch diesen Tagesordnungspunkt jetzt zu Ende bekommen.

Herr Kramer, bitte fahren Sie fort.

Nikolaus Kramer, AfD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin!

Und ich werde auch nicht müde, diesen Unterstellungen hier Paroli zu bieten, dass es uns darum geht, ausländische Tatverdächtige zu stigmatisieren. Schauen Sie sich doch um in sozialen Medien, wie zum Beispiel Facebook, wenn es da eine Schlagzeile gibt, „Mehrere Jugendliche schlagen auf Frauen ein“, und es wird keine Herkunft benannt, was da in den Kommentarspalten dieser Meldungen los ist. Die Leute leben in einer Filterblase, und uns geht es darum, mehr Transparenz hier an den Tag zu bringen.

Und, Herr Dachner, im Übrigen, eigentlich wollte ich nicht mehr auf Ihren Redebeitrag eingehen.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Aber „tatverdächtig“ ist doch nur
„verdächtig“ und nicht „schuldig“!)

Na, das ist ja klar.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Ja.)

Das kann ja nur ein Richter feststellen, ob schuldig oder nicht schuldig.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Aber warum soll man denn Tatverdächtige nennen? Das ist doch totaler Blödsinn! – Horst Förster, AfD:
Wir lassen das alles weg, dann gibt es nur noch die gefühlte Wahrnehmung.)

Warum in unserem Antrag steht „möglichst große Transparenz“, das kann ich Ihnen sagen: weil es gibt ja auch, und das wissen Sie genauso gut wie ich, es gibt ja auch genug Menschen, die in unser Land kommen, die keinen Pass haben oder einen gefälschten Pass. Und deswegen können wir ja eine 100-prozentige Transparenz eben nicht gewährleisten, und deswegen ist das so formuliert worden. Also mit Ihren Spitzfindigkeiten bringen Sie mich nicht in Verzweiflung, Herr Dachner.

Und jetzt, da ich heute glücklicherweise nicht noch mal reden werde, wünsche ich Ihnen allen ein angenehmes Weihnachtsfest und kommen Sie gut ins neue Jahr! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment, Herr Kramer! Es gibt noch eine Kurzintervention durch Herrn Ritter. Das Verfahren hatte ich erläutert.

Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Peter Ritter, DIE LINKE: Ich höre Herrn Kramer so gerne reden, deswegen will ich ihm noch mal die Chance geben.

Herr Kramer, das Stichwort „Internet“, wenn da eine Meldung auftaucht und man nicht erwähnt, wer der Täter ist oder woher er kommt, dann gibt es Diskussionen, das kennen wir alle, inklusive der Beschimpfungen. Aber das ist ja genau der Punkt, zum Beispiel bei Ihnen, bei Ihrer Fraktion oder bei Ihren Parteianhängern. Wenn ein Täter gefasst wird und es wird in der Berichterstattung davon gesprochen, dass er einen Migrationshintergrund hat, dann tönt es aus Ihrer Fraktion: Abschieben! Abschieben! Raus damit!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Natürlich!)

Wird ein Täter gefasst, der die deutsche Staatsbürgerschaft hat,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kann man wohl schlecht abschieben.)

hört man von Ihnen nichts. Noch lauter ist Ihr Schweigen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Unsere Verfassung verbietet es, Deutsche auszuweisen.)

wenn das Opfer ein Mensch mit Migrationshintergrund ist. Darüber sollen Sie mal nachdenken, vielleicht über die Feiertage.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Vielleicht kommen Sie da zur Besinnlichkeit! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Herr Kramer, möchten Sie erwidern?

Nikolaus Kramer, AfD: Ja.

Präsidentin Birgit Hesse: Bitte schön.

Nikolaus Kramer, AfD: Ja, vielen Dank für Ihre Anregung, Kollege Ritter. Ich werde natürlich auch die Feiertage dazu nutzen, mir darüber Gedanken zu machen. Aber soll ich Ihnen jetzt ernsthaft die Rechtslage erklären? Natürlich müssen straffällig gewordene Asylbewerber abgeschoben werden! Und Sie wissen doch genau wie ich, dass ein straffällig gewordener Deutscher nicht abgeschoben werden kann

(Sebastian Ehlers, CDU: Um Schweigen geht es hier, um Schweigen!)

oder staatenlos werden kann. Das ist doch völlig klar!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich lass mich,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

ich lass mich doch nicht in Geiselnahme nehmen für Äußerungen von Menschen, die möglicherweise meiner Partei nahestehen.

Aber auch Ihnen ganz besonders: Frohe Weihnachten!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Immer, wenn man mit einem Finger auf Menschen zeigt, zeigen vier Finger zurück.)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4442. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/4442 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und dem fraktionslosen Abgeordneten und im Übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos – Ministerpräsidentin für alle Bürger von Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/4438.

**Antrag des Abgeordneten
Holger Arppe, fraktionslos
Ministerpräsidentin für alle Bürger
von Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/4438 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Bürger! Ich möchte kurz den Hintergrund des vorliegenden Antrages darlegen: Am 23. November fand in einem Hotel im Ostseebad Binz auf Rügen ein Treffen von AfD-Mitgliedern und -Sympathisanten statt. Ich war selbst zugegen und kann an dieser Stelle noch einmal rückblickend konstatieren ...

(Thomas Krüger, SPD: Der Bereich,
der vom Verfassungsschutz
beobachtet wird, ja?!)

Herr Krüger, werden Ihre Zwischenrufe eigentlich von Ihren Referenten im Vorfeld ausgearbeitet und Sie ...

(Thomas Krüger, SPD:
Ja, ich hab hier eine Liste! –
Der Abgeordnete Thomas Krüger
zeigt ein Blatt Papier.)

Ich wollte gerade sagen, so was kann man sich spontan nicht ausdenken, nicht?!

(Thomas Krüger, SPD: Aber ich finde es schön, dass Sie mir so was unterstellen!)

Ja, was Sie mir alles unterstellen, aber gut.

Ich war selbst zugegen

(Thomas Krüger, SPD: Ich glaube nicht, dass Sie da waren!)

und kann an dieser Stelle rückblickend noch einmal konstatieren, werte Kollegen, dass diese Zusammenkunft einzig und allein dem Wohl unseres Landes gewidmet war.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Einige Herren der AfD-Fraktion werden mir da sicher beipflichten,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

denn Sie waren ja ebenfalls anwesend. Derweil hatten sich draußen Demonstranten versammelt, um gegen das zu protestieren, was in dem Hotel stattfand.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

An sich ist das völlig legitim.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich konnte auch beobachten ...

Herr Dachner, entschuldigen Sie, ich verstehe mein eigenes Wort nicht mehr. Also etwas, etwas leiser.

(Thomas Krüger, SPD: Es ging um Demokratie, wollte ich Ihnen nur sagen!)

Ich konnte auch beobachten, wie einige Teilnehmer des „Flügeltreffens“ das Gespräch mit jenen suchten, die für sich das Recht beanspruchten, allein zu entscheiden, wer auf die Insel Rügen kommen darf und wer nicht. Da ergab sich an der Stelle ja auch schon die eine oder

andere Schnittmenge zwischen beiden Seiten, denn die AfD will ja auch nichts anderes, als dass die Deutschen entscheiden, wer in ihr Land einreisen darf und wer nicht.

Bedauerlicherweise hatten die Organisatoren der Gegendemonstration es vorab versäumt, sich klar und deutlich vom Linksextremismus, Herr Krüger, abzugrenzen. Folglich ...

(Thomas Krüger, SPD: Ach, hat sich der „Flügel“ denn vom Rechtsextremismus abgegrenzt, oder was?)

Folglich wurden ...

Ja.

Folglich wurden Anreisende auf dem Weg zum Tagungs-ort beschimpft,

(Thomas Krüger, SPD:
War der Faschist Höcke auch da?)

beschimpft, körperlich attackiert

(Jochen Schulte, SPD: Herr Weber.)

und bespuckt.

(Thomas Krüger, SPD: Ach, Herr Weber!)

Ein beachtliches Polizeiaufgebot war nötig, um Gewaltausbrüche und einen Angriff auf das Hotel zu verhindern. Vor diesem Hintergrund scheint es nachvollziehbar, wenn ein AfD-Kommunalpolitiker von der Insel Rügen seinem Ärger über dieses Treiben auf pointierte Art im Nachgang dann Luft gemacht hat.

Man kann an der Stelle auch nur sagen und Respekt zollen dem Mut der Hotelleitung, die trotz der massiven demokratiefeindlichen Angriffe,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

die da im Vorfeld gekommen sind, dieser Veranstaltung nichtsdestoweniger eine Heimstatt geboten hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Angesichts dieser Situation –

(Manfred Dachner, SPD:
Reden Sie auch mal zum Thema?)

da komme ich jetzt zum Thema – waren die Äußerungen von Ministerpräsidentin Schwesig

(Julian Barlen, SPD: Aha, da haben Sie noch mal die Kurve gekriegt!)

im Zusammenhang mit den Ereignissen in Binz nicht besonders hilfreich. Zudem waren sie falsch und ahistorisch. Die beschriebenen Vorgänge in Binz sind in der Tat Ausdruck einer tiefen Spaltung unserer Gesellschaft. Aber anders als von Frau Schwesig behauptet, sind AfD, Pegida oder von mir aus auch die Identitäre Bewegung genauso wenig Ursache dieser Spaltung wie die Gegendemonstranten auf der anderen Seite der Absperrgitter

an jenem Samstag auf Rügen. Sie alle sind nur Ausdruck dieser Spaltung, die in vielen Fällen mitten durch Familien-, Freundes- und Kollegenkreise geht. Die wahren Ursachen liegen freilich, das wurde ja im vorhergehenden Tagesordnungspunkt auch schon angesprochen, in der verheerenden und ideologiegetriebenen Politik seitens der in Deutschland derzeit herrschenden Eliten.

Ferner zog die Ministerpräsidentin sowohl auf dem Jusobundeskongress, der zeitgleich in Schwerin stattfand, als auch in ihrem Grußwort, das also nach Pressemeldungen von Herrn Barlen verlesen wurde – nach Internetmeldungen von einem Staatssekretär des Finanzministeriums –, in ihrem Grußwort an die Gegendemonstranten in Binz allen Ernstes Parallelen zur Weimarer Republik. Auch damals sei die Rohheit der Sprache auf die Straße übergesprungen. Das kann Frau Schwesig gar nicht wissen, weil sie zu jener Zeit nicht gelebt hat und ergo auch nicht wissen kann, was damals auf der Straße so geredet wurde.

Überhaupt,

(Thomas Krüger, SPD: Ach so, wenn man da nicht gelebt hat, weiß man das nicht.)

überhaupt ist das falsch ...

(Thomas Krüger, SPD: Haben Sie das Wort „Buch“ schon mal gehört?)

Überhaupt ist das falsch, und jetzt hören Sie gut zu, denn Historiker sind sich weitgehend und übereinstimmend einig, dass die Gewalterfahrung von Millionen, häufig perspektivlosen Kriegsheimkehrern die wichtigste Ursache für die Aggressivität zwischen den politischen Lagern damals war.

Übrigens ging in Binz die einzige Gewalt – wie eigentlich immer – von den Gegendemonstranten aus,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

zusätzlich aufgehetzt auch durch die fahrlässigen Behauptungen der Ministerpräsidentin dieses Landes.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Anstatt den bizarren Vergleich zur Weimarer Republik anzustellen und somit den absurden Popanz einer im Untergang befindlichen Demokratie aufzubauen, wäre es doch besser gewesen, zur Entspannung und Entkrampfung der Lage beizutragen.

Die Rechtsprechung bezüglich öffentlicher parteipolitischer Positionierungen von Amtsträgern ist zugegebenermaßen widersprüchlich, vor allem, wenn diese eine Doppelrolle als Regierungsmitglieder einerseits und Parteipolitiker andererseits spielen. Doch gerade eine Ministerpräsidentin sollte doch alles unterlassen, was die schon beschriebene Spaltung des Landes weiter vertieft. Natürlich hätte Frau Schwesig in ihrer Eigenschaft als Landesvorsitzende der SPD das AfD-Treffen in Binz durchaus kritisieren können, aber an gleicher Stelle ihrer Verantwortung als Ministerpräsidentin gerecht werden und sich zu Meinungs- und Redefreiheit sowie zu politischem Pluralismus bekennen müssen, mithin zum Recht der AfD, ein solches Treffen, wo auch immer, durchzuführen.

Das linksradikale Blatt „taz“ rief vor wenigen Tagen dazu auf, antifaschistisch, also antifaschistisch gesinnte Zeitgenossen rief die „taz“ auf, sie sollten mit Familienmitgliedern brechen, wenn diese rechts seien. Man dürfe solche Verwandten nicht einmal zu Weihnachten besuchen.

Frau Schwesig, die ja nun heute hier leider nicht anwesend ist, ich kann mir wirklich nicht vorstellen, dass das die Vorstellungen unserer Ministerpräsidentin von einem künftigen Zusammenleben in Mecklenburg-Vorpommern sein sollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Schwesig hat sich häufig öffentlich zu ihrem christlichen Glauben bekannt. Das ist auch gut. Nun ist ja auch bald Weihnachten und da wäre es doch angebracht, wenn die Ministerpräsidentin sich ganz eindeutig und unzweifelhaft auch als die Ministerpräsidentin aller Menschen in diesem Lande einmal darstellt, der Linken, der Mittigen und auch der Rechten,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und auf diese Weise die Gräben in diesem Lande wieder zuzuschütten hilft. – Vielen Dank.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 58 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mal reagieren auf das. Ich würde übrigens auch anbieten, da ich angesprochen bin in dem Antrag, da die Ministerpräsidentin angesprochen ist, vielleicht können Sie ja mal genau zuhören und mit Blick auf unser Zeitkontingent dann selber entscheiden, ob wir es mit einer Reaktion auf dieses unsäglich Treiben hier bewenden lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist nur ein Angebot. Ich weiß, der Ältestenrat hat es anders besprochen, aber es ist ein Angebot. Sie können ja mal hören, ob ich das, was ich vortrage, auch in Ihrem Sinne tue.

Sehr geehrter Herr Arppe, ich habe Ihren Ausführungen hier, auch wenn es schwer möglich ist, ja gelauscht. Ich habe festgestellt, Sie haben sich an der einen oder anderen Stelle nach Abgabe des Antrages noch mal ein bisschen schlaugemacht. Das hätten Sie vielleicht vorher tun sollen, dann hätten Sie sich diesen Antrag nämlich klemmen können.

Zuerst möchte ich Ihnen nämlich zurufen und hätte nicht gedacht, dass ich das einmal tun muss: Glauben Sie doch nicht alles, was in der Zeitung steht! Sonst sind Sie da ja eigentlich auch eher zurückhaltend darin, das zu glauben, was in der Zeitung steht, auch wenn es stimmt.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

In diesem Fall hätten Sie es vielleicht mal nicht tun sollen. Und vor allen Dingen, machen Sie bitte nicht aus allen Sachen, die Sie in der Zeitung lesen und dann glauben, auch gleich einen Landtagsantrag! Das spart uns nämlich Zeit und das spart Ihnen hier einige Peinlichkeit.

Meine Damen und Herren, zunächst mal hat Manuela Schwesig den Bundeskongress der Jusos in der SPD natürlich nicht als Ministerpräsidentin, sondern sie hat diesen als SPD-Politikerin und als Landesvorsitzende der SPD besucht.

(Thomas Krüger, SPD: Ach so!)

Und das war schon immer so und das war auch dieses Mal so.

Und darüber hinaus, meine Damen und Herren, hat, ebenfalls explizit anders, als es in der Zeitung zu lesen war – Herr Arppe hat schon nach Kräften zurückgerudert –, gerade auch der Landtagsabgeordnete Julian Barlen, der hier ja gerade zu Ihnen spricht, zu keinem Zeitpunkt ein Statement oder ein Grußwort von Manuela Schwesig verlesen. Das war nämlich Heiko Miraß, der als Privatmann auf dieser Veranstaltung aufgetreten ist

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

und der übrigens auch als Privatmann angekündigt worden ist auf dieser Veranstaltung, und dann hat er einige Worte von Manuela Schwesig vorgetragen. Und auch hier fiel das Wort „Ministerpräsidentin“ nachweislich nicht.

Ich selber war in Binz als Vertreter des einzig wahren Rassegeflügels hier in Mecklenburg-Vorpommern, nämlich von „Storch Heinar“, und hatte das Vergnügen,

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

hatte das Vergnügen, den Initiatorinnen und Initiatoren dort dieser Proteste sehr für die gelungene und in meinen Augen auch übrigens, ich wüsste es nicht anders, sehr friedliche Kundgebung gegen den „Flügel“ zu danken. Insofern, Herr Arppe, ist Ihr Antrag Fake News und auf Sand gebaut.

Davon abgesehen aber, und das ist tatsächlich ja der entscheidende Punkt, Frau Schwesig ist nicht nur Landesvorsitzende der SPD, sondern sie ist Ministerpräsidentin dieses wunderschönen Bundeslandes und hat in dieser Verantwortung auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und auf die Verfassung unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern geschworen, vor allem geschworen, diese Gesetze und die darin enthaltenen Werte zu wahren und auch zu verteidigen. Und das macht Frau Schwesig als Bürgerin dieses Landes, das macht sie als Landesvorsitzende unserer Partei und das macht sie auch als Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, und darauf können Sie sich verlassen.

Mit Erlaubnis des Präsidiums darf ich einmal die von Herrn Arppe hier herbeigezogenen Worte von Frau Schwesig zitieren: „Herzlichen Dank an alle, die heute Flagge zeigen. Mecklenburg-Vorpommern ist ein weltoffenes und freundliches Land.“

(Thomas Krüger, SPD: Na!)

„Das wollen wir auch bleiben. Machen wir gemeinsam deutlich, dass alle, die rechtsextremes Gedankengut, die Hass und Hetze verbreiten, bei uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht willkommen sind.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

„Demokratie und Freiheit müssen immer wieder neu gestärkt werden.“ Zitatende.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Martina Tegtmeier, SPD: Jawoll!)

Genauso siehts doch aus! Genau das ist doch unser aller Auftrag – jeden Tag. Und dass Sie und Ihresgleichen, Herr Arppe, sich dadurch angesprochen fühlen

(Martina Tegtmeier, SPD: Angegriffen.)

und überhaupt hier als scheinbar Fraktionsloser für den AfD-„Flügel“ zu Felde ziehen,

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

das alles spricht wirklich Bände und das alles spricht für sich, meine Damen und Herren.

Und damit liegen Sie aber auch voll auf der Linie, die selbst ja das Bundesamt für den Verfassungsschutz mit Blick auf den sogenannten „Flügel“ der AfD offiziell vertritt, Zitat: „Es liegen ... hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass es sich um eine extremistische Bestrebung handelt.“

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

„Das propagierte Politikkonzept ist auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtslosstellung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen, und politisch Andersdenkenden gerichtet.“

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

„Es verletzt die Menschenwürdegarantie sowie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Die Relativierung des historischen Nationalsozialismus zieht sich zudem wie ein roter Faden durch die Aussagen der ‚Flügel‘-Vertreter. Einzelne Mitglieder des ‚Flügels‘ weisen nach Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz „zudem Bezüge zu bereits extremistisch eingestuftem Organisationen auf.“ Zitatende. Vergleich: Pressemitteilung des Bundesamtes vom Januar dieses Jahres.

Und selbst der hier auch in diesem Hause leider schon viel zitierte Bernd Höcke

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sie können
sich nicht einmal den Namen merken.
Da sind Sie schon intellektuell überfordert.)

hat diesbezüglich ja zwischenzeitlich auch schon die Segel gestrichen und seine Flinte ins Korn geschmissen. Herr Höcke nimmt die Bezeichnung, Zitat, „immer extremistischer“, Zitatende, inzwischen hin. Zunächst wollte er diesbezüglich Aussagen vom Verfassungsschutzpräsidenten Haldenwang durch das Kölner Verwaltungsge-

richt untersagen lassen. Mit diesem Vorhaben ist Herr Höcke gescheitert, hat dagegen keine Beschwerde eingelegt. Und dieser Beschluss ist rechtskräftig, vergleichbar unterm Aktenzeichen 13 L 2217/19.

So, meine Damen und Herren, warum es in diesem Lichte und vor diesem Hintergrund nicht nur jedermanns Recht, sondern auch jeder Frau Pflicht ist, sich zu den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen, liegt auf der Hand: keine Toleranz mit Intoleranz. Wer in einer toleranten Gesellschaft Intoleranz duldet, schafft die freiheitlichen und demokratischen Werte am Ende selber ab. Und wir gehen Ihrem Pseudoneutralitätstrick, Herr Arppe, nicht auf den Leim! Wir nennen Ross und Reiter dieses blaubraunen Gauls und zeigen denen die Stirn, die mit einfachsten Parolen und die mit Intoleranz ihr politisches Geschäft in diesem Lande betreiben wollen.

Meine Damen und Herren, Manuela Schwesig ist und bleibt die Ministerpräsidentin aller Menschen in Mecklenburg-Vorpommern –

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

selbstverständlich, aller Menschen, gleich welcher Religion, gleich welcher Hautfarbe, gleich welchen Geschlechts und auch gleich welcher politischen Einstellung. Aber diejenigen, die sich gegen unsere Werte und die sich gegen die Menschenrechte wenden, die haben Widerstand zu erwarten, und damit müssen Sie leben. Den Antrag lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Barlen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich so die letzten Monate Revue passieren lasse, was hier im Plenum so geschah, dann frage ich mich, als es Wolf und Migration noch nicht gab, muss es eigentlich sehr langweilig hier gewesen sein. Da gab es keine Angst vorm bösen Wolf, es gab keine Angst vor Messerattacken, es gab noch keine Rassisten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dafür gab
es die NPD! Dafür gab es die NPD! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

es gab keine Neonazis, es gab auch nicht in allen Gruppen dieser Gesellschaft solche, die sich diskriminiert fühlten. Man lebte irgendwie friedlich zusammen.

Aber zurück zum Antrag.

(Julian Barlen, SPD: Erzählen Sie das
unterm Weihnachtsbaum, da haben Sie ...)

Der Antrag des Abgeordneten Arppe ist schon etwas sonderbar, denn der Antrag zielt darauf ab, dass etwas bekräftigt werden soll, was an sich vollkommen selbstverständlich ist, von daher keiner Bekräftigung bedarf. Das alleine könnte dafür sprechen, den Antrag abzulehnen. Aus der Begründung ergibt sich indessen, dass der Antragsteller die für das Amt des Ministerpräsidenten

geltende Neutralitätspflicht als durch die Ministerpräsidentin verletzt ansieht. Dies wird gestützt auf den Umgang der Ministerpräsidentin mit der AfD. Und hier wird die Sache wieder etwas sonderbar, denn die AfD ist die Partei, die den Antragsteller vor einiger Zeit aus der Partei ausgeschlossen hat. Und die AfD kann sich selbst wehren. Sie bedarf nicht des schützenden Arms des fraktionslosen Antragstellers.

Dennoch, in der Sache selbst hat der Antragsteller zweifelsfrei recht. Die Ministerpräsidentin geht mit meiner Partei alles andere als neutral um. Dabei obliegt ihr, soweit sie als Ministerpräsidentin handelt, die Pflicht zur Neutralität. Diese Neutralitätspflicht gilt für alle Staatsorgane. Dies ergibt sich aus der aus Artikel 21 Grundgesetz abgeleiteten Chancengleichheit der Parteien im politischen Wettbewerb. Diese gilt als eine wesentliche Bedingung für eine funktionierende Demokratie. Für parteipolitische Äußerungen gilt diese Neutralitätspflicht allerdings nicht. Wer wie die Ministerpräsidentin in einer Doppelrolle als Ministerpräsident und Parteipolitiker lebt, muss sich dieser Doppelrolle bei dem, was er sagt, genau bewusst sein. Das Neutralitätsgebot gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aber auch für den Parteipolitiker, wenn der Inhaber eines Regierungsamtes seine Aussagen in spezifischer Weise mit der Autorität des Regierungsamtes unterlegt. Davon wird man in der Regel bei den Auftritten der Ministerpräsidentin ausgehen können.

Die Doppelrolle sieht bei dem Auftritt der Ministerpräsidentin auf dem Juso-Bundeskongress dann so aus, dass Frau Schwesig dort im „Storch-Heinar“-T-Shirt herumspringt. Man könnte denken, das sei Ausdruck einer gewissen Reifeverzögerung.

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

Nein, das ist es nicht. Es ist das neue Niveau der SPD für den Ritt in die neue Zeit.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Neutralität ist nicht die Stärke der Ministerpräsidentin. Sie nutzt jede sich bietende Gelegenheit, um die AfD öffentlichkeitswirksam in den Sektor Rechtsextremismus zu stellen oder auf andere Weise zu diffamieren und auszugrenzen.

(Thomas Krüger, SPD:
Ja, da ist ja was dran, ne?!)

Eine solche Gelegenheit nutzte sie beispielsweise bei einem Besuch in Peenemünde, wo sie anlässlich der Übergabe eines Förderbescheids auf die Bürgerinitiative „Krankenhaus Wolgast“ traf. Dort erklärte sie sich zu einem Gespräch mit der Initiative bereit, aber nur unter der Bedingung, dass die mitdemonstrierenden AfD-Mitglieder nicht dabei sein dürften. Ein öffentlicher demonstrativer Akt der Ausgrenzung der AfD.

(Beifall Christoph Grimm, AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ach, und
das darf sie nicht, oder was? –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Dort ist sie als Ministerpräsidentin aufgetreten.

Hören Sie gut zu!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Manchmal betreibt die Ministerpräsidentin die Hetze gegen die AfD auch subtil durch die Hintertür, so bei einer ARD-Talkrunde mit Gauland, dem sie am Ende der Veranstaltung auch die Worte meinte mitteilen zu müssen, die ihr eine 70-Jährige beim Bürgerfest gesagt haben soll, Zitat: „Wenn ich den Ton und die Worte von Gauland höre, dann erinnert es mich an den Ton der Nazis.“

(Jochen Schulte, SPD:
Ja, das sehe ich auch so. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das von einer Frau, die erst nach dem Ende der Naziherrschaft geboren wurde! Im Übrigen müssen Sie sich mal mit Gauland und seinen Reden auseinandersetzen,

(Thomas Krüger, SPD: Oh, vielleicht
tun wir das mehr, als Sie glauben!)

dann wissen Sie genau, wie absurd dieser Vergleich ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ich sage nur „Boateng“!)

Nach der Schulz-Misere

(Thomas Krüger, SPD: „Vogelschiss“! –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

wurde Frau Schwesig von Journalisten gefragt, ob sie nicht in Berlin antreten wolle. Sie erklärte ihre Absage damit, dass es in Mecklenburg-Vorpommern eine Partei gebe, gemeint war die AfD, die die Demokratie infrage stelle, um die sie sich kümmern müsse. Eine unglaubliche Diffamierung!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Renz, CDU: Das habe
ich noch gar nicht gehört.)

Die Haltung von Frau Schwesig hat offensichtlich auch ihren neuen Finanzminister angesteckt.

(Thomas Krüger, SPD: Guter Mann!)

Der brachte es doch laut Zeitungsbericht tatsächlich fertig, die migrationsskeptische Schweriner Bürgerinitiative „Mondays for Germany“

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

mit Sätzen wie „Da stehen die Faschisten“, „Sie sind eine Schande für Deutschland“, anzupöbeln.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Den Niedergang der eigenen Partei vor Augen

(Jochen Schulte, SPD: Ich habe immer
eine hohe Meinung von Ihnen gehabt. –
Zurufe von Dirk Friedrichszik, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

wird die Nazikeule mit allen Facetten angesetzt, um die AfD als nicht wählbare Naziartei zu diffamieren.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Warum ist das so?

(Thomas Krüger, SPD: Gucken Sie in Ihre Reihen, dann wissen Sie es!)

Ich gehe davon aus, dass die Ministerpräsidentin zumindest über ein bescheidenes geschichtliches Grundwissen verfügt

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und deshalb weiß, was die totalitäre Herrschaft des NS-Systems ausgemacht hat und was die AfD davon unterscheidet.

(Jochen Schulte, SPD: Ich denke, das war nur ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte?! – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Es ist aber nicht nur die Angst vor dem Machtverlust alleine, die die Ministerpräsidentin hier antreibt. Es scheint, dass Frau Schwesig an ihre Analysen, wenn man ihre Bewertungen so nennen mag, zumindest teilweise glaubt. Dem liegt das Weltbild vieler schlichter Gemüter zugrunde,

(Thomas Krüger, SPD: Ach deswegen!)

wonach „links“ entgegen dem herkömmlichen Sprachgebrauch „Man gibt nicht die linke Hand“, „linkisch“, „der hat mich gelinkt“ und so weiter für „fortschrittlich“ und „gerecht“, einfach für das Gute steht, während „rechts“ für „rückständig“, „nationalistisch“, einfach für „schlecht“ steht

(Thomas Krüger, SPD: Nee, es geht um das Extreme. Das ist das Problem.)

und im politischen Diskurs undifferenziert mit „rechts-extrem“ gleichgestellt wird. Das führt dann folgerichtig dazu, dass es nicht nur dem zeitgemäßen Rudelverhalten entspricht, allem, was als rechts gilt, den Kampf anzusagen. Damit nicht genug, der Kampf gegen rechts wird moralisch überhöht und liefert sich selbst damit eine neue Legitimation. Und bei diesem Kampf gegen rechts fallen die Schranken. Nebenbei bleiben die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft auf der Strecke. Die aktuellen Beispiele an unseren Hochschulen muss ich Ihnen nicht vorhalten. Sie kennen sie alle. Empört es Sie auch? – Da bin ich mir nicht sicher.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und so erklärt es sich vielleicht, dass eine Ministerpräsidentin, die dem Rechtsstaat verpflichtet sein sollte, keinerlei Berührungsängste mit bekennenden Linksextremisten hat, Hauptsache, es geht gegen rechts. Als Beispiel sei hier nur das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ angeführt,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

ein auf Krawall gebürstetes Bündnis linker, teils links-extremer Gruppierungen

(Peter Ritter, DIE LINKE Da haben wir noch gar nicht drüber geredet heute!)

wie die Antifa und die Interventionistische Linke.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Das Bündnis hat sich auf den Kampf gegen die als Nazi-partei bezeichnete AfD eingeschworen und liefert dazu bedenkliche Handlungsanweisungen. Ich muss das nicht vertiefen hier. Die Ministerpräsidentin gehört mit zu den Erstunterzeichnern. Ja, das ist eigentlich unfassbar.

(Thomas Krüger, SPD: Wir sind stolz auf die Ministerpräsidentin! – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut ist das, sehr gut!)

Genauso unfassbar ist es, dass diese Ministerpräsidentin es für richtig hält, einer Band wie „Feine Sahne Fischfilet“,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

die sich mit ihren widerwertigen, gewaltaffinen, insbesondere Gewalt gegen die Polizei verherrlichenden Texten ins zivilisatorische Abseits stellt, zu Auftritten gegen rechts zu gratulieren.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Auch hier gilt: Hauptsache gegen rechts.

(Beifall Christoph Grimm, AfD)

Was ist los mit einer dem ganzen Volk verpflichteten Ministerpräsidentin, die so agiert,

(Julian Barlen, SPD: Habe ich gerade dargelegt. Sie haben ja gelauscht, da dürften Sie das jetzt wissen.)

bei der, wenn es darum geht, den politischen Gegner von rechts zu bekämpfen, offensichtlich das so oft beschworene Wertesystem im eigenen Kopf kollabiert? Was ist los mit einer Ministerpräsidentin, die mit dem Wort „eine Schande für Deutschland“ in Richtung AfD und ihren Wähler leichtfertig umgeht,

(Thomas Krüger, SPD: Sie hat ein klares Weltbild, ein demokratisches Weltbild.)

vor einer Spaltung der Gesellschaft warnt und selbst nicht merkt, dass sie selbst mit ihrer Diffamierung und Hetze gegen die AfD die Ausgrenzung eines wesentlichen Teils der Gesellschaft betreibt?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Dr. Ralph Weber, AfD: Immer größer werdend.)

Aber die auf allen Ebenen praktizierten Ächtungsversuche haben eine erstaunliche Wirkung. Die Leute merken, dass hier etwas nicht stimmt und bei den benutzten Kampfbegriffen etwas in Unordnung geraten ist. Sie merken, dass die Verweigerung eines Vizepräsidenten, das Einwirken auf Vermieter, nicht an die AfD zu vermieten, die unfaire Berichterstattung, kurzum, die gesamte Diffamierungsstrategie zutiefst undemokratisch ist,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und sie wendet sich auch deshalb von den etablierten Parteien ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Krüger, Ihre Zwischenrufe, Ihr Gerede auf Band

(Thomas Krüger, SPD: Ja.)

wären eine wunderbare Werbungsmaßnahme. Packen Sie das mal zusammen und schicken Sie uns das!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ich höre
Ihnen lieber zu!)

Deshalb sage ich, Frau Ministerpräsidentin, machen Sie ruhig weiter so.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Partei und ich setzen unser Vertrauen in die Vernunft der Wähler, auch und gerade der einfachen Leute, die sehr wohl in der Lage sind, sich ein eigenes Bild zu machen, und Hass und Hetze von Fakten unterscheiden können.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD –
Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

In diesem Sinne möchte ich Sie nicht davon abhalten, mit Ihren Kampagnen weiterhin Wahlkampf für uns, für die AfD, zu machen. Ich werde mich deshalb der Stimme enthalten.

(Julian Barlen, SPD: Revolutionär!)

Meine Fraktion ist hier sich nicht ganz einig, trotz inhaltlicher Übereinstimmung.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Ein Teil meint, mit guten Argumenten auch, dem Antrag sollte zugestimmt werden.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wir haben bekanntlich keinen Fraktionszwang, und das ist gut so, auch vielleicht in diesem Fall. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Förster.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich inhaltlich voll und ganz an die Rede des Kollegen Barlen anschließen, aber ich glaube, nach der Rede ist es dann doch noch mal notwendig, das eine oder andere zu sagen,

(Manfred Dachner, SPD:
Ja, das ist richtig.)

also nach der eben gehörten Rede. Wer der Ministerpräsidentin hier von diesem Pult aus „Reiferverzögerung“ vorhält, sehr geehrter Herr Förster,

(Horst Förster, AfD: Da können Sie drüber nachdenken.)

der verfügt weder über politische noch über moralische Reife, um in diesem Haus reden zu dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Es ist eine bodenlose Frechheit.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Die Ministerpräsidentin hat ihren Amtseid auf die Landesverfassung geleistet. In die Landesverfassung Artikel 18a empfehle ich Ihnen, mal reinzugucken: Weltoffenheit, friedliche Konfliktlösung.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die Ministerpräsidentin nimmt diesen Amtseid sehr ernst, und deshalb bin ich an dieser Stelle sehr stolz, eine solche Ministerpräsidentin zu haben, Herr Förster.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und dann schauen wir uns doch mal an, wer sich da so alles bei dem „Flügel“-Treffen versammelt hat.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Die Crème de la Crème!)

Der Herr Arppe, von dem sich die AfD angeblich getrennt hat.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, vielleicht haben Sie ihn aus der Partei rausgeschmissen, medienwirksam, aber inhaltlich,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

inhaltlich haben Sie sich doch keinen Millimeter von Herrn Arppe getrennt.

(Thomas Krüger, SPD: Genauso ist es.)

Keinen Millimeter!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Er wurde begrüßt auf dem „Flügel“-Treffen unter anderem vom Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion.

(Julian Barlen, SPD: Hört, hört! –
Manfred Dachner, SPD: Ja, natürlich!)

Und wer war denn noch so anwesend? Ein Herr Höcke, der als „Faschist“ bezeichnet werden darf,

(Dr. Gunter Jess, AfD: Ich war auch da.)

und der Vorsitzende des Finanzausschusses dieses Landtages ist wahrscheinlich noch stolz drauf, dass er gemeinsam mit Höcke an diesem Treffen teilgenommen hat.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Und wer war denn noch da? Ein Herr Kalbitz, der nachgewiesenerweise eine Vergangenheit bei der NPD-Nachwuchsorganisation hat.

(Horst Förster, AfD: Von der Vergangenheit müssen Sie gerade reden, ja?!)

Mit denen haben Sie sich getroffen. Die leben nicht nur in Ihrer Vergangenheit, die leben in Ihrer Zukunft und Gegenwart, Herr Förster. Mit solchen Leuten umgeben Sie sich. Und da sind Sie auch noch stolz drauf

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

und diffamieren die Ministerpräsidentin, die hier mit deutlichen Worten gegen so etwas auftritt.

Aber das reicht ja immer noch nicht aus, Herr Dr. Jess. Wissen Sie, mit wem Sie sich noch getroffen haben?

(Dr. Gunter Jess, AfD: Ja, sagen Sie!)

Mit Haik J., einer zentralen Person aus den Nordkreuz-Komplex.

(Thomas Krüger, SPD: So ist das!)

Da stellt der kluge Dr. Jess die Frage: Wer ist denn das? Sie sollten sich vielleicht mal informieren, bevor Sie zu solchen Treffen fahren, Punkt eins. Und Punkt zwei sollten Sie die Beschuldigungen hier gegenüber der Ministerpräsidentin zurücknehmen. Und wenn denn diese Fraktion ein gespaltenes Abstimmungsverhalten zeigt

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

zu dem Antrag des Kollegen Arppe, dann zeigt das Ihr wahres Bild. Sie sind inhaltlich auf einer Linie. In dieser AfD-Fraktion steckt noch viel mehr Arppe, als Sie wahrhaben wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt noch einmal der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Bürger!

Ja, Herr Ritter, Ihr Insiderwissen ist ja bemerkenswert bei einer an sich ja geschlossenen Veranstaltung. Hatten Sie da wieder Ihre Stasi...

(Thomas Krüger, SPD: Ja, da sehen Sie mal! – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind doch wohl alle über die Straße ins Hotel gegangen, oder was?!)

Sind Ihre Stasileute da wieder unterwegs gewesen? Aber na ja.

Zu Ihren Ausführungen eben,

(Thomas Krüger, SPD: Wenn Sie weiter keine Argumente haben! – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, na ja! Lesen Sie die Berichte von „Endstation Rechts“! – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

zu Ihren Ausführungen eben, sowohl zu den von Ihnen als auch zu denen von Herrn Barlen: Ja, auch Sie sollten das von mir gestern erwähnte Buch von Hermann Lübke, das ich ja eigentlich Herrn Dachner ans Herz legte, auch mal lesen, „Politischer Moralismus“. Mehr ist das nämlich nicht, was Sie hier machen, nicht?

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Sie verschieben die Debatte, um die es eigentlich geht, und die war ja an sich gar nicht böse gemeint meinerseits,

(Julian Barlen, SPD: Sind Sie für Inklusion eigentlich?)

Sie verschieben die auf eine moralische Ebene und verlassen damit die sachlich-argumentative Ebene.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Oh Gott!)

Und insofern zeigen Sie damit ja nur, dass die Vorwürfe, die Sie anderen machen, auf Sie selbst herabfallen.

(Beifall Dirk Lerche, AfD)

Jetzt, Herr Ritter, zu Ihren Vorwürfen in Bezug auf die Teilnehmer dieses „Flügel“-Treffens da in Binz. Da, werfen Sie dann vor, wären ein Herr Kalbitz, ein Herr Höcke und so weiter gewesen und ich auch, ganz furchtbar. Ja, natürlich. Wissen Sie, als in Waren der AfD-Landespartei tag stattfand, auf dem ich als Gast auch zugegen war, da glaube ich, Sie gesehen zu haben zum Beispiel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich hab Sie auch gesehen, stellen Sie sich mal vor!)

Ja, ja, schade, wir hätten uns mal unterhalten sollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, schade, schade! Die ganzen Typen habe ich da auch gesehen!)

Da habe ich Sie gesehen unter der Fahne der MLPD, einer vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremen,

(Thomas Krüger, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE: Ach Gott!)

linksextremen Partei.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie selber sind Landessprecher, das erwähnen Sie auch immer ganz stolz,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, aus gutem Grund! Aus gutem Grund!)

einer ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation.

(Peter Ritter, DIE LINKE: VVN wird hier nicht vom Verfassungsschutz beobachtet!)

Also Sie haben überhaupt keinen Grund,

(Peter Ritter, DIE LINKE: VVN wird hier nicht vom Verfassungsschutz beobachtet!)

Sie haben überhaupt keinen Grund,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Klare Kante gegen die AfD, Herr Arppe!)

mir oder der AfD irgendwelche Vorwürfe ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Keinen Millimeter werden wir weichen! Keinen Millimeter! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Birgit Hesse: Einen Moment bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Arppe, ich habe Ihnen jetzt einen großen Spielraum gelassen. Ich bitte Sie doch, jetzt zu Ihrem Antrag noch mal zu reden. Da ging es ja um die Ministerpräsidentin für alle Bürger.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also unter anderem für mich. Das ist meine Ministerpräsidentin!)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Holger Arppe, fraktionslos: Genau, genau. Aber Sie sehen mir nach, ich muss auch auf diese Vorwürfe eingehen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die Ministerpräsidentin hätte gut daran getan, sich zum Beispiel von der Gewalt, die dort auch ausgeübt wurde, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was, in Waren?! In Waren wurde Gewalt ausgeübt?!)

In Binz, in Binz.

... zu distanzieren. Sie hätte gut daran getan, sich von den linksextremen Teilnehmern,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

die dort auch zugegen waren, zu distanzieren, wenn Sie dann schon das Grundgesetz hier immer wieder aufs Tabet heben.

Und dass der Herr Miraß dabei war, zeigt ja eigentlich bloß, als Staatssekretär, dass es beabsichtigt war, auch hier als Vertreter der Landesregierung ein Zeichen zu setzen. Sonst hätte ja wirklich Herr Barlen sprechen können als Parteivertreter, aber ein Staatssekretär, das ist dann doch schon etwas fragwürdig und zeigt einmal mehr, dass mein Antrag so unbegründet gar nicht ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh Gott! Das denken Sie!)

Vielen Dank.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Tschüss! Frohes Fest und guten Rutsch!)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos, auf Drucksache 7/4438. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltung? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos, auf Drucksache 7/4438 bei Zustimmung durch den fraktionslosen Abgeordneten und teilweise Zustimmung aus der Fraktion der AfD, bei Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU und LINKE sowie der fraktionslosen Abgeordneten und teilweise Enthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Medikamentenversorgung sicherstellen – weitgehende Unabhängigkeit wieder herstellen, Drucksache 7/4448.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Medikamentenversorgung sicherstellen –
weitgehende Unabhängigkeit wieder herstellen
– Drucksache 7/4448 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Arzneimittel sollen helfen, heilen, lindern. So sie wirksam sind, schützen, verbessern und ermöglichen sie Leben. Arzneimittel gibt es Zehntausende und ausweislich der Statistik des Apothekerverbandes mit Datum vom 31. Dezember vergangenen Jahres 103.212. Man unterscheidet in apothekenpflichtige und nicht apothekenpflichtige Medikamente. Unter den apothekenpflichtigen unterscheidet man wiederum in verschreibungspflichtige und nicht verschreibungspflichtige. Bei den verschreibungspflichtigen Medikamenten gibt es innovative und patentgeschützte sowie Arzneien, deren Patentschutz abgelaufen ist. Es handelt sich hierbei um sogenannte Generika, also wirkstoffgleiche beziehungsweise wirkstoffähnliche Nachahmerprodukte.

Im vergangenen Jahr verzeichnete die Gesetzliche Krankenversicherung für Arzneimittel Ausgaben in Höhe von 34 Milliarden 620 Millionen Euro. Zehn Jahre zuvor waren es 25,91 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg von 33,61 Prozent. Die Verbraucherpreise der Arzneimittel stiegen im gleichen Zeitraum um 13 Prozent. Das ist ein Fingerzeig darauf, dass der Medikamentengebrauch tendenziell steigt.

Tendenziell steigt aber auch die Zahl der sogenannten Defekte. Von Defekten ist die Rede, wenn es bei der Versorgung von Medikamenten zu Lieferengpässen oder Versorgungsengpässen kommt. Von Lieferengpässen redet man dann, wenn ein verordnetes Medikament länger als zwei Wochen nicht bereitgestellt werden kann. Bei einem Versorgungsengpass kommt hinzu, dass auch ein wirkstoffähnliches Präparat nicht geliefert werden kann. Das kommt zunehmend häufiger vor. Vor fünf

Jahren wurden bei durchschnittlich 40 Arzneimitteln Lieferengpässe verzeichnet, im vergangenen Jahr waren es durchschnittlich 264 Medikamente.

264 bei der Dimension, die ich vorhin nannte, über 103.000 hört sich erst einmal wenig an, aber man muss dann noch mal unterscheiden, um welche Präparate es sich handelt. Und die Dimension wird deutlich, wenn man dann erfährt, dass es im Jahr 2017 sich um 4,7 Millionen Packungen Arzneimittel handelte und im vergangenen Jahr dann bereits um 9,3 Millionen Packungen. Vor zwei Tagen bin ich der Neugier halber mal hier in Schwerin in der Weststadt in eine Apotheke gegangen und habe kurzerhand mal nach der Zahl der Defekte an jenem Tag gefragt, und zu diesem Zeitpunkt waren es dort 170.

Die Nichtbereitstellung von Medikamenten ist ein ernstes Problem, ein Beispiel möge das verdeutlichen:

Am 26. Mai schreibt eine Patientin auf einem Gesundheitsportal, ich zitiere: „Also ich muss seit 2008 wegen Panikattacken, Burnout und Klaustrophobie Venlafaxin 150 Milligramm nehmen.“ Und aufgrund der Nichteinnahme schreibt sie weiter, wieder Zitat: „Ich hatte Zustände, wie Ohrensausen, Schwindel, als würde alles vor mir umfallen, also Wände und so, fühlte mich ständig ausgemergelt, müde und nachts war es besonders schlimm, was ich nicht einmal meinem schlimmsten Todfeind wünsche. Ich wachte schweißgebadet auf, als würde mich jemand hochschrecken. Wieso“, fragt sie, „ist das Absetzen dieser Medikamente so grauenvoll?“.

Man bekommt durch diese Schilderung eine Anmutung, wie es Menschen gehen kann, wenn die erforderlichen Medikamente nicht lieferbar sind. Dies ist jedoch nicht nur bei Antidepressiva der Fall. Es betrifft auch Schmerzmittel, Mittel gegen Epilepsie, Gicht, Herpes, Blutdrucksenker und zuweilen, was besonders schlimm ist, auch Medikamente im Kampf gegen Krebs.

Interessanterweise registrieren Apotheken Lieferschwierigkeiten bei generischen Standardarzneimitteln, wie etwa Ibuprofen, oder auch bei einzelnen patentgeschützten Arzneimitteln, nicht jedoch bei den sogenannten Hochpreiskern. Das sind zum Beispiel neuartige Gen- und Zelltherapien, wo die Kosten einer Behandlung wie etwa beim Medikament Zolgensma gegen Muskelschwund 1,86 Millionen Euro betragen. Der Anteil derartiger Hochpreiskern am Apothekermarkt ist in den vergangenen 15 Jahren von vormals 3 Prozent auf mittlerweile 38 Prozent gestiegen. Verbandsvertreter konstatieren mit bitterem Unterton: Während es Lieferausfälle meist bei älteren, preiswerten Medikamenten gibt, bekommen wir die hochpreisigen Arzneien prompt und mit Kühلتasche gratis dazu. Somit wird klar, Lieferengpässe sind kein Marktversagen, Lieferengpässe sind marktkonform. Hersteller zielen darauf, was am meisten bringt, und wie in anderen Branchen auch kommt es zu Konzentrationsprozessen.

Letztgenannte haben mittlerweile ein gigantisches Ausmaß. Die Produktion von Wirkstoffen – sie sind die Grundlage jeglicher Medikamente – erfolgt weltweit zu mehr als 80 Prozent in China, Indien und Israel. Gibt es an einem dieser wenigen Produktionsstandorte Schwierigkeiten, sitzen weltweit Pharmakonzerne auf dem Trockenen. In der Konsequenz jedoch sind die Patientinnen und Patienten der Situation hilflos ausgeliefert. Hinzu kommt, dass im Run auf die fettesten Brocken mittlerwei-

le die Forschung und Herstellung von Antibiotika als nicht lukrativ gilt.

Das ist eine Situation, die wir nicht hinnehmen dürften und mit der wir uns auch nicht abfinden dürfen. Mit diesen Abhängigkeiten muss Schluss sein. Die Linksfraktion möchte Sie dafür gewinnen, dass wir die Landesregierung beauftragen, auf Bundesebene Initiativen für eine stabile Versorgung mit Medikamenten sicherzustellen und die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Wir wollen eine Verlagerung der Produktion von Wirkstoffen besonders lebensnotwendiger und unersetzlicher Medikamente nach Deutschland. Das betrifft vor allem Krebsmedikamente, Antibiotika und Medikamente für Kinder. Auch wollen wir, dass das Potenzial in Forschung und Produktion in Mecklenburg-Vorpommern gehoben wird, um auf diesem Gebiet selbst aktiv zu werden. Was wir uns darüber hinaus noch vorstellen können, spreche ich dann in der Debatte an. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit bis hierher.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde vereinbart eine Aussprache mit einer Dauer von 58 Minuten. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Linksfraktion hat ein Problem oder greift es auf, was schon seit längerer Zeit in Deutschland, aber auch in Europa eine Rolle spielt. Es treten tatsächlich Lieferengpässe bei Arzneimitteln auf. Und, Herr Koplin, Sie brauchen aber die Landesregierung nicht aufzufordern, diese Themen anzupacken. Die sind schon seit längerer Zeit Thema bei uns im Gesundheitsministerium und wir sind auch in engen Gesprächen über das Gesundheitsministerium in der Friedrichstraße und natürlich auch mit den Apothekern und mit den Krankenhausapotheken im Land.

Die Fragen, die Sie, oder die Dinge, die Sie aufgeworfen haben, sind richtig. Es ist in besonderer Weise bei einigen Generika ein Problem, andererseits muss man aber auch sagen – oder bei Antibiotika ein Problem –, bei Krebsmedikamenten sehe ich das Problem nicht so groß, weil da mittlerweile deutlich bessere Medikamente entwickelt sind und die auch dazu führen, dass gerade im Kampf gegen Krebs doch erhebliche Fortschritte in den letzten Jahren erzielt werden und weiter aufgebaut werden. Und da ist Mecklenburg-Vorpommern gerade auch an den Standorten in Rostock, an der Universität in Greifswald und vor allen Dingen auch in Teterow, denke ich, auf einem sehr guten Weg, der dazu führt, dass Krebstherapien, gerade bei Bluterkrankungen et cetera, deutlich an Qualität gewonnen haben.

Die Versorgungsprobleme werden natürlich auch durch Alternativpräparate ausgeglichen. Allerdings muss man immer feststellen, jeder Patient, der ein verordnetes Medikament, und da gehts ja in der Regel immer um die Farbe oder um den Wirkstoff oder auch die Dinge, die als Ballast sozusagen in eine Tablette oder in ein Medikament gebracht werden, nicht von jedem gleich vertragen

werden. Von daher muss man sagen, dass nicht alle Lieferengpässe zu Versorgungsproblemen kommen, aber doch zu erheblichen Debatten oftmals gerade in den Apotheken oder beim Arzt, der dies verordnet, führen.

Die Ursachen für Lieferengpässe sind vielfältig. Einerseits passiert es manchmal, dass Qualitätsmängel bei der Herstellung oder Probleme bei der Produktion auftreten. Das heißt, oftmals sind Wirkstoffe verunreinigt. Und in dem Moment, wenn Verunreinigungen stattfinden, muss man ganze Serien dann auch vernichten oder aus dem Markt entfernen.

Unzureichende Produktionskapazitäten, da will ich Ihnen ausdrücklich recht geben, Herr Koplín, sind bei Antibiotika vorhanden, gerade in Europa, auch in Amerika mittlerweile. Und die Antibiotikaproduktion findet tatsächlich mehr im asiatischen Raum statt – in China, in Japan und in Indien. Das haben wir jetzt mehrere Male auch mit der Bundesebene diskutiert, dass man dafür ein europäisches Programm braucht. Und Deutschland muss auch in dieser Frage bei Antibiotika nach unserer Meinung, jedenfalls in Fachmeinungen und auch nach meiner eigenen Meinung, dazu kommen, dass einmal bei den Antibiotika neue Forschungsanlagen und neue Forschungsprojekte auf den Weg gebracht werden, um gerade MRSA oder multiresistente Keime, die oftmals bei Antibiotikagaben jetzt auftreten, zurückzudrängen. Es sind viele resistente Keime mittlerweile entstanden und viele Antibiotika wirken nicht mehr. Das heißt also, die Wissenschaft muss in dieser Frage deutlich mehr forschen. Da muss auch insgesamt mehr Geld ins System gesteckt werden, um dann hier auch in Deutschland und Europa dieses Problem anzugehen und es nicht anderen Staaten in dieser Welt zu überlassen, die Dinge vorzubereiten.

Es gibt natürlich noch andere Dinge, die hier zu nennen sind. Auch die Reserven bei Medikamenten müssen erhöht werden, um die Lieferung und die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Da gibt es natürlich einige Hinweise, die wichtig sind. Auch hat sich der Deutsche Bundestag und auch die Ausschüsse im Deutschen Bundestag haben sich mit diesen Themen beschäftigt und sie fordern auf, dass das Versorgungsrisiko, was ja besteht, durch mehr Einlagerung von Medikamenten in Apotheken der Krankenhäuser, aber natürlich auch in den Versorgungsdepots stattfinden muss, um Lieferengpässe zu minimieren. Dann geht es ja auch darum, um die Einführung einer verpflichtenden Meldung von pharmazeutischen Unternehmen an Krankenhäuser, dass Lieferengpässe bestehen, dass die rechtzeitig und frühzeitiger rausgehen. Weiterhin werden Verbesserungen bei der Akutversorgung der Patientinnen und Patienten und damit Vorratsbestellungen für Importarzneien durch die Krankenhausapotheken erwartet.

Meine Damen und Herren, auch im Jour fixe 2019, also in diesem Jahr, sind Liefer- und Versorgungsengpässe diskutiert worden und es wurden verschiedene Empfehlungen ausgearbeitet. Dazu soll im Rahmen der Vertragsgestaltung zwischen pharmazeutischer Industrie und Apothekenbetreibern die Robustheit dieser Fähigkeit für Kliniken besser berücksichtigt werden. Das ist eine Festlegung, die gerade vor kurzer Zeit getroffen worden ist. Aktuell schlagen die Bundestagsfraktionen ein Bündel von Maßnahmen vor, um den Lieferengpässen zu begegnen. Verpflichtende Meldungen sollen schnell abgesetzt werden und erwartete Lieferengpässe vorausschauend gemeldet werden.

Exportverbote bei Lieferengpässen, in besonderer Weise von bedrohten Medikamenten, sollen auch ausgesprochen werden, das heißt, Deutschland soll auch Reserven anlegen und nicht alles exportieren, was der Weltmarkt nachfragt. Es geht auch um die Versorgung der eigenen Bevölkerung. Die Ausweitung der Vorhalteplichten für Krankenhäuser und Hersteller ist ein wichtiges Angebot. Und entscheidend ist auch die Frage, gibt es ergänzende Regulierungen im Bereich der Rabattverträge wie die Verschärfung von Vertragsstrafen als ein Mittel bei Nichteinhaltung eingegangener Verpflichtungen. „Qualitätszuschläge für die Einhaltung von erhöhten Sicherheits- und Produktionsstandards“ ist ein weiteres Thema, und – das andere habe ich schon mal gesagt – dass in Europa insgesamt dann auch die Produktion von Medikamenten wieder deutlich angehoben wird und das zu einem Thema insgesamt wird, dass die Medikamente für die Bürgerinnen und Bürger, es sind immerhin 500 Millionen Menschen, die hier in Europa leben, dann auch gesichert werden.

Meine Damen und Herren, wir haben damit einerseits ein globales Problem, aber andererseits haben wir natürlich legitime Interessen, die auch dazu führen müssen, dass eben die Produkte, die in Deutschland produziert werden, auch für die einheimische Bevölkerung vorgehalten werden, dass man nicht alles exportieren kann und dass in dieser Frage auch nicht grundsätzlich nur das Geld eine Rolle spielt – nein, die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben im Land 397 Apotheken, 9 Krankenhausapotheken und etwa 1.000 Beschäftigte, die jeden Tag ihre Arbeit tun und natürlich auch dafür sorgen oder dafür sorgen wollen, dass eine ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung sichergestellt wird.

Innerhalb der Landesregierung sind diese Themen bekannt. Ich sage es noch mal: Wir haben das also in diesem Jahr im Februar mit der Bundesregierung besprochen, wir haben in der Gesundheitsministerkonferenz die Probleme angesprochen und wir haben in besonderer Weise darauf gedrungen, dass es bei der Antibiotikaforschung endlich zu einer massiven finanziellen Bereitstellung kommen muss, um neue Medikamente zu entwickeln, die am Ende auch gerade bei Antibiotikaresistenzen einzusetzen sind, die mittlerweile immer mehr zunehmen. Da müssen neue Medikamente auf den Markt, um auch die Versorgungssicherheit und damit auch die Therapiesicherheit von betroffenen Patienten wieder zu erhöhen. In letzter Zeit gab es ja das eine oder andere Problem auch an der Universität und in der Umgebung von Greifswald. Da haben allerdings dann Medikamente geholfen, die man fast schon vergessen hat. Das waren Antibiotika, die zu DDR-Zeiten entwickelt worden sind, also Medikamente, die als Reserve für die Behandlung eingesetzt sind, die haben glücklicherweise geholfen.

Meine Damen und Herren, es ist so, dass wir auch in den Arbeitsgruppen einmal der Landesgesundheitsbehörden vertreten sind, andererseits aber auch die Kontakte auf der Bundesebene herstellen und Bildung und Forschung unterstützen, genauso die nationalen Interessen und auch die internationalen Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um diese Lücken, die aufgetreten sind, im Laufe des nächsten Jahres und übernächsten Jahres zu schließen.

Ja, meine Damen und Herren, das wäre das, was ich Ihnen jetzt erst mal sagen kann. Natürlich wollen wir

auch in Mecklenburg-Vorpommern Arzneimittelfirmen ansiedeln. Wir sind da gerade wieder in Gesprächen mit schweizerischen Unternehmen, das will ich hier mal kurz noch ankündigen, dass wir also auch im Bereich der Pharmaindustrie auf dem Weg sind, hier Verbesserungen zu erreichen, dass eben auch Mecklenburg-Vorpommern Standort wird von Produktion und Forschung für Medikamente, die für die Menschheit bedeutend sind. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Verehrte Gäste! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE greift ein Thema auf, das derzeit immer mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt. Da hat der Minister auch bereits darauf hingewiesen. Das hat auch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte auf seinem 10. Jour fixe zum Thema „Liefer- und Versorgungsengpässe“ am 11.07.2019 festgestellt, wie aus dem Sitzungsprotokoll hervorgeht.

Auch der Bundestag hat sich bereits Anfang 2019 mit einem Gesetzentwurf zur Sicherheit in der Arzneimittelversorgung, Drucksache 19/8753, befasst. Es gibt einen entsprechenden Gesetzentwurf, der Minister hat schon daraus berichtet in seinem Statement. Dabei ging es vor allem um die Qualitätssicherung von Arzneimitteln. In dem Zusammenhang gab es einen Antrag der AfD, in dem verlangt wurde, dass alle Arzneimittel auf Verunreinigungen mit Nitrosaminen untersucht werden in Deutschland. Hintergrund war der Rückruf des Blutdrucksenkers Valsartan durch den chinesischen Hersteller wegen derartiger potenziell krebserregender Verunreinigung Anfang 2018. DIE LINKE beantragte wiederum die Streichung der Importförderklausel, das heißt, der sogenannten Reimportklausel im SGB V, wodurch Apotheken zur Abgabe billigerer Importarzneimittel verpflichtet werden.

Ich führe diese Aktivitäten auf, um deutlich zu machen, das Thema ist aktuell. Auch der Minister hat deutlich gemacht, es ist nicht unbekannt. Die Medikamentenversorgung in Deutschland weist seit Jahren regelmäßig Störungen auf. Die Ärzte, Kliniken und Apotheker können ein trauriges Lied davon singen. In den meisten Fällen kann auf analoge Wirkpräparate zurückgegriffen werden, sodass die Auswirkungen auf die Patienten häufig gering bleiben. Ärzte berichteten mir, dass sie feststellen mussten, dass manche Narkotika mitunter nicht die gewohnte Wirkung entfalteten und höhere Dosen als gewohnt eingesetzt werden mussten. Sie führten dies auf Unregelmäßigkeiten bei der Wirkstoffkonzentration zurück.

Die Medien, auch öffentlich-rechtliche, greifen die zunehmenden Probleme bei der Medikamentenversorgung und der Medikamentensicherheit und zum Teil in Verbindung mit Betrugsdelikten zunehmend auf. In den letzten Jahren gab es immer wieder aufsehenerregende Betrugsfälle und Fälschungen, verbunden mit Rückrufaktionen sowohl bei Medikamenten als auch bei Medical-Artikeln. Zum Beispiel denken wir an die Brustimplantate.

Wie ist die allgemeine Situation? Deutschland galt im 20. Jahrhundert als ein Land mit einer weltweit erfolgreichen Pharmaindustrie. Firmennamen wie Merck, Bayer, Fresenius, Boehringer, Jenapharm und andere sind bekannt. Seit einigen Jahrzehnten versuchen Politik und Krankenkassen die stetig steigenden Gesundheitskosten in Deutschland durch immer neue Regelungen in den Griff zu bekommen. Dabei wurde an mehreren Fronten gekämpft, einerseits an den Fronten der Kosten für ambulante und stationäre Versorgung und andererseits an der Kostenfront für Arzneimittel. Die Kosten der ambulanten Versorgung hoffte man durch die Deckelung der Gesamtkosten und Budgeteinführung, die stationären Behandlungskosten durch Einführung der DRG und die Arzneimittelkosten durch Rabattverträge und verpflichtende Reimportquoten in den Griff zu bekommen. Heute kann, ja, muss man sagen, diese Maßnahmen zeigten nur zeitlich begrenzte Effekte und führen zu nicht unerheblichen Risiken.

Inzwischen ist der internationale Medikamentenmarkt charakterisiert durch Phänomene der Globalisierung: Verlagerung der Produktion von Wirkstoffen in billiger produzierendes Ausland, insbesondere China, Indien, wir hörten bereits davon, Konzentration der Wirkstoffproduktion auf weniger große Hersteller, woraus sich eine große Störanfälligkeit für die Versorgungssicherheit bei eventuellen Produktionsstörungen ergibt, geringere Produktions- und Sicherheitsstandards in den Billiglohnländern verbunden mit hohem Kontrollaufwand von den entsprechenden Aufkäufern, unzureichende Produktions- und Umweltstandards in den Billigländern mit den inzwischen nachgewiesenen negativen Folgen für die Herausbildung antibiotikaresistenter Bakterienstämme – man kann nur sagen, nach den Berichten, die wir jetzt gehört haben auch in den Medien, wird da noch richtig ein Problem auf uns zukommen – und als Letztes Rückzug der Pharmafirmen aus der Entwicklung neuer Medikamente, insbesondere Antibiotika, wegen geringer Renditeerwartungen bei hohen Kostenrisiken. Und man kann vielleicht auch sagen, vielleicht hat die Natur auch den Wettlauf gewonnen. Derartige Probleme könnten beliebig weiter aufgeführt werden.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE macht folgende Lösungsvorschläge: Erstens, Abhängigkeit Deutschlands von Importen verringern, das heißt, die nationale Produktion stärken, und zweitens, das Potenzial zur Erforschung und Produktion von Medikamenten in Mecklenburg-Vorpommern prüfen und gegebenenfalls diese Potenziale staatlich fördern.

Herr Koplin, in der Presse wurden Sie sogar mit der Forderung nach einer gegebenenfalls notwendigen Verstaatlichung von Pharmafirmen zitiert.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Mit dieser Forderung reichen Sie einem jungen SPD-Politiker die Hand, dessen Name mir jetzt entfallen ist,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Kühnert.)

der aber bekannterweise medienwirksam über die gegebenenfalls notwendige Verstaatlichung der Autoindustrie spekuliert hatte. Ich sehe mit diesen Forderungen eine DDR 2 am Horizont auferstehen und wundere mich nur, wie schnell vergessen wurde, dass die sozialistische Produktion in der DDR einen Mangel- und einen Pleite-

staat zur Folge hatte. In alten sozialistischen Ideen die Lösung der beschriebenen Probleme zu sehen, das ist nun wirklich gestriges Denken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber lassen wir diese ideologische Ausrichtung der Debatte. Das anfangs beschriebene Problem an sich sehen wir ebenso wie Sie, Herr Koplín, und wir sehen auch den Handlungsbedarf. Aber nicht nur wir sehen die Problematik, sondern natürlich auch die Fachinstitutionen. Das BfArM gibt seit April 2017 eine regelmäßig aktualisierte Liste der Arzneimittel und Wirkstoffe heraus, ich zitiere, „die in Bezug auf ihre Verfügbarkeit für die Patientenversorgung einer besonderen behördlichen Beobachtung unterliegen“. Derzeit stehen auf dieser Liste mit Stand 05.09.2019 insgesamt 87 Wirkstoffe, bei denen nur ein Zulassungsinhaber oder ein Hersteller oder Wirkstoffhersteller verfügbar ist.

Das Problem ist also offenbar erkannt, der Herr Minister berichtete auch schon darüber, es ist damit aber leider doch noch nicht gebannt. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam nach realistischen und nachhaltigen Lösungen suchen. Folgende Punkte möchte ich zur Diskussion stellen:

Erstens. Ja, es ist aus unserer Sicht sinnvoll, die Schlüsseltechnologie für die Produktion wichtiger, teurer und relevanter Medikamente für die Versorgung unseres Volkes im eigenen Land oder zumindest in organisatorisch und geografisch und kulturell eng verbundenen Volkswirtschaften zu halten. Das ist nicht die Forderung nach Abschottung,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sondern die Forderung nach Diversifikationen der Bezugsquellen,

(Beifall Horst Förster, AfD)

Diversifikationen der Bezugsquellen. Das bedeutet, dass für wichtige Medikamente, zum Beispiel der oben genannten Liste, eine festgelegte nationale Produktionsrate sinnvoll sein könnte und deshalb diskutiert werden muss. Die Art der Realisierung kann vielfältig sein und ist in den Ausschüssen zu diskutieren. Das einfachste Mittel wäre jedoch – und das sollte kein Tabuthema sein – die Einführung von Zöllen, um die einheimische Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb aus Billiglohnländern zu schützen.

Zweitens das Problem der Arzneimittelsicherheit. Arzneimittelimporte aus Ländern ohne gesicherte Good-Practice-Produktionen sind einer regelmäßigen und grundsätzlichen Qualitätssicherung zu unterziehen. Hier böte sich das AMÜSt an, also die Arzneimittelüberwachungsstelle. Die Kosten für diese Qualitätssicherung sind den Importeuren aufzuerlegen. Aufgedeckte Mängel sind mit Vertragsstrafen zu koppeln. Das sind aber alles Regelungen, die dem Bundesgesetzgeber anstehen. Dieses Parlament kann bestenfalls die Landesregierung auffordern, sich für eine alsbaldige bundesgesetzliche Regelung einzusetzen.

Damit bewegen wir uns aber auch schon an der Grenze dessen, was der Politik möglich ist. Der Pharmamarkt wird derzeit von wenigen Großkonzernen beherrscht. Die Internationalisierung und Monopolisierung bei den Produzenten ist weit fortgeschritten. Die Auseinanderset-

zung mit diesen multinationalen Konzernen durch nationale Einkaufsorganisationen ist beschränkt, wenn kein ausreichender Wettbewerb mehr existiert. Die politische Einflussnahme muss also auf höchster Ebene erfolgen. Hier könnte die EU einmal zeigen, dass sie wirklich zu etwas nützlich ist. Bislang sind die Erfolge eher nicht erkennbar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So wäre es vermutlich sinnvoll, gegen die Marktmacht von Monopolanbietern vorzugehen und diese zu einer Diversifizierung zu zwingen oder international tätige Firmen zu zwingen, ihre Steuern anteilig in den Ländern zu zahlen, in denen sie ihren Umsatz generieren. Erste Ansätze in diese Richtung erleben wir derzeit bei den großen IT-Firmen. Ich verlasse dieses Themenfeld, weil es nicht in den Aufgabenbereich eines Landesparlamentes gehört.

Drittens. Kommen wir zum zweiten Punkt des Antrages, nämlich der Prüfung unserer Potenziale im eigenen Land Mecklenburg-Vorpommern. Diese Thematik liegt meiner Fraktion, wie man so schön sagt, sehr am Herzen. Dabei möchte ich zunächst auf die positive Entwicklung der Firma CHEPLAPHARM Greifswald-Riems oder AqVida in Dassow hinweisen. Ich möchte als Kuratoriumsmitglied von BioCon Valley es auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass gerade die Unterstützung des Landes für BioCon Valley die Intention hatte, Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken und zu unterstützen. Leider sind die wirklich greifbaren Ergebnisse meines Erachtens noch überschaubar. Deshalb wäre eine Nachsteuerung sinnvoll und gegebenenfalls eine Neujustierung im Hinblick auf die Arzneiproblematik zu überprüfen. Eine zusätzliche neue Initiative des Landes halten wir hier eher für kontraproduktiv und bürokratielastig.

Noch mal zu den Antibiotikaresistenzen, auf die ja Herr Glawe auch schon ausdrücklich hingewiesen hat: Herr Glawe, ich befürchte eher, dass die Neuentwicklung von Antibiotika nicht der wirkliche Lösungsweg sein dürfte. Es gibt inzwischen ja neue Therapien, nämlich die sogenannte Phagentherapie, die auf eine ganz andere Art und Weise an die Bekämpfung herangeht. Da ist Deutschland sehr im Hintertreffen. Es gibt meines Erachtens nur in Hannover eine Stelle, ein russischer Arzt, der diese Therapie derzeit anbietet, die mit großen Erfolgen verbunden ist. Ich glaube, hier wäre es höchste Zeit, dass wir da ansetzen und eine entsprechende Forschung unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Ist das
jetzt eine Vorlesung, oder was?)

Unabhängig davon werden wir dem Antrag der LINKEN zustimmen, denn der Gesundheitsminister hat zwar derzeit ganz andere Probleme auf dem Tisch, aber soll das Ministerium mal zeigen, was es alles leisten kann und wozu es in der Lage ist! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bereits gesagt worden, das Thema ist aktuell, ist in sprichwörtlich aller Munde und wird auch auf der Bundesebene, ja, wie bereits von Minister Glawe dargelegt, sehr intensiv diskutiert. Selbstredend bekräftigen wir hier als Landtag Mecklenburg-Vorpommern, dass die Menschen in unserem Land nicht nur einen Anspruch auf den Zugang zu einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Ärzte, durch Heilberufe haben, das gilt natürlich auch für gute Medikamente in bester Qualität und auch in genau der richtigen Menge. Da sind wir hier uns als Landtag Mecklenburg-Vorpommern, denke ich mal, einig. Und in diesem Zusammenhang möchte ich namens der SPD-Fraktion auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der über 400 Apotheken und Krankenhausapotheken in Mecklenburg-Vorpommern sehr herzlich danken,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

die mit ihrer Arbeit diese Versorgung tagtäglich sicherstellen.

Das Phänomen von Engpässen hat unseres Erachtens zahlreiche Faktoren und Gründe, die dazu beitragen – systemische Gründe –, dass nicht schnell genug auf Lieferanfragen reagiert werden kann, weil die globalen Lieferketten sehr komplex sind: Konzentration auf den Produzentenmärkten mit wenigen Herstellern, die zuweilen auch noch mit wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, Kontingentierung spielt ebenfalls eine Rolle. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Besonderes Augenmerk verdient unseres Erachtens das Thema „Vermeidung von Lieferengpässen“ und das richtige Reagieren, wenn Lieferengpässe vorliegen. Und hierzu sind ja in der Vergangenheit bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden – angefangen 2013 mit dem damals noch freiwilligen Register für Lieferengpässe, dann 2017 zahlreiche Bewegungen, nämlich die Ergänzung dieses Registers um solche Wirkstoffe, für die ein erhöhtes Versorgungsrisiko vorliegt, die Meldepflicht von Pharmaunternehmen gegenüber Krankenhäusern bezüglich drohender Lieferengpässe und dann auch die Möglichkeit, Arzneimittel aus dem Ausland, die besonders wichtig sind, zu bevorzugen, um auch im Vorfeld schon Engpässen vorzubeugen.

Ganz jüngst, also aktuell, ist dieses Thema Arzneimittelsicherheit im Deutschen Bundestag in der Koalition von Union und SPD ganz intensiv besprochen worden. Mitte November sind Union und SPD im Rahmen des GKV-Kassenwettbewerb-Gesetzes weitere Schritte gegangen. Es ist ein Beirat, bestehend aus Fachgesellschaften, eingerichtet worden – Apothekerverbände, Arzneimittelkommissionen, Pharmaunternehmen –, angesiedelt beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, BfArM, und dieser Beirat hat die Aufgabe, die Versorgungsrelevanz von Arzneimitteln in den Blick zu nehmen und Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen und dann aber auch die entsprechenden Reaktionen darauf einschätzen zu können. Es gibt eine ausgeweitete Verpflichtung für Pharmaunternehmen und Großhändler, alle Informationen zu versorgungsrelevanten Arzneimitteln, also Lagerbestände, Warenflüsse, drohende Engpässe, an das BfArM zu melden, verpflichtend zu melden. Und das bedeutet natürlich, dass man dadurch ein deutlich besseres Monitoring hat, frühzeitig erkennen kann, wo es Probleme gibt, und dann auch entsprechend umsteuern kann.

Und darüber hinaus gibt es mehr Befugnisse für Bundesbehörden zur Vermeidung von Lieferengpässen und Unternehmen, Großhändlern Vorgaben zur Lagerhaltung, auch für kritische Arzneimittel machen zu können. Und zusätzlich ist vorgesehen, dass Ärzte – ich betone, Ärzte – im Engpassfall auch Medikamente einsetzen können/sollen, deren Kennzeichnung in ausländischer Sprache vorgesehen ist, das ist im Augenblick ja nicht möglich und, sagen wir mal, mit ärztlichem Sachverstand, die auch dann die Wirkstoffgruppe natürlich auch mit der Originalbezeichnung lesen können, die dürfen dann diese Medikamente einsetzen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus speisen wir als SPD noch weitere Maßnahmen in die Debatte zu einer verbesserten Versorgung ein. Beim Thema Vermeidung ist das die Verschärfung von Vertragsstrafen für Hersteller in den Rabattverträgen bei Nichtlieferbarkeit, gegebenenfalls orientiert am Umsatz, den diese Medikamente produzieren. Wir schlagen vor die Verringerung der Abhängigkeit von einzelnen Unternehmen durch den Verzicht auf Exklusivverträge. Sehr bedenkenswert sind unseres Erachtens Qualitätszuschläge, von denen solche Firmen profitieren, die bessere Sicherheits- und Produktionsstandards umsetzen. Hier steckt natürlich die auch im Antrag der LINKEN aufgeschriebene Überlegung hinter, ins Ausland verlagerte Produktionen, sagen wir mal, nach Deutschland oder nach Europa zurückzuholen. Und auch helfen kann Transparenz im Sinne einer Verpflichtung der Anbieter, vor Versorgungsverträgen angeben zu müssen, ob und, wenn ja, in welchem Umfang in der jüngeren Vergangenheit Versorgungs- und Lieferprobleme aufgetreten sind.

Meine Damen und Herren, wenn es trotzdem zu Engpässen kommt, muss richtig reagiert werden, und in einem solchen Falle regen wir als SPD im Bundestag ergänzend an, dass es ein Exportverbot geben soll, wenn entsprechende Engpässe vorhanden sind, dass es noch eine gezieltere Unterstützung auch der medizinischen Berufe geben muss, welche anderen Arzneimittel für die Substitution der gerade knappen Medikamente geeignet sind und auch gedacht in Richtung oder aus Richtung der Patientinnen und Patienten eine Informationsstelle zum Thema Lieferengpässe.

Meine Damen und Herren, all das zeigt, dieses Thema, was DIE LINKE hier auf die Tagesordnung gesetzt hat, ist sehr relevant. Die Debatte ist deutlich weiter, als es der vorliegende Antrag vielleicht vermuten lässt beim ersten Lesen, und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, lehnen wir diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen schöne Weihnachtsfeiertage im Kreise Ihrer Lieben und vor allen Dingen wünsche ich Ihnen einen guten Start in ein möglichst gesundes neues Jahr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Barlen.

Das Wort hat jetzt die fraktionslose Abgeordnete Frau Weißig.

Christel Weißig, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Freuen Sie sich, ich habe nur drei Minuten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Medikamente nicht lieferbar, tut uns leid, haben wir nicht auf Lager, Medikamente sind zur Bückware verkommen. Die Krankenkassen melden im ersten Quartal 2019 21 Milliarden Finanzreserven, mehr als 260 Medikamente listet das Bundesinstitut für Arzneimittel bei Lieferengpässen auf. Von 4,7 Millionen Packungen im Jahr 2017 auf 9,3 Millionen Packungen im vergangenen Jahr ist jedes fünfzigste Medikament dieser Mittel von Engpässen betroffen, also mehr als zwei Wochen nicht verfügbar.

Als Patient ist man schon mehr als gebeutelt, ständig andere Verpackungen und Formen zur Kenntnis zu nehmen. Sollen die gleichen Wirkstoffe sein, könnte eine etwas andere Zusammensetzung sein und wieder muss der Patient sich umgewöhnen, denn die Medikamente sind rabattiert und man hat es so hinzunehmen. Viele Patienten sind damit überfordert und auch frustriert. Für ältere Menschen, die auf Kontinuität und Zuverlässigkeit vertrauen, eine nicht zu bewältigende Herausforderung, sich, sprich in Deutschland, uns der Globalisierung anzuliefern und dann von Ländern wie China und Indien abhängig zu machen, Länder, die von Umweltschutz und Verbraucherschutz von uns meilenweit entfernt sind.

Es ist eine Pflicht unserer Bundesregierung, für ausreichende betriebliche Herstellung im eigenen Land zu sorgen und auch in Krisenfällen die Bevölkerung versorgen zu können. Frau Schwesig zeigte sich in Bezug auf das Unternehmen CHEPLAPHARM laut Pressemitteilung der CHEPLAPHARM GmbH bei ihrem Besuch im Juli 2019 erfreut, Zitat, „dass es auch und gerade hier in Vorpommern gelingt, hoch qualifizierte und attraktive Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen. Das ist ausbaufähig und gerade die Forschung und Entwicklung neuer Medikamente, zum Beispiel der zur antibiotischen Behandlung, bedarf unserer besonderen Förderung. Wenn wir Mecklenburg-Vorpommern als attraktiven Standort für diesen Bereich entwickeln können, ist das nur zu begrüßen, und letztendlich geht es um die Zukunft unserer Angehörigen.“ Ihr Wort in Gottes Ohr!

Das Umpacken von Medikamenten im eigenen Land, damit die Patienten überhaupt lesen können, was ihnen da verabreicht wird, ist nicht hinzunehmen. Es ist mir persönlich ein Gräuelpäckchen, Herkunftsland China, Indien und so weiter auf der Packung zu lesen. Ich sage nur als Beispiel Valsartan, blutdrucksenkendes Mittel, krebserregende Stoffe, verunreinigt. Für den Patienten bedeutet es, Pech gehabt, auf ein Neues. Ich stimme dem Antrag der LINKEN zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Weißig.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim Thema Südbahn kam ich mir so ein bisschen vor wie im Kreistag, jetzt spielen wir so ein bisschen Deutscher Bundestag hier –

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

so ist mein Eindruck –, indem jeder jetzt hier das erzählt, was gerade auf Bundesebene läuft.

Das Thema Medikamentenversorgung ist ein wichtiges Thema, aber Herr Kollege Koplitz, Ihr Antrag ist in der Tat

etwas der Zeit jetzt hinterher und auch etwas unambitioniert, wenn der Landtag hier die Bundesregierung auffordern soll zu etwas, zu einem Thema, wo wir noch nicht mal eine Zustimmungspflichtigkeit haben des Bundesrates, wenn ich jetzt auf das Gesetz gleich zu sprechen komme, über das ich rede.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut!)

Und ansonsten verteilen Sie hier Prüfaufträge.

Denn was machen wir aktuell? Und wir haben vor zwei Wochen gerade im Rahmen der Gesundheitspolitischen Sprechertagung mit Herrn Spahn, mit dem Präsidenten der Apothekerkammer, mit dem Präsidenten der Ärztekammer darüber diskutiert. Teile der Ergebnisse – und der Kollege Barlen ist darauf eingegangen – finden Sie dann in den Anträgen der Koalition auf Bundesebene zum Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz. Und da werden Sie sehen, was wir vorschlagen, jetzt mal für den gesamten Bereich. Das mag nun sicherlich vielleicht nicht ausreichen, aber das ist unsere Antwort auf die aufgeworfenen Probleme. Und ich will mal auf einige Punkte eingehen.

Erstens. Pharmaunternehmen und Großhändler sollen verpflichtet werden, Lagerbestände und Engpässe an einer zentralen Stelle verpflichtend und nicht wie bisher freiwillig zu melden.

Zweitens. Es soll Vorgaben für Großhändler geben, die regeln, wie groß die Lagerbestände bei Arzneimitteln sein müssen.

Drittens. In Notfällen soll auch der Verkauf von Medikamenten erlaubt sein, die nicht in deutscher Sprache ausgezeichnet sind.

Viertens. Apotheker sollen andere als verschriebene Arzneimittel verkaufen. Immer, wenn ein Medikament nicht länger als 24 Stunden verfügbar ist, dann darf dort auch kein anderes verordnet werden.

Und in der Tat, wie es der Kollege Barlen gesagt hat, ein Beirat soll eingerichtet werden, um die Versorgungslage zu prüfen.

Das alles werden wir mit dem Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz regeln. Dies ist, wie gesagt, nicht zustimmungspflichtig. Von daher wird es auch den Bundesrat an der Stelle nicht erreichen und von daher ist die Mitsprachemöglichkeit auf der Landesebene, zumindest bei dem Thema, auch eher überschaubar. Und ich glaube, das, was wir jetzt da vorgelegt haben auf Bundesebene, das ist ein guter Ansatz, um dem Thema Herr zu werden. Und die Ankündigung des Ministers, dass wir auch hier im Gespräch sind, mit Pharmaunternehmen, die wir hier im Land weiter besuchen werden, sie anzusiedeln, stimmt mich auch optimistisch, dass wir auch beim zweiten Punkt Ihres Antrages dort auf dem vernünftigen Weg sind.

Und von daher ist es in der Tat, glaube ich, so, dass hier einfach jetzt seit dem Verfassen des Antrages auch die Entwicklung auf Bundesebene dort etwas vorangeschritten ist. Und vielleicht bewerten Sie dann auch den Antrag noch mal neu nach den gesagten Worten. Und auch aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Ehlers.

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst mal vielen Dank für die ernsthafte Befassung mit dem Thema. Es ist ja sowohl vom Minister als auch von Herrn Barlen und Herrn Ehlers gesagt worden, die Debatte wäre vorangeschritten und man wäre ja im Austausch, im Übrigen mit den eigenen Parteifreunden. Das ist einfach festzustellen. Und es gibt diesen Gesetzentwurf, der eben aber noch nicht beschlossen ist und auch noch nicht Lebenswirklichkeit. Aber gehen wir mal davon aus, dass der kommen könnte. So gibt es doch unterschiedliche Sichtweisen auch gerade auf Bundesebene, was die Landesverantwortung betrifft.

Das mache ich aus an einer Anfrage der Bundestagsabgeordneten Kathrin Vogler aus dem Juni dieses Jahres. Die hat sich mal damit beschäftigt, wie ist es eigentlich mit den sogenannten Kontingentarzneimitteln. Das sind Präparate, die von den Herstellern nur in limitiertem Umfang an die Großhändler gegeben werden, sodass es dann zuweilen zu Lieferengpässen kommen könnte. Und sie hat gefragt, also wie steht denn die Bundesregierung dazu. Und die Antwort in einem kleinen Auszug – hoffentlich finde ich es hier.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:
Wir warten! – Zuruf und Heiterkeit
bei Torsten Renz, CDU)

Ja, ich suche. So: Auf den Vorwurf – ich nehme das mal aus der Sekundärquelle jetzt schnell –, auf den Vorwurf der LINKEN, Pharmaunternehmen ...

(Torsten Renz, CDU:
Wenn das die Sekundärquelle ist,
dann will ich nicht die Primärquelle hören.)

Sekundärquelle ist die Wiedergabe eines Originals in einem anderen Zusammenhang.

Auf den Vorwurf der LINKEN, Pharmaunternehmen handelten rechtswidrig, wenn sie trotz Lieferfähigkeit den Großhandel nicht bedarfsgerecht belieferten, stellte die Regierung fest: Die Überwachung – da fehlen mir jetzt nur die Anführungsstriche –, die Überwachung des Arzneimittelverkehrs obliege den Ländern und sei im Einzelfall zu klären. Dasselbe gelte für die Kritik der LINKEN, dass möglicherweise durch Export die bedarfsgerechte Apothekenbelieferung gefährdet sei.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Also die Bundesebene – darauf will ich hinaus – schiebt den Schwarzen Peter wieder den Ländern zu. Und das ist unter anderem ein Anlass für uns zu sagen, also so einfach kann man es nicht machen. Das ist Bundesangelegenheit und Bundeszuständigkeit. Wir müssen immer auch abschieben und ausloten, was können wir selbst machen. Und da bin ich Dr. Jess dankbar, dass er das auch noch mal herausgearbeitet hat, dass es durchaus Unterschiede gibt, Dinge, die wir selbst hier zu verhandeln haben, und Dinge, die auf Bundesebene nun mal liegen. Die Debatte sei weiter als der Antrag, aber die Wirklichkeit eben nicht. Das ist der Punkt.

Und wenn wir darauf verweisen, diejenigen, die fragen, da sind und sagen, ja, wir bekommen die Arzneimittel und nun, ihr als Politik, seid doch für uns die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, ihr wollt doch auch gewählt werden, dass wir dann sagen, ja, da gibt es Gespräche und dafür sind andere, dass wir also faktisch wie Beamtinnen und Beamte nach Zuständigkeiten fragen und nach Zuständigkeiten Antworten geben, das reicht uns als LINKE nicht aus.

Im Übrigen, die Lieferengpassmeldung betrifft eine entsprechende Stelle. Herr Glawe hat es etwas verdeutlicht, was das heißen könnte, dass es sich nämlich darum handelt, dass Unternehmen an Krankenhäuser und Krankenhausapotheken melden, welche Lieferengpässe zu erwarten sind oder bereits eingetreten sind. Und das ist ganz einfach zu wenig, denn, wenn man bedenkt, Krankenhausapotheken machen nur acht Prozent des Apothekenmarktes aus. Es geht uns nicht, wie Herr Dr. Jess gemutmaßt hat, bei einem Ruf nach etwaiger Vergesellschaftung um eine DDR 2.0, es geht uns nicht um die Rückkehr eines Systems, was nicht funktioniert hat, lediglich ein Versuch einer nicht kapitalistischen Gesellschaft war. Das Hauptproblem oder eines der Hauptprobleme war die Entfremdung der Eigentümer vom Eigentum. Dies ist also nicht aufzuheben. Hier geht es uns speziell darum: Wer hat die Verfügungsgewalt? Wer entscheidet über Produktion? Wer entscheidet über Distribution, also Verteilung des Geschaffenen? Weil es ja hier um die Gesundheit der Bevölkerung geht, deswegen ist es schon relevant zu schauen, was kann man selber machen. Diese Meldepflichten sind das eine.

Arzneimittelreserven sind angesprochen worden. Dafür sprechen auch wir uns aus, dass die Reserven länger halten müssen als zwei Wochen, wie das bislang der Fall ist. Und so, wie Herr Barlen das vorhin angesprochen hat, so sehen wir das auch, dass bei entsprechender Vertragsverletzung, dass eben die Hersteller – ob Wirkstoffhersteller oder Medikamentenhersteller –, wenn diejenigen nicht liefern können, die Verträge müssen so gestaltet werden, dass dann bei Vertragsverletzung auch Vertragsstrafen fällig werden. Die Verträge, auch die Rabattverträge, sehen das bislang in dieser Form nicht vor. Es geht immerhin bei den Rabattverträgen um 28.000 Verträge auf diese über 103.000 Medikamente. Das ist schon relevant.

Und wir gehören nicht zu denjenigen, die sagen, man sollte diese Rabattverträge fallen lassen. Sie schützen die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung vor über 4,4 Milliarden Euro Mehrzahlung. Also das Dämpfungspotenzial dieser Rabattverträge ist nicht zu unterschätzen. Gleichwohl sind wir der Meinung, es müssen mehr Lieferanten in Betracht gezogen werden, so, dass man diese Monopolisierung und somit auch letztendlich die Abhängigkeit der Patientinnen und Patienten aufhebt, die es im Moment gibt, die Wirkstoffherstellung wieder ins Land holt.

Es wird – in den Redebeiträgen war das auch zu hören –, es wird dann auf Europa verwiesen. Na klar ist es eine europäische Angelegenheit, aber wir wissen ganz deutlich, dass die Situation sich in den Ländern sehr unterschiedlich darstellt. Lieferengpässe gibt es auch europaweit, aber es zeichnet sich keine europäische Lösung ab, weil es in Europa andere politische Schwerpunktsetzungen derzeit gibt. Wir können aber nicht warten, was sich da im Weiteren entwickelt. Wir müssen, denke ich, selber handeln.

Die Bedingungen für Forschung an Antibiotika ist wirklich ein ernst zu nehmendes Thema. Das Greifswalder Beispiel ist angeführt worden. Es ist in der Tat sehr beängstigend zu erfahren, dass multiresistente Keime unterwegs sind und wir haben nichts mehr dagegenzusetzen. Die letzte Linie wäre aufgebraucht. In diesem Fall hat es noch eine letzte Linie gegeben, aber auf Zufall darf man da auch nicht bauen. Innovative Entwicklungen, die hier genannt wurden, sollten wir aufmerksam verfolgen und schauen, ob wir da selber etwas machen können. Unser Vorschlag ist deshalb neben all dem Gesagten – vieles deckt sich ja mit dem, was Sie auch angesprochen haben –, dass wir am besten im Ausschuss noch mal abschichten und sagen, was ist Bundesangelegenheit, was haben wir weder zu beeinflussen noch zu bestimmen und was können wir selber tun.

Das Kuratorium für Gesundheitswirtschaft in diesem Land befasst sich mit Dingen. Ich sehe das genauso, dass sozusagen der Output dieses Kuratoriums erheblich zu wünschen übriglässt. Aber das ist eine Sache, da müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen, was wir auch als Politik einbringen an Aufgabenstellungen. Da können wir auch auf alle Fälle uns noch qualifizieren, was das betrifft. Gleichwohl mal zu unterscheiden, was wir tun können und welche Rahmenbedingungen wir auch den hier ansässigen Unternehmen und Start-ups geben können, damit wir weiterkommen, ist eine lobenswerte Debatte. Insofern unser Vorschlag: Verweisung in den zuständigen Wirtschaftsausschuss und dann eine weitere Befassung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist eben durch Herrn Koplin die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss, also den zuständigen Ausschuss beantragt worden. Wer diesem Überweisungsausschuss, Entschuldigung, Überweisungsvorschlag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Zeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, durch die Fraktion der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten und die Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4448. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? –

Herr Arppe, wie haben Sie abgestimmt?

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Wie bitte?

(Holger Arppe, fraktionslos: Enthaltung.)

Enthaltung.

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/4448 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, durch die Fraktion der AfD sowie der fraktionslo-

sen Abgeordneten und Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU und Enthaltung durch den fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 29. Januar 2020 um 10.00 Uhr ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine Minute. Es liegt ein ereignisreiches, arbeitsreiches Jahr hinter uns. Ich möchte Ihnen allen für Ihre große Einsatzbereitschaft in den verschiedenen Veranstaltungen, aber auch hier im Landtag recht herzlich danken. Ich wünsche Ihnen eine besinnliche und eine ruhige Weihnachtszeit, Zeit mit Ihren Familien. Schöpfen Sie Kraft für das kommende Jahr und vor allen Dingen, da möchte ich mich an meine Vorredner anschließen, wünsche ich Ihnen ganz viel Gesundheit.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

Schluss: 14.42 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Ralf Borschke, Henning Foerster, Tilo Gundlack, Jörg Heydorn, Simone Oldenburg und Dr. Mignon Schwenke.